

Wiener Landtag

6. Sitzung vom 26. Juni 1997

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Vorliegen eines Schreibens des Ersten Präsidenten des Kärntner Landtags, Adam Unterrieder	(S. 3)	Redner: Die Abgen Dr Wolfgang Alkier (S. 26), Susanne Jerusalem (S. 29 u. 51), Walter Strobl (S. 32), Johann Römer (S. 33), Heinz Vettermann (S. 34), Marco Smoliner (S. 36), Mag Christoph Chorherr (S. 37), Mag Franz Karl (S. 37), Johann Hatzl (S. 40 u. 41), Günter Kenesei (S. 41), Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (S. 41 u. 50), Johannes Prochaska (S. 42 u. 49), Mag Gabriele Hecht (S. 43), Alessan- dra Kunz (S. 45), Rudolf Hundstorfer (S. 48), Dr Matthias Tschirf (S. 49) und Hanno Pöschl (S. 50) Abstimmung (S. 52)
2. Bekanntgabe des Naturschutzberichts für das Verwaltungsjahr 1996	(S. 3)	9. Wortmeldungen zur Geschäftsordnung Redner: Die Abgen Mag Gabriele Hecht (S. 53) und Johann Hatzl (S. 53)
3. Fragestunde:		10. Pr.Z. 852-MDPLTG, P. 2: Gesetz, über eine Änderung der Grenzen zwischen dem 12., 13. und 23. Bezirk (Beilage Nr. 9)
1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 6); 3. Anfrage (S. 9); 4. Anfrage (S. 11); 5. Anfrage (S. 13)		Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 53) Abstimmung (S. 53)
4. Pr.Z. 10/AL: Aktuelle Stunde zum Thema "Wien-Tourismus und Frem- denverkehr" Redner: Die Abgen Dr Oskar Wawra (S. 10) und Dr Wolfgang Alkier (S. 17), StR Dr Friedrun Huemer (S. 18) sowie die Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawko- wicz (S. 19), Friedrich Strobl (S. 19), Marco Smoliner (S. 20), Susanne Jerusalem (S. 21), Mag Alexander Neuhuber (S. 22), Mag Heidemarie Unterreiner (S. 22) und Marianne Klicka (S. 23)		11. Pr.Z. 973-MDBLTG, P. 4: Gesetz, mit dem das Wiener Sozialhilfegesetz - WSHG (6. Novelle zum Wie- ner Sozialhilfegesetz) geändert wird (Beilage Nr. 11)
5. Mitteilung des Einlaufs	(S. 24)	Berichterstatterin: LhptmSt Grete Laska (S. 54)
6. Pr.Z. 520-MDPLTG, P. 1: Wahl eines Mitglieds und Ersatzmitglieds in den Landessportrat	(S. 25)	Rednerin: Abg Jutta Sander (S. 54) Abstimmung (S. 55)
7. Pr.Z. 984-MDBLTG, P. 5: Verschiedene Ergänzungswahlen	(S. 25)	
8. Pr.Z. 859-MDPLTG, P. 3: Gesetz mit dem das Wiener Schulgesetz (13. No- velle zum Wiener Schulgesetz) geändert wird (Beilage Nr. 10)		
Berichterstatterin: LhptmSt Grete Laska	(S. 26 u. 51)	

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Landtags!

Ich darf Sie sehr, sehr herzlich willkommen heißen. Nach einer dreitägigen Gemeinderatssitzung oder nach mehreren Gemeinderatssitzungen sollten wir, glaube ich, heute mit viel Schwung und Elan den Landtag auch noch über die Bühne bringen.

Die 6. Sitzung des Wiener Landtags ist eröffnet.

Entschuldigt ist niemand.

Mir liegt ein Schreiben des Ersten Präsidenten des Kärntner Landtags, des Herrn Adam Unterrieder, betreffend die Spittaler Entschließung der gemeinsamen deutsch-österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz zur Regierungskonferenz 1996/97 der Europäischen Union hinsichtlich der Stellung der Regionen vor. Die gemeinsame Konferenz der Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich mit Beteiligung von Südtirol erinnert an ihre Entschließung zur Regierungskonferenz der Europäischen Union vom 10. Mai 1995 in Konstanz und bekräftigt die dort erhobenen Forderungen. Danach muß es ein zentrales Ziel der Regierungskonferenz sein, mehr Föderalismus, mehr Demokratie, mehr Effizienz, mehr Transparenz, mehr Bürgernähe und Akzeptanz der Bevölkerung in der Europäischen Union zu erreichen.

Dieses Schreiben möchte ich den Damen und Herren des Landtags zur Kenntnis bringen und werde daher die Entschließung zur Regierungskonferenz 1996/97 der Europäischen Union den im Hause vertretenen Fraktionen zur Verfügung stellen.

Gemäß § 15 Abs 1 der Geschäftsordnung des Landtags gebe ich bekannt, daß mir der Naturschutzbericht für das Verwaltungsjahr 1996 zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung übermittelt wurde. Diesen Bericht weise ich dem Ausschuß für Umwelt und Verkehrskoordination zu.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsidentin Maria Hampel-Fuchs folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (Pr.Z. 24/LM/KGR): Abg Dr Peter Pilz an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur:

Bis wann gedenken Sie dem Wiener Landtag ein Landeskulturförderungsgesetz zur Beschußfassung vorzulegen?

2. Anfrage (Pr.Z. 27/LM/KVP): Abg Mag Franz KARL an den Landeshauptmann:

Sind Sie bereit, die negative Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung vom 12. März 1997 zur Aufnahme einer Antidiskriminierungsbestimmung für Behinderte in die Bundesverfassung zurückzunehmen?

3. Anfrage (Pr.Z. 25/LM/KFP): Abg Dr Helmut GÜNTHER an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal:

Sind Sie bereit, das Wiener Personalvertretungsgesetz zu novellieren und dadurch direkte Wahlen in die Hauptgruppen und den Zentralausschuß zu ermöglichen?

4. Anfrage (Pr.Z. 28/LM/KSP): Abg Dipl Ing Rudolf Schicker an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft:

Der Koordinationsausschuß der Planungsgemeinschaft Ost hat zwei Arbeitsgruppen der Landtage als offizielle Kooperationsgremien vorgesehen. Wann werden diese aktiv?

5. Anfrage (Pr.Z. 42/LM/KLF): Abg Dr Wolfgang Alkier an den Landeshauptmann:

Halten Sie es für objektiv, daß die Säulen 'Bewerbungsunterlagen' und 'Gutachten der Schulaufsicht' nach dem gleichen System und mit der gleich hohen Gewichtung in die Gesamtbewertung von KandidatInnen für Wiener Schulleiterpositionen einfließen, wie die Säulen 'Strukturiertes Interview' und 'Computerunterstützte Potentialanalyse'?

Die 1. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Peter Pilz gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur gerichtet. - Ich bitte um die Beantwortung.

Amtsf StR Dr Peter Marboe: Ich werde das dann tun, nämlich einen solchen Gesetzesentwurf einbringen, wenn ich überzeugt bin, daß das eine gute Idee ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Pilz.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Danke für diese präzise, sachlich fundierte und ausführliche Antwort. (Heiterkeit.) Ich werde mir mit der Erfahrung dieser Antwort im Rücken gleich einmal ersparen, nach Fristen für Judenplatz und so weiter weiterzufragen, weil ich mit ähnlich präzisen Antworten rechnen muß, und frage deswegen nach Schwerpunkten, weil es mir sehr wichtig wäre, einmal nach einer gewissen Zeit Ihrer Tätigkeit als amtsführender Stadtrat einen Schwerpunkt kennenzulernen.

Ein möglicher Schwerpunkt wäre - wir haben das schon einmal besprochen - die Förderung eines Festivals, das sich sehr bewährt hat, nämlich "Wien andersrum". Wir haben jetzt ein erstes erfolgreiches Jahr hinter uns. Jetzt kommt es noch einmal und jetzt ist der Punkt erreicht, wo sich ein Kulturstadtrat entscheiden muß: Gebe ich einem Druck, der so etwas in Wien eigentlich nicht haben will, nach, oder sage ich: Okay, das funktioniert, die Stadt braucht das, das wird angenommen, das macht die Stadt spannender, bunter und lebenswerter. Aber da muß ich hergehen und sagen: Dann wird ordentlich gefördert und dann wird wirklich investiert. Das Dazwischen - ich glaube, da sind wir uns einig -, das geht in Zukunft nicht so weiter.

Deshalb meine Frage: Werden Sie noch heuer die

Entscheidung treffen, das Festival "Wien ist andersrum" in ausreichendem Maße, das heißt, weit höher als bisher, von Wien aus zu subventionieren?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Peter Marboe: Ich bin jetzt verwirrt. Geht es jetzt um ein Kulturförderungsgesetz oder geht es um ein konkretes Projekt?

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Es geht bereits um praktische Kulturförderung.

Amtsf StR Dr Peter Marboe: Gut, aber das eine hat jetzt mit dem anderen wirklich sehr wenig zu tun. Ich werde versuchen, das jetzt irgendwie so zu beantworten, daß dabei auch etwas herauskommt.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Also Kulturförderung hat schon mit Kulturförderung zu tun.

Amtsf StR Dr Peter Marboe: Schauen Sie, ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Durch den Juristen in mir bin ich da wirklich ambivalent. Deshalb möchte ich mir die Zeit nehmen und mit allen Kultursprechern - und das möchte ich hier auch deponieren - das Ganze noch einmal durchdenken.

Der Jurist in mir neigt da zu Rechtsstaatlichkeit, Basis der Gesetze. Also der sagt im Grunde: Das ist eine gute Idee, diskutieren wir das, dann hast du eine gesetzliche Basis für die Kunstförderung in Wien.

Der Kulturpolitiker in mir sagt: Himmel, Herrgott, aufpassen, flexibel bleiben, nicht zu starr sein, nicht in Bescheidnähe kommen, es funktioniert ja sehr gut. Wir haben eine Reihe von Problemen. Wenn man als einziges Argument anführt, Wien hat es noch nicht und alle anderen haben es, dann hat das seinen guten Grund, weil eben durch den Status des Landes und der Gemeinde Wien auch eine besondere Situation gegeben ist. Ich glaube, daß man insgesamt sagen kann, daß es sehr gut funktioniert und daß das im Kulturausschuß und dann im Gemeinderat, der ja alles mitzubeschließen hat, bisher gut geklappt hat und daß es große Probleme aufwerfen würde, wenn plötzlich nicht mehr der Ausschuß und der Gemeinderat, sondern der Stadtsenat die Vorentscheidungen zu treffen hätte. Denn logischerweise müßten dann diese Entscheidungen nicht mehr im Kulturausschuß, sondern in der Stadtregierung, im Stadtsenat getroffen werden.

Und das sind schon Fragen, wo ich mich selber noch ein bißchen kundiger machen möchte, bevor ich Ihnen dazu eine konkrete Antwort gebe.

Im konkreten Fall, obwohl ich nicht glaube, daß das hierher gehört, aber ich will mich dem nicht entziehen: Es gibt kaum ein anderes Festival in Wien, das von einem Jahr auf das andere in seinem Budget um 50 Prozent gesteigert wurde. Das war mit dem Bund so vereinbart und das Festival "Wien ist andersrum" bekommt statt 400 000 S 600 000 S. Das ist eine Steigerung von 50 Prozent. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich da die Aufregung nicht verstehe.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Unterreiner gestellt.

Abg Mag Heidemarie Unterreiner (FPÖ): Herr Stadtrat!

Sie treten für die Entpolitisierung in der Kulturpolitik ein. Ihre Devise lautet: "Mehr Kultur in der Politik, weniger Politik in der Kultur."

Fürchten Sie nicht, wenn nun die Kulturpolitik festgeschrieben wird, in einer Art von Gesetz, daß dieser Prozeß, den Sie nun einleiten wollen, ins Stocken gerät?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Peter Marboe: Schauen Sie, ich bin ganz froh, daß Sie diese Frage so formulieren. Es muß uns in erster Linie um ein funktionierendes Förderungssystem gehen und erst in zweiter Linie um die formale Definition desselben. Und daher, wenn ich Ihre Meinung heraushöre, bin ich durchaus auch ein bißchen skeptisch, daß wir uns selber dort Fesseln anlegen sollen, wo wir Flexibilität, Diskussion und Argumentation brauchen. Und das ist nun einmal im Bereich der Kulturförderung der Fall.

Ich glaube, das hat mit "Mehr Kultur in der Politik und weniger Politik in der Kultur" nicht unmittelbar zu tun, sondern einfach mit dem Funktionieren eines Systems, das flexibel sein muß, das individualisiert sein muß und wo man fast nichts über einen Leisten schlagen kann. Und deshalb behalte ich mir vor, darüber mit allen Kultursprechern noch einmal eindringlich zu reden und dann meine Meinung dazu kundzutun.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage stellt Herr Abg Woller.

Abg Ernst Woller (SPÖ): Herr Stadtrat!

Zuerst eine kurze Feststellung zu Ihrer vorigen Anfragebeantwortung. Bezuglich "Wien ist andersrum" muß man schon fairerweise sagen: Es stimmt schon, das Festival hat statt 400 000 S 600 000 S zur Verfügung. Nur, das kam dadurch zustande, daß der Bund statt 150 000 S 350 000 S gegeben hat, was sehr unüblich ist, wenn Wien nur 250 000 S gibt. Und die 350 000 S sind dadurch zustandegekommen, daß ich heftig mit dem Leiter der Kunstsektion, Dr Mailath-Pokorny, diskutiert und ihn dringend ersucht habe, daß er, da Wien nicht erhöht hat, die Subvention doch im Bund erhöhen möge. (Rufe bei der ÖVP: Frage!)

Zum Konkreten möchte ich die Frage an Sie richten, wodurch es sich erklärt, daß sich jetzt innerhalb von wenigen Monaten die Meinung der ÖVP geändert hat, was das Kulturförderungsgesetz betrifft. Denn bis vor wenigen Wochen war noch klar, daß die ÖVP für ein Kulturförderungsgesetz ist. Wir waren ja auch schon in ganz konkreten Verhandlungen. Es ist dann nur die Wahl dazwischen gekommen und die Neukonstituierung des Gemeinderats. Daher möchte ich an Sie die Frage stellen, warum nun Sie persönlich nicht für ein Kulturförderungsgesetz sind?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Dr Peter Marboe: Also zum ersten, der Ordnung halber: Es wurde mir vom Bund bestätigt, daß, nachdem die Vereinbarung bereits getroffen wurde, Sie angerufen hätten, um das zu verstärken.

Zweitens weiß ich nicht, ob es bei dem Festivaltermin bleiben soll. Wir haben darüber schon gespro-

chen. Es geht natürlich auch darum, daß während der Wiener Festwochen der Markt so verzerrt wird, daß durch die Subvention anderer Festivals hier nachweislich eine Publikumskonkurrenz aufgebaut wird. Auch darüber haben wir im Rahmen der Diskussion gesprochen.

Ehrlich gesagt: Wenn jemand seine Meinung geändert hat, dann habe ich im Moment das Gefühl, daß das die SPÖ ist, weil Ihre Anfrage typisch für die SPÖ ist, denn die war ja immer dagegen.

Deshalb habe ich gesagt: Bevor ich zu einem Schluß für mich selber komme, möchte ich mit allen Kultursprechern der Parteien darüber - was ich noch nicht getan habe, weil diese Frage bisher für mich nicht aktuell war - noch einmal ausführlich sprechen, um mir ein Bild zu machen, und das ist auch mein gutes Recht. Ich richte mich, wie Sie inzwischen wissen müßten, nicht nach irgendwelchen vorgefaßten Parteibeschlüssen früherer Zeiten, sondern will eine eigene Meinung vertreten können und die will ich mir bilden. Daher darf ich auch Sie heute schon einladen, bei diesem Gespräch mitzuwirken, damit wir - wie ich hoffe - zu einem gemeinsamen Vorgehen finden können.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hecht gestellt. Bitte, Frau Abg Mag Hecht.

Abg Mag Gabriele Hecht (L/F): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ihre allererste Antwort hat mich etwas verwirrt. Ich hätte mir da eine offenere Antwort erwartet, als daß Sie sagen, wenn Sie zu dem Schluß kommen, daß es gut ist, werden Sie es machen. Aber ich möchte daran anknüpfen.

Im Rahmen eines solchen Kulturförderungsgesetzes wäre es wichtig, auch Voraussetzungen für mehrjährige Förderungszusagen zu schaffen. Sie wissen auch, daß es im Kulturbereich immer wieder Probleme gibt, daß Kulturveranstalter und Kunstschauffende von einem Jahr aufs andere bangen und hoffen müssen, ob sie Subventionen bekommen, daß aber im Kulturbetrieb die Planungen über den Zeitraum von einem Jahr hinausgehen.

Deshalb frage ich Sie jetzt in Anlehnung an Ihre erste Antwort: Können Sie sich vorstellen, daß Sie das für vernünftig und für richtig halten, wenn Sie so ein Kulturförderungsgesetz vorlegen, daß auch das Stiftungsmodell enthalten ist, das von den Liberalen vorgeschlagen wurde, wo eben so eine mehrjährige Förderung möglich wäre?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Peter Marboe: Frau Abgeordnete!

Ich weiß nicht, ob Sie meinen Artikel gelesen haben, den ich dazu vor ungefähr vier Jahren geschrieben habe, nämlich wo ich die Einrichtung mehrjähriger Budgets verlangt habe. Wenn nicht, freut es mich, wenn wir unabhängig voneinander zu den selben Vorstellungen kommen. Es würde die Dinge unendlich erleichtern und ich bin auch dankbar, daß der Koaliti-

onspartner das ernstgenommen hat und prüfen hat lassen.

Ich weiß aus persönlicher Erfahrung im Bund, wie angenehm das war, als wir plötzlich ein Zweijahresbudget hatten und man konnte zumindest einmal auf zwei Jahre vorausplanen.

Das hat nur mit dem Kunstförderungsgesetz wenig zu tun oder mit dem insgesamten Kulturförderungsgesetz, sondern mit dem Budgetgesetz. Es müßte uns gelingen, im Kulturbereich Budgets für zwei oder drei Jahre beschließen zu können, was es jetzt in anderen Ländern, etwa in Deutschland, schon gibt, was eine ungeheure Erleichterung gebracht hat. Wenn Sie mich unterstützen, daß wir möglicherweise sogar mit einer Verfassungsänderung diese Mehrjahresbudgets in Wien ermöglichen, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Pilz gestellt.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Ein Kulturförderungsgesetz - das wissen Sie - ist vor allem ein Mittel der Rechtssicherheit für die Betroffenen und für die Unterstützungssuchenden. In den meisten Bundesländern gibt es ein solches Gesetz, gibt es dadurch mehr Rechtssicherheit und gibt es dadurch auch eine ganze Reihe positiver Erfahrungen.

Ich frage mich, warum Sie nicht in der Lage sind, heute zu sagen: Ja, wir machen so ein Gesetz. Und wie es genau ausschaut, wie diese zusätzliche große Sicherheit ausschaut, das bespreche ich mit den Kultursprechern und Kultursprechern der Parteien.

Ich möchte meine Zusatzfrage konkret auf meine erste Frage hin richten: Das Festival "Wien ist andersrum". Kollege Woller hat bereits darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Subvention ausschließlich dem Bund zu verdanken ist. Insofern war Ihre Beantwortung nicht falsch, sondern ein bißchen irreführend, diese 50 Prozent mehr. (Amtsf StR Dr Peter Marboe: Habe ich erwähnt!) Aber ich habe das positiv zur Kenntnis genommen, weil Sie sich offensichtlich damit identifizieren und das für gut halten, daß das Festival "Wien ist andersrum" um 50 Prozent mehr finanzielle Mittel für dieses Jahr bekommt beziehungsweise bekommen hat. Nur, Wien zahlt keinen Groschen mehr.

Meine Frage deshalb: Sind Sie bereit, einen Betrag von Wien noch heuer zu leisten und die Subvention für "Wien ist andersrum" heuer, und wenn nicht heuer, unter Garantie nächstes Jahr, zumindest um 50 Prozent zu erhöhen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Peter Marboe: Also verzeihen Sie, aber das ist nicht mein Demokratieverständnis, daß ich jetzt hierher gehe und sage, was wir nächstes Jahr oder heuer tun werden. Nachtragssubventionen sind, wie Sie wissen, nicht nur sehr unpopulär, sondern auch wirklich problematisch. Die wird es daher sicher nicht geben.

Und nächstes Jahr wird man schauen, was die für ein Programm anbieten, und wenn es ein gutes Programm ist, werden sie mehr bekommen, und wenn es

ein schlechtes Programm ist, werden sie wieder das-selbe oder auch gar nichts bekommen. Das nenne ich gute Kulturpolitik, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP und bei StR Lothar Gintersdorfer.)

Mir ist es doch völlig egal, wer was veranstaltet. Mir ist es wirklich völlig egal, wer der Veranstalter ist, solange er ein gutes Programm macht. (StR Dr Friedrun Huemer: Aber wer bestimmt, wann ein Programm gut ist?) Und im heurigen Programm ist sehr viel Gutes drinnen, aber unter uns gesagt auch sehr viel Wieder-holendes. Den Raabe kann man dreimal im Jahr sehen, das Hilliard-Quartett kann man dreimal im Jahr sehen, die Counter-Tenöre kann man dreimal im Jahr sehen. Ich meine, das ist nicht wahnsinnig originell, damit ein Festival zu bestreiten. Diese Dinge muß man überlegen, und wenn das ordentlich argumentiert wird, werden sie selbstverständlich nächstes Jahr auch mehr bekommen.

"Irreführend", das weise ich wirklich zurück. Ich habe ausdrücklich - und das wird ja auch im Protokoll stehen - gesagt, daß der Bund und das Land das ge-meinsam tragen und dem Steuerzahler ist es, ehrlich gesagt, egal, ob es das Landessteueraufkommen ist oder das Bundessteueraufkommen. Wir sprechen sol-che Dinge immer mit dem Bund ab, wenn wir gemein-sam finanzieren. Und in mehr als der Hälfte ist es die Stadt, die mehr zahlt, und in der anderen Hälfte der Bund. Herauskommen muß ein Gesamtbudget. Darauf kommt es an. Und das Gesamtbudget, bei dem dies-mal der Bund mehr getragen hat und die Stadt densel-ben Anteil wie voriges Jahr, ist um 50 Prozent höher. Und dem Steuerzahler, ehrlich gesagt, ist es wirklich egal, wer die Verantwortung für sein Geld übernimmt. In den meisten Fällen sind es eben der Bund und das Land.

Und ein Letztes: Es geht doch in erster Linie, Herr Kollege Pilz, um die Förderungsrichtlinien und nicht um die Formalität eines Gesetzes. Und deshalb möchte ich meinen Vorschlag, mit den Kultursprechern zu spre-chen, noch erweitern darauf, daß wir mit den Betroffe-nen selbst, nämlich mit den Künstlern, reden sollen, weil auch dort sehr viele sagen: Um Gottes willen, nicht noch mehr Formalität, nicht am Ende irgendwo einen Bescheid, gegen den man berufen kann, denn da ist es uns immer noch lieber, wir haben aufgrund ge-nauer Förderungsrichtlinien die Möglichkeit, einen Brief zu schreiben und zu sagen: Bitte denkt doch noch einmal nach und vielleicht könnt ihr mir dieses Projekt doch unterstützen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Stadtrat.

Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg Mag Franz Karl gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. Ich bitte um die Beantwortung.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Land-tagsabgeordneter!

Ich habe mir diese Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung vom 12. März 1997 zur Auf-nahme einer Antidiskriminierungsbestimmung für Be-

hinderte in die Bundesverfassung angesehen und kann einiges daraus erkennen, aber jedenfalls keine negative Stellungnahme dazu, denn es wird in dieser Stellung-nahme lediglich darauf hingewiesen - und ich meine, auch zu Recht -, daß nach Art. 7 die Diskriminierung - "auch" muß man hier hinzufügen - von Behinderten bereits verfassungsrechtlich untersagt ist. Das sehe ich noch nicht als eine negative Stellungnahme an und kann daher folgerichtig keinen Einfluß auf irgendeine Rücknahme ausüben. Also ich weiß offen gestanden nicht, was ich hier tun soll.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatz-frage wird von Herrn Abg Mag Karl gestellt.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Herr Landeshauptmann!

Da sind wir eben verschiedener Auffassung. Ich sehe es als eine negative Stellungnahme. Aber ich bin froh, wenn Sie sagen, es ist keine, denn dann hat immerhin der Landeshauptmann gesagt, es ist keine negative Stellungnahme! Und das hat vielleicht doch entsprechende Einflüsse!

Ich möchte nur einen Satz aus der Stellungnahme vorlesen, der mir ungeheuerlich erscheint: "Es er-scheint vielmehr bedenklich, eine Kasuistische Hervor-hebung einzelner Aspekte des Gleichheitsgebots in der Verfassung zu verankern, zumal dies lediglich Aus-druck der Tagespolitik ist und auch noch zahllose an-dere Gleichbehandlungsaspekte, zum Beispiel betref-fend Motorradfahrer, verankert werden könnten." Behinderte Menschen mit Motorradfahrern zu verglei-chen, das halte ich wirklich für ungeheuerlich!

Aber ich weiß, Herr Landeshauptmann, daß Sie ein Herz für Behinderte haben, und daher möchte ich Sie konkret auf eine andere Diskriminierung hinweisen und fragen, ob Sie bereit sind, sich für deren Abschaffung einzusetzen. Es gibt zwei Klassen von blinden Men-schen, nämlich solche, die vor 1993 erblindeten, die eine Freifahrtkarte bei den WIENER LINIEN haben, und solche, die danach erblindeten, die sie nicht haben. Ich glaube, daß das ein Problem ist, das das Wiener Bud-get in seiner Größenordnung nicht durcheinanderbrin-gen würde. Wären Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß blinde Menschen in Hinkunft gleichbehandelt wer-den?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landes-hauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Zunächst einmal zu dem Text dieser Stellungnahme, denn es soll nicht im Raum stehenbleiben, wenn ich sage, daß ich es nicht als eine negative Stellungnahme ansehe, daß ich beileibe bei allem Anerkenntnis dessen, daß es sich hier um eine formaljuristische Stellungnahme handelt, die sich ins-besondere auch mit der Frage der Begründung von Individualrechten auseinandersetzt, bestimmte Verglei-che durchaus nicht goutiere. Bei der Anzahl der Schriftstücke allerdings, die im Magistrat erarbeitet und versandt werden, sehe ich mich naturgemäß au-ßerstande, auch in anderer Hinsicht jegliche Ge-schmacksdiskussionen über Vergleiche zu führen.

Auch ich bin der Auffassung, daß man etwa behin-

derte Menschen, aber selbstverständlich auch andere Formen, die es im Diskriminierungsbereich gibt, etwa in geschlechtlicher, in sexueller Hinsicht, in rassischer Hinsicht, nicht mit Motorradfahrern und Autofahrern vergleichen kann. Auch hier verhehle ich nicht, daß dies bei weitem mein Verständnis für Vergleiche überschreitet, da man wahrscheinlich auch hier nur mit dem eher seltsamen Schmäh, nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich, arbeiten kann und darüber hinwegsehen kann.

Nichtsdestotrotz - ich wiederhole es - ist aus meiner Sicht heraus gesehen, dies keine negative Stellungnahme dazu. Ich kann mich durchaus dazu verstehen, solange keine Individualrechte begründet werden, daß man eine derartige Verstärkung von Antidiskriminierung hier machen kann, dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, daß ich durchaus befürworte, daß Gespräche darüber stattfinden, daß wir zu einem eigenen Antidiskriminierungsgesetz bei uns im Land kommen.

Was die gegenständliche Frage des verschiedenen Behandelns von Blinden betrifft, verhehle ich nicht, daß mir das nicht ganz gut gefällt. Wir werden uns das anschauen, denn ein tatsächliches finanzielles Problem kann das nun auch nicht sein.

Aber ich verhehle auf der anderen Seite nicht, daß ich ein großer Anhänger der sozialen Staffelung von Transferleistungen bin, auch wenn sie sich im Bereich von Sachleistungen bewegen. Das heißt, Vergünstigungen - und das gilt für vieles -, etwa beim Tarifsystem, sollen aus meiner Sicht heraus gesehen von der sozialen Situation des zu Begünstigenden abhängen und nicht von anderen Umständen dabei. Das ist sozusagen der Grundsatz meiner Überlegungen, die es dabei gibt. Es ist ja auch Pensionist nicht gleich Pensionist. Also auch hier sind wahrscheinlich Überlegungen anzustellen, wie man diese Frage der sozialen Abstimmung, einer sozialen Staffelung entsprechend einbeziehen könnte. Wir werden uns dies auch im Hinblick auf behinderte Menschen natürlich herzlich gerne anschauen und nach dem Sommer dann darüber reden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Schwarz-Klement gestellt.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (FPÖ): Herr Landeshauptmann!

Leider Gottes kommt es immer wieder vor, daß in allen Bereichen des Lebens behinderte Menschen diskriminiert werden. Umso dankbarer bin ich heute, daß ich eine Frage an Sie richten kann, die Sie auch als Präsident des Wiener Stadtschulrats betrifft.

Folgender Vorfall: Ein schwerstbehinderter Schüler wird von einer Schule der Stadt Wien, von einem Sonderpädagogischen Zentrum, wegen Unbeschulbarkeit abgelehnt. Er wird daraufhin bei den Anthroposopern aufgenommen und wird dort zu einem - sage ich jetzt einmal - sehr ansehnlichen - um diesen Ausdruck zu gebrauchen - jungen Mann herangebildet.

Die logische Fortsetzung wäre jetzt, daß er in der sozialtherapeutischen Werkstätte sein Leben und seine Ausbildung fortsetzt. Nun ist es so, daß die Stadt Wien von 14 für diese sozialtherapeutisch Werkstätten Angemeldeten nur 6 finanziert, der Rest wird nicht finanziert.

Ich frage Sie daher, Herr Landeshauptmann: Werden Sie sich dafür einsetzen, daß diese ebenfalls sehr diskriminierenden Bestimmungen und vor allem Maßnahmen geändert werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich bitte um Verständnis dafür, daß auch sehr berührende Einzelfälle, wie sie hier geschildert wurden, jetzt in einer Fragestunde nicht so ohne weiteres abgehandelt werden können. Ich halte es hier so, wie ich das in den unzähligen Fällen mache, die in verschiedenster Form pro Tag an mich herangetragen werden: Ich möchte mir das einfach auch anschauen. Anschauen möchte ich mir auch, wie und warum hier finanzielle Unterstützungen für entsprechende Institute gegeben werden, und ich bitte Sie, mir das auch zuzustehen, daß ich das tun kann. Ich werde mir das anschauen. Ich kann Ihnen das zur Stunde hier so nicht beantworten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Smoliner gestellt.

Abg Marco Smoliner (L/F): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich bitte um Verständnis, wenn ich jetzt zu meiner Zusatzfrage eine Minute aushole.

Ich komme zurück zur Stellungnahme des Amtes der Landesregierung, das sich auf einen relativ formaljuristischen Standpunkt gestellt hat. Auf Bundesebene wurde zwischen den Koalitionspartnern SP und VP länger verhandelt. Dem ursprünglichen SP-Antrag für das Verfassungsgesetz, niemand darf aufgrund seiner Behinderung benachteiligt werden, wurde ein VP-Antrag gegenübergestellt, mit der Ergänzung dazu: "Die Republik Österreich, ihre Länder und Gemeinden bekennen sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu verwirklichen."

Dem folgte wieder, weil die SP damit nicht einverstanden war, ein SP-Antrag mit dem Zusatz: "Gesetzgebung und Vollziehung haben durch besondere Maßnahmen dafür zu sorgen, daß allen behinderten Menschen die volle Entfaltung ihrer Person in Ausbildung, Arbeit und Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Gemeinschaft ermöglicht wird."

Das wiederum hat dann der VP neuerlich nicht gefallen, und ich komme jetzt zu der Formulierung, die heute, am 26. Juni, im Verfassungsausschuß beschlossen werden soll und wahrscheinlich auch werden wird. Diese Formulierung enthält entgegen der Stellungnahme des Amtes der Landesregierung zwei Sätze: "Niemand darf aufgrund seiner Behinderung benachteiligt werden." Und: "Die Republik bekennt sich

zur Gleichbehandlung von behinderten Menschen."

Können Sie sich mit dieser Formulierung, obwohl sie nicht der Stellungnahme des Amtes der Landesregierung entspricht, anfreunden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Die Beantwortung ist leicht: Ja, ich kann mich mit dieser Formulierung anfreunden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Sander gestellt.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Es finden laufend Parteiengespräche zwecks Integrierung von Antidiskriminierung in der Wiener Verfassung statt, und zwar zwischen den GRÜNEN und der SP.

Halten Sie aufgrund dieser Stellungnahme, wo nicht nur das, was Herr Karl zitiert hat, sondern auch noch jede Menge andere Zitate, die jetzt vorgebracht werden könnten, eine derartige Verhandlung für Wien nicht für obsolet, nachdem ja schon dem Bund signalisiert wurde, daß Wien keine Interessen hat oder keine Notwendigkeit sieht, daß behinderte Menschen in der Bundesverfassung als besondere, nicht zu diskriminierende Menschen berücksichtigt werden sollen? Gilt das dann auch für Wien?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Also noch einmal: Ich sehe das - oder ich lese diese Stellungnahme und füge hinzu, sofern ich sie als Nichtjurist verstehe, was bei dieser Stellungnahme nicht ganz so leicht ist (*Beifall von Abg Mag Franz Karl.*) - durchaus nicht als eine negative Stellungnahme an, sondern es wird darauf verwiesen, daß im Art. 7, der bekanntlich ein sehr umfassender Artikel in unserer Bundesverfassung ist und Minderheiten betrifft, bereits eine derartige Diskriminierung auch von behinderten Menschen verfassungsrechtlich gesehen untersagt ist. Darauf verweist diese Stellungnahme in einer formaljuristisch durchaus korrekten Form, wenn ich mir dieses Urteil erlauben darf.

Daher kann ich, aus meiner Sicht heraus gesehen, nicht erkennen, wodurch die Verhandlungen und die Gespräche, die es zwischen den Parteien im Hinblick auf ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz gibt, in irgendeiner Form obsolet wären oder auch nur kontrariert wären dadurch. Ganz im Gegenteil, ich begrüße diese Gespräche und stehe auch absolut dahinter. Diese Stellungnahme behindert dieses gemeinsame Vorhaben in keiner wie immer gearteten Weise. Ich kann das jedenfalls nicht erkennen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Karl gestellt.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Herr Landeshauptmann!

Ich darf mich zunächst einmal für Ihre Dreiviertelzusage bezüglich der Blinden herzlichst bedanken. Ich

stehe auch der Frage einer sozialen Staffelung offen gegenüber, glaube aber nur, daß man diese nicht zuerst bei den behinderten Menschen beginnen sollte, sondern eher bei allgemeinen Gruppen und Fragen.

Ich möchte aber noch eine zweite Frage, Herr Landeshauptmann, bezüglich der Diskriminierung einer bestimmten Gruppe, nämlich der Behindertensportler, stellen.

Es ist tatsächlich so, daß Wien die Sportler und die Behindertensportler nicht gleichbehandelt. Es hat auch eine sehr freundliche Zusage des jetzigen MagVDior OSR Dr Brunner gegeben, in Verhandlungen mit ihnen persönlich einzutreten.

Werden Sie sich dafür einsetzen, daß behinderte Sportler nicht nur als Freizeitsportler, sondern auch als im Leistungssport ernstzunehmende Sportler betrachtet werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Zunächst einmal bekenne ich mich durchaus dazu, daß man sagt, man soll bei diesen Sozialstaffelungen die Diskussion nicht ausgekehrt bei den Blinden beginnen. Nur, ich bin überzeugt davon, daß jede einzelne Gruppe, die in das Benifizium einer direkten oder indirekten sozialen Transferleistung kommt, natürlich der Auffassung ist, daß man nicht bei ihr zu beginnen hat. Das wird für die Pensionisten beispielsweise, wo es am augenscheinlichsten ist, genauso zu gelten haben, wie nun in der Tat auch für Behinderte.

Aber ich will mich hier gar nicht verbreitern, denn das Ausspielen von Bevölkerungsgruppen, die in den Genuß solcher sozialer Benifizien kommen, ist ohnehin etwas, was mir eigentlich ziemlich zuwider ist - um das wienerisch zu sagen -, und daher kann das ohnehin nur in eine sehr grundsätzliche Gesamtlösung eingebettet sein, die man hier vornimmt, die natürlich auch eine Systemumstellung bedeuten würde, nicht das Alter oder die Behinderung oder sonst irgend etwas entscheidet, sondern die soziale Situation des jeweiligen. Denn es soll ja auch Behinderte geben, die durchaus ihren Berufsweg gemacht haben und dann etwa in die Dienstklasse IX sogar noch gekommen sind, wo man sicherlich nicht unbedingt behaupten kann, daß sie jetzt die Straßenbahntickets zum Beispiel geschenkt bekommen müssen oder die Hälfte davon geschenkt bekommen müssen; weil sie durchaus in der Lage sind, ihre Straßenbahntickets auch zu bezahlen. Das nur als Randbemerkungen dazu.

Die andere Diskussion ist mir aus meiner früheren Tätigkeit eine sehr vertraute. Mir ist es immer darum gegangen, gerade auch im Hinblick auf die Finanzierung des Behindertensports, nicht zu einer Situation zu kommen, die den Behinderten den Eindruck vermittelt, daß sie mit Almosen abgespeist werden. Denn mir ist es wichtig, und das steht im Zusammenhang mit meiner sehr persönlichen Lebenserfahrung, daß man Behinderten das Gefühl gibt - gerade im Gefühlsbereich ist da ungemein viel an Handlungsbedarf -, daß sie

vollwertige Mitglieder der Gesellschaft sind.

Über den Sport läßt sich dies natürlich gerade für Behinderte auch entsprechend dokumentieren, dokumentieren ihnen gegenüber, aber auch von den Behinderten für den jeweiligen Menschen selbst.

Ich habe daher vor - ich weiß nicht - acht oder neun Jahren einen Topf geschaffen für eine spezifische Förderung des Behindertensports insgesamt. Ob wir das einschließlich etwa des Großen Sportpreises der Stadt Wien und vieler anderer Dinge in so einer vollkommenen Gleichbehandlung durchführen können, wo man etwa für einen Olympiasieg oder Weltmeisterschaftstitel den Großen Sportpreis der Stadt Wien bekommt, ob wir dies nun so komplett durchziehen können, müßten wir noch durchdiskutieren. Denn ich weiß um die Leistungen, die es gerade auch bei den Behindertensportlern gibt. Ich fürchte, wenn wir dies aufgrund der großartigen sportlichen Leistungen der Behinderten nun so flächendeckend durchziehen, daß das schlicht und ergreifend eine Schwierigkeit in der Finanzierung geben wird, denn die Anzahl der Weltmeisterschaftstitel bei Behindertensportlern übersteigt die Weltmeisterschaftstitel, die nichtbehinderte Wiener Sportler erreichen, um ein Vielfaches.

Wenn ich dies jetzt ein bißchen verbreiternd dargestellt habe, dann lediglich deshalb, um im hohen Ausmaß meine Bereitschaft, aber auch meine Nachdenklichkeit in dieser Richtung hin darzulegen. Ich bin sehr, sehr bereit, gerade auch über den Sport - nicht nur, aber gerade auch über den Sport - behinderten Menschen jenes Gefühl zu vermitteln, daß sie vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft sind. Wir werden das aber sicherlich bei vielen Detailfragen dann auch noch im Detail zu diskutieren haben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Landeshauptmann.

Die 3. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Helmut Günther gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal gerichtet. Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich bin selbstverständlich bereit, wenn es Novellierungsvorschläge zu Gesetzen gibt, für die ich zuständig bin, über diese ernsthaft zu diskutieren. Dazu muß es aber zuerst einmal Vorschläge geben. Wir haben ja auch in unserem letzten Ausschuß darüber diskutiert, daß diese Vorschläge einmal eingebracht werden müssen und haben auch darüber diskutiert, daß es dann selbstverständlich möglich ist, in einer Arbeitsgruppe darüber zu sprechen, wie eine etwaige Novelle aussehen könnte. Ich erlaube mir aber auch hier in diesem Kreis, weil es mir ganz besonders wichtig ist, darauf hinzuweisen, daß das, was immer hier passiert, vor allem in engster Kooperation und Diskussion mit der Personalvertretung passieren muß.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatz-

frage stellt Herr Abg Dr Günther.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Frau Stadträtin!

Wir bringen heute einen Initiativantrag, betreffend Änderung des Personalvertretungsgesetzes, ein, und zwar gemeinsam mit den Kollegen vom Liberalen Forum und von den GRÜNEN, und dort ist unter anderem auch vorgesehen, eine Personalvertretungsaufsichtskommission einzurichten.

Sie können sich erinnern: Die letzten Sitzungen der Personalkommission waren zwei- oder dreimal davon betroffen, daß Beschwerden über einen bestimmten Personalvertreter eingebracht wurden, die Personalvertretungsaufsichtskommission aber aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen keine Möglichkeit sah, diese Einbringungen irgendwie zu behandeln.

Und jetzt meine Frage: Wie stehen Sie zur Einrichtung einer Personalvertretungsaufsichtskommission, ähnlich wie beim Bund, die von Richtern geführt wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Wenn Sie auf die Debatten anspielen, die es in der Personalkommission gegeben hat, so sind diese Debatten ja nicht deswegen nicht zu einem Beschuß gekommen, weil die inhaltliche Diskussion verweigert wurde, sondern weil das Diskussionen innerhalb verschiedener Fraktionen der Personalvertretung waren.

Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß Debatten innerhalb der Fraktionen verschiedener Couleurs innerhalb der Personalvertretung geführt werden sollen, mit aller Härte, mit allen Auseinandersetzungen, solange sie selbstverständlich fair bleiben. Aber diese Debatten sollen meiner Ansicht nach innerhalb der Personalvertretung geführt werden. Und da finde ich weder die Einrichtung einer neuen Aufsichtskommission noch eine Änderung der Zuständigkeit der jetzigen Personalkommission für sinnvoll, weil es nicht Aufgabe des Dienstgebers sein kann, und der ist in dieser Personalkommission ebenfalls vertreten, und auch nicht Aufgabe externer Richter sein kann, hier einzugreifen. Ich finde, daß das die Aufgabe der verschiedenen Fraktionen innerhalb der Personalvertretung ist. Die sollen ihre Auseinandersetzung mit aller Härte führen, aber dort sollen diese Auseinandersetzungen auch bleiben.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Smoliner.

Abg Marco Smoliner (LIF): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Einer der wesentlichen Punkte dieses Initiativtrags, der heute eingebracht werden wird, wo Sie uns auch im Ausschuß signalisiert haben, es gebe aus Ihrer Sicht keinen Handlungsbedarf, ist die Veränderung eines Wortes im § 11, nämlich daß wir zur Gesamtvertretung der Bediensteten einen Zentralausschuß wählen wollen. Im bisherigen Personalvertretungsgesetz steht drinnen "ist zu bilden".

Können Sie mir sagen, warum aus Ihrer Sicht "bilden" besser ist als "wählen"?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Ein kleines Wort

kann oft eine sehr große Bedeutung haben. Auch wenn es nur ein kleines Wort ist, hat es trotzdem eine ganz wichtige Bedeutung in diesem Gesetz.

Es geht meiner Ansicht nach darum, die Zusammensetzung sowohl der Hauptausschüsse als auch der Zentraausschüsse so zu gewährleisten, daß auch kleinere Dienststellen die Chance haben, dort vertreten zu sein, und daß auch Minderheiten die Chance haben, dort vertreten zu sein. Und ich bin der Ansicht, aufgrund meiner bisherigen Information, daß das momentane Personalvertretungsgesetz diese beiden Anforderungen, auch kleine Dienststellen sollen die Chance haben, auch Minderheitenrechte sollen gewährleistet sein, sehr gut erfüllt.

Sollte mir jemand einen genialen Vorschlag machen, der diese Rechte verbessert, dann sind wir gerne bereit, darüber zu diskutieren. Sie verzeihen mir, wenn ich sage, daß ich bisher diesen genialen Vorschlag noch nicht gehört habe. Aber Sie wollten von mir die Erklärung wissen, warum ich glaube, daß das momentane Gesetz diesen beiden Anforderungen dient, und diese habe ich hiermit geliefert.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Frau Abg Sander gestellt.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Ich glaube, daß man schon feststellen muß, daß im Zentraausschuß die kleinen Dienststellen nicht wirklich vertreten sind. Das ist ja eher der Hauptausschuß eine Etage weiter unten.

Meine Frage ist aber: Wie stehen Sie zur Reduzierung der Unterstützungsunterschriften, beziehungsweise wie sehen Sie die Möglichkeit, eine geheime Abstimmung auf Antrag eines einzigen Mitglieds eines Ausschusses durchführen zu lassen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Ich denke, daß man alle diese Vorschläge nicht isoliert sehen kann, sondern gemeinsam diskutieren muß. Deswegen halte ich es, ehrlich gesagt, nicht für sehr sinnvoll, wenn wir jetzt über Einzelfragen diskutieren oder ich mich in Einzelfragen festlege, was ich ohnehin nicht tun würde, weil - wie ich schon vorher grundsätzlich erklärt habe - das für mich ein Gesetz ist. Ich bin grundsätzlich der Meinung, daß Gesetze zwischen den Sozialpartnern verhandelt werden sollten. Aber eines, das für die Personalvertretung so bedeutend ist, kann keinesfalls ohne intensive Gespräche mit der Personalvertretung verändert werden.

Also ich werde mich hier jedenfalls, egal, wie meine ganz innere, persönliche Meinung ist - die ich natürlich habe -, nicht festlegen, weil meine noch festere Überzeugung ist, daß das alles nicht ohne intensive Diskussion mit der Personalvertretung passieren kann. Aber wir haben ja im Ausschuß auch schon darüber gesprochen, daß ich überhaupt kein Problem damit habe, hier eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Wir haben auch schon darüber diskutiert, warum es eine Arbeitsgruppe und kein Unterausschuß sein soll. Das heißt, daß wir gerne eine Arbeitsgruppe hier einsetzen können, um diese Vorschläge zu diskutieren, aber, wie

gesagt, dann, wenn es konkrete schriftliche Vorschläge gibt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Frau Stadträtin!

Werden Sie dieser Arbeitsgruppe auch Vertreter aus der Personalvertretung von Minderheitsfraktionen beziehen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Ich lade grundsätzlich die Personalvertretung ein und würde mir nicht anmaßen, der Personalvertretung vorzuschreiben, wen sie mitnehmen soll. Ich kann mir aber vorstellen, daß die Personalvertretung daran interessiert ist, daß auch in ihren Reihen diese Debatte sehr breit und sehr grundsätzlich geführt wird und wir hier einen sehr breiten Konsens erzielen können.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Günther.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Frau Stadträtin!

Sie haben heute schon darauf hingewiesen, daß wir in der letzten Sitzung des Ausschusses von einem Unterausschuß gesprochen haben. Sie waren aber nicht bereit, ihn auch über den Sommer arbeiten zu lassen.

Der heutige Initiativantrag sieht vor, daß innerhalb von zwei Monaten der Ausschuß zu befassen ist. Die Frage ist jetzt - das ist der 26. August -: Sind Sie auch bereit, schon im Juli und August Verhandlungen im Ausschuß über diesen Initiativantrag vorzunehmen, da das gesetzlich vorgesehen ist?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Ich bin ein wenig überrascht, daß Sie jetzt wieder von einem Unterausschuß sprechen. Am Nicken des Herrn Vorsitzenden sehe ich, daß es nicht an meinem Gedächtnis liegt, sondern daß es offensichtlich ein Mißverständnis sein muß: Wir haben ja noch lange und breit darüber diskutiert, daß wir keinen Unterausschuß einrichten, sondern eine Arbeitsgruppe. Genauso wie ich denke, daß es sinnvoll ist, daß seitens der Personalvertretung hier eine sehr breite Diskussion stattfindet, bin ich auch der Ansicht, daß innerhalb des Ausschusses ebenfalls eine sehr breite Debatte stattfinden soll. Wir hatten uns eigentlich darauf geeinigt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, weil es diese ermöglicht, ohne Formalitäten und ohne genau auf die Aufteilung nach Mandaten achten zu müssen, daß alle Fraktionen vertreten sein können.

Ich bleibe an sich bei dieser Ansicht, daß ich denke, es sollte eine Arbeitsgruppe sein, in der alle vertreten sind. Wir haben auch lange und breit darüber diskutiert, wann es möglich ist, diese Arbeitsgruppe einzusetzen. Ich wiederhole mich. Es ist sinnvoll, dann die Arbeitsgruppe einzusetzen, wenn erstens klar ist, worüber wir diskutieren, und zweitens auch alle Fraktionen und alle Mitglieder, die interessiert sind, die Gelegenheit haben, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Selbstverständlich werden wir den Antrag, wie immer er heute behandelt wird, so behandeln, daß es

unserer Geschäftsordnung entspricht.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Frau Stadträtin.

Die 4. Anfrage wurde von Herrn Abg Dipl Ing Rudolf Schicker gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft gerichtet. Herr Stadtrat, ich bitte um die Beantwortung.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Abg Schicker, Sie fragen: "Der Koordinationsausschuß der Planungsgemeinschaft Ost hat zwei Arbeitsgruppen der Landtage als offizielle Kooperationsgremien vorgesehen. Wann werden diese aktiv?"

Ich muß da einmal eine kleine Korrektur anbringen. Es ist nicht der Koordinationsausschuß der PGO, sondern es handelt sich hier um eine selbständige Initiative der drei Landtagspräsidenten. Aber die Frau Landtagspräsidentin hat mich autorisiert, die Antwort zu geben.

Es sind zwei Arbeitsausschüsse eingesetzt, ein Arbeitsausschuß unter dem Titel "Verkehrs- und Siedlungspolitik", ein zweiter unter dem Titel "Wirtschaft, Betriebsansiedlung, Arbeiten, Telekommunikation". Die erste konstituierende und Arbeitssitzung ist für September dieses Jahres vorgesehen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl Ing Schicker.

Abg Dipl Ing Rudolf Schicker (SPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Mir ist bewußt, daß die Landtage sich dazu bereit gefunden haben und die Landtagspräsidenten diese Initiative ergriffen haben. Ich denke, daß es aber sehr sinnvoll wäre, eine Verklammerung zwischen dem verwaltungsorientierten Gremium der PGO und den Landtagen herbeizuführen, und zwar direkt. Trotzdem, ich bin der Initiative der Landtagspräsidenten sehr dankbar und hätte die Frage an Sie, welche Themen Sie in diese beiden Arbeitsgruppen als vordringlich einzubringen gedenken?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat, bitte.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Aus meiner Sicht sind es drei Fragen, die von diesen beiden Ausschüssen mit Vorrang behandelt werden sollten.

Die erste Frage bezieht sich auf die Sicherung des Grüngürtels.

Beim zweiten Themenbereich geht es mir um die Verstärkung des öffentlichen Verkehrs. Es ist ja in der letzten Zeit ein großer Fortschritt in Sachen Regionalplanung gelungen, das ist die Initiative, die die drei Bundesländer gemeinsam mit den ÖBB und mit dem Wirtschaftsministerium gesetzt haben, in Richtung Ausbau der Schnellbahnen.

Und beim dritten Bereich geht es um die Siedlungs- politik, wobei im Vordergrund die Stärkung der Entwicklungszentren in einer Entfernung von etwa 30 bis 50 Kilometern von den Stadtgrenzen, im Gegenzug aber ohne wilde Siedlungspolitik und Ansiedlungspolitik im Zwischenraum steht.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hack gestellt.

Abg Mag Michaela Hack (LIF): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Eines der Hauptprobleme der Verkehrspolitik sind die Pendlerströme, die täglich von Wien und nach Wien kommen. Wird im Rahmen dieser Tagung oder im Rahmen dieser Arbeitssitzung diese Problematik besprochen werden, und gibt es Ihres Wissens Vereinbarungen mit Niederösterreich, wo und wann und in welchen Orten Sammelgaragen oder Sammelparkplätze errichtet werden, um die Pendlerströme noch vor der Wiener Stadtgrenze aufzuhalten und hier eine geordnete Verkehrspolitik zu erreichen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Frau Landtagsabgeordnete!

Nachdem es sich auch bei diesen Arbeitsausschüssen und bei den Sitzungen um selbständige Initiativen der Landtage handelt und meines Wissens Sie an einer dieser Arbeitsgruppen teilnehmen, kann ich nur sagen: Ich kann mir nur wünschen, daß das diskutiert wird. Aber Sie können dazu einen Beitrag leisten, daß mein Wunsch in Erfüllung geht, indem Sie sich als Teilnehmerin an einer dieser Arbeitsgruppen für die Behandlung dieser Frage aussprechen, weil das für Wien ganz sicher eine Schlüsselfrage ist.

Was die Frage der Sammelplätze, der Park-and-ride-Anlagen anbelangt: Es gibt ja an sich eine Vereinbarung mit Niederösterreich über das Anliegen dieser Parkmöglichkeiten. Wir haben jetzt eine Initiative gesetzt, um gegenüber der Bundesregierung im Rahmen des 30-Milliarden-S-Pakets auf die Einhaltung dieser Abmachung zu drängen, weil wir aus unserer Sicht, wenn das Tempo weiter so anhält, den Zeitplan nicht einhalten können.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Abg Kenesei.

Abg Günter Kenesei (GRÜNE): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Nicht nur, daß wir jetzt fast ein Jahr gewartet haben, aber ich begrüße es sehr, daß das jetzt endlich im September stattfindet. Ich kenne die Schwierigkeiten, die solche Terminkoordinaten mit sich bringen, aber über diesen Termin hinaus ist es notwendig, natürlich auch - und es wird immer von der Region gesprochen - die Region im Auge zu behalten. Ich glaube, man soll richtigerweise nicht vor Landesgrenzen haltmachen, man sollte aber auch nicht vor Stadtgrenzen haltmachen. Gerade in der Diskussion einer möglichen Osterweiterung und in der Diskussion, Partner zu finden, ist es immer wieder ein Anliegen von uns - aber ich weiß, auch von Ihnen -, mit den nächsten größeren Städten im befreundeten Ausland Kontakt zu halten, wie mit Preßburg, mit Brünn, mit Znaim, aber auch mit Györ und vielen anderen.

Jetzt frage ich Sie - und das wäre eine Initiative, die nicht von den Landtagspräsidenten auszugehen hätte, sondern vom Planungs- und Zukunftsstadtrat

dieser Stadt -: Wird es zumindest einmal eine Gesprächsbasis geben, um mit diesen Städten, die von mir genannt wurden, eine gemeinsame Enquête, einen gemeinsamen Gesprächstermin, sei es hier im Rathaus oder an einem anderen Ort, zu finden, um gemeinsam die Probleme dieser Region, im europäischen Blickwinkel betrachtet, zu diskutieren, und werden Sie dafür sorgen, daß das so rasch wie möglich und nicht erst in einem Jahr oder vielleicht viel später stattfinden kann?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat!

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Abg Kenesei, Sie haben völlig recht. Wir dürfen die Region nicht nur als etwas ansehen, was bis Tulln, bis Perchtoldsdorf oder Baden, bis Hollabrunn oder Gänserndorf reicht, sondern wir müssen das wesentlich weiter sehen. Wir haben uns ja deswegen auch in der Regierungsklausur vom Wilhelminenberg zur Schaffung einer Europaregion, die die Städte Preßburg, Györ und Brünn einschließt, entschlossen.

Ich selbst bin gerade dabei, Termine mit diesen Städten zu vereinbaren. Ein erster mit Brünn - ich glaube, das ist der 25. August - ist schon festgelegt, Preßburg und Györ folgen demnächst.

Aber es kann nicht nur dabei bleiben, daß der Landeshauptmann-Stellvertreter nach Brünn, nach Preßburg und nach Györ fährt, sondern es sollen daraus institutionalisierte Beziehungen werden. Die möchte ich anlässlich meiner Besuche besprechen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Stix gestellt.

Abg Dr Rüdiger Stix (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Ich frage Sie jetzt nicht, ob Sie autorisiert sind, zum Beispiel die Postleitzahl des Rathauses bekanntzugeben. Ich glaube, das ist 1082.

Es ist durchaus entzückend, wenn die Kollegen, die schon vor einigen Wochen die Zustellung für die Einberufung der gemeinsamen Ausschüsse bekommen haben, wo wir uns im September wiedersehen, den Termin abfragen.

Ich stimme mit Ihnen auch dahingehend überein, daß die Punkte, die Sie angeführt haben, vor allem die Verkehrssachen, Priorität haben müssen.

Ich frage Sie daher: Werden Sie dafür sorgen, daß das seit 1992 im Rahmen der PGO zwischen den Ländern Wien, Niederösterreich und dem Burgenland sowie dem Bund beschlossene Verkehrspaket zum Ausbau der Nahverkehrsmittel, im wesentlichen die Schnellbahnlinien 1, 2, 3, 7, 15, 45 und 80, verwirklicht wird? Und ich frage Sie in diesem Zusammenhang, ob auch der andere Teil der gemeinsamen Vereinbarung des PGO-Siedlungskonzepts vom vorletzten Jahr endlich verwirklicht wird oder verwirklicht werden kann.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat!

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Abg Dr Stix!

Das ist eine Frage der Definition. Was heißt "ich werde dafür sorgen"? Ich werde mich dafür einsetzen!

Sie wissen aber, daß Übereinkommen, die im Rahmen der PGO geschlossen werden, auch wenn sie dann politisch abgesegnet werden, nicht immer den Grad an Verbindlichkeit haben, der diesen Beschlüssen eigentlich zukommen sollte. (Abg Dr Rüdiger Stix greift sich ans Herz.) Das ist mir selbst ein großer Schmerz. Aber ich werde mit neuen Anstrengungen in dieser Richtung arbeiten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl Ing Schicker.

Abg Dipl Ing Rudolf Schicker (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Es hat gestern eine Enquête stattgefunden, die sich mit der Organisation der Planungsregion München beschäftigt hat. Ich habe Ihnen mein Bedauern schon ausgedrückt, daß das parallel zur Gemeinderatssitzung stattgefunden hat. Sie haben laut "Standard" dort gesagt, daß künftig der, der wirtschaftlichen Nutzen zieht, auch einen Beitrag für den Ausbau der Infrastruktur leisten soll. Sie haben laut "Standard" auch gesagt, daß Wien durchaus bereit ist, am Anfang sogar verstärkt Lasten in Kauf zu nehmen.

Das klingt sehr schön und sehr altruistisch. Es ist nur die Frage, und damit möchte ich das auf den Punkt bringen: Wie stellen Sie sich diese Vorgangsweise vor? Wann wird sozusagen der Return aus der Region Richtung Wien einsetzen, damit das auch hier im Landtag und im Gemeinderat vertreten werden kann?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat!

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Abg Schicker!

Von meinen vielen Gesprächen, die ich auch mit Politikern geführt habe, die nicht aus Wien, sondern aus den angrenzenden Bundesländern kommen, habe ich den Eindruck mitbekommen, daß einer der Gründe, warum es mit der Regionalentwicklung nicht in dem aus meiner und unserer Sicht wünschenswerten Tempo weitergeht, darin zu suchen ist, daß man im Umland den Eindruck hat, eine gemeinsame Planung würde in erster Linie zugunsten Wiens ausgehen und würde das Umland und die anderen Bundesländer eher benachteiligen.

Daher war auch der gestrige Workshop mit München gemeinsam so wertvoll, wo auch die Münchener selbst und die Umlandpolitiker, die da waren, klar zum Ausdruck gebracht haben, daß eine solche Regionalentwicklung, so ein Regionalkonzept nur funktionieren kann, wenn es zu einem fairen Interessen-, Vorteils-, aber auch Lastenausgleich kommt. Und in dem Sinn habe ich auch gesagt: Ich weiß um die Sensibilität und wir werden sicher, wenn wir weitere Erfolge erzielen wollen, nicht gleich in erster Linie sagen dürfen: In den ersten drei Sitzungen müssen nur Wiener Interessen durchkommen und vertreten werden.

Es wird ein langwieriger Prozeß sein, aber auch Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden. Ich hoffe, daß die Region Wien und die Region, die wir bilden wollen, zu einer solchen Blüte kommt, wie das einst Rom gewesen ist. Ich wünsche das dieser Region, aber nicht das Ende Roms.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Stadtrat.

Die 5. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Wolfgang Alkier gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet.

Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Im Hinblick auf Ihre Frage, ob die diversesten Säulen im Wiener Stadt Schulrat in die Beurteilung der Bewerbungen für Wiener Schulleiterposten einfließen und gleichwertig zu behandeln sind, darf ich feststellen, daß ich dieses System und die Vorgangsweise im Wiener Stadt Schulrat für äußerst objektiv halte, dies nicht zuletzt deswegen, weil dieses Wiener Modell zur Auswahl von Schulleitern und Schulleiterinnen am 23. Dezember 1993 vom zuständigen Kollegium des Wiener Stadt Schulrats auch so beschlossen wurde, und ich würde mir als Wiener Landeshauptmann und auch formeller Präsident des Wiener Stadt Schulrats nicht anmaßen, in einer Frage stunde des Landtags einen derartigen Kollegial beschluß als unobjektiv und unzureichend zu bezeichnen. Ich halte es für objektiv, ja.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Landeshauptmann. - Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Alkier gestellt.

Abg Dr Wolfgang Alkier (L/F): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Erlauben Sie mir bitte ausnahmsweise, daß ich ein bißchen aushole (*Heiterkeit*), um das doch zu erklären, worum es bei den vier Säulen geht und um vielleicht auch für alle das verständlich zu machen.

Bei den vier Säulen handelt es sich aus unserer Sicht ein bißchen um Vermengung von Äpfeln und Birnen, und das jetzt allein aus der wissenschaftlichen statistischen Sicht, denn in der Statistik gibt es so einen Begriff - Sie wissen es sicher - wie Skalenniveau.

Das bedeutet zum Beispiel nicht, wenn die Gabi einen Einser hat und der Wolfi einen Zweier, daß die Gabi doppelt so gut ist als der Wolfi. Ähnliches passiert bei diesen vier Säulen aus unserer Sicht.

Das heißt, die "Bewerbungsunterlagen" haben Nominalskalenniveau, die "Computerunterstützte Potentialanalyse" hat Intervallskalenniveau, das "Gutachten der Schulaufsicht" hat im besten Fall Intervallskalenniveau und das "Strukturierte Interview" hat Ordinalskalenniveau. Wissenschaftlich gesehen ist es also nicht sehr sinnig, diese vier Säulen zusammenzählen und eine Rangfolge zu erstellen.

Wir haben heute in der Aktuellen Stunde Tourismus zum Thema. Wenn ich das vielleicht noch einmal plastisch darstellen kann: Man stelle sich vor, Sie buchen Ihren Urlaub, gehen zu Ihrem Reisebüro, und das Reisebüro entscheidet aufgrund von vier Säulen, was der beste Urlaubsort ist. Eine Säule ist, was die Einheimischen zu dem Ort sagen. Diese sagen, das ist schön, zum anderen, das ist sehr schön. Die nächste Säule

sind die Prospekte. Bei dem einen Ort sind die Bilder schön, bei den anderen Prospekten sind die Bilder auch schön. Dann gibt es einen international objektiven Reisetest als eine Säule. Ich würde sagen, das ist das "Strukturierte Interview". Und es gibt die Temperaturen. Sagen wir einmal, da hat es 27 Grad, 24 Grad, 12 Grad oder minus 2 Grad.

Ich komme demnächst wirklich zur Frage. (Abg Ilse Forster: *Das ist nett!*) Wir sehen also die beiden Säulen "Bewerbungsunterlagen" und "Gutachten", welche mit subjektiver Einschätzung sind, während die beiden anderen Säulen "Strukturiertes Interview" und "Computerunterstützte Potentialanalyse" objektivierbarer und auch von der Skalierung her unterschiedlich sind.

Können Sie sich vorstellen, daß die beiden Säulen "Bewerbungsunterlagen" und "Gutachten der Schulaufsicht" bereits feststehen, bevor die objektiven Verfahren "Computerunterstützte Potentialanalyse" und "Strukturiertes Interview" erfolgen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mir so anschaulich dargestellt haben, was der Vergleich von Äpfeln und Birnen bedeutet. Immerhin haben diese den gemeinsamen Oberbegriff "Obst". (Abg Dr Rüdiger Stix: *Obstsalat!*) Auch hier kann man mit Sicherheit feststellen, daß dies offensichtlich den gemeinsamen Oberbegriff "Objektive Postenvergabe" hat.

Im Übrigen - ohne Ihnen nahetreten zu wollen und selbstverständlich, ohne die wissenschaftlichen Vorgangsweisen in irgendeiner Form zu kommentieren - würde ich empfehlen, daß man diese wissenschaftliche Grundlagendebatte in jenem zuständigen Gremium führt, nämlich im Kollegium, das letztendlich dieses Modell auch beschlossen hat. Ich würde es für unzulässig halten, in einen solchen wissenschaftlichen Diskurs, in einer läppischen Frage stunde des Wiener Landtags einzutreten, denn hier handelt es sich ganz unbestreitbar um Höheres als das, was wir hier in der Tagespolitik abzuhandeln haben.

Ich bin aber gerne bereit, den Herrn amtsführenden Stadt Schulratspräsidenten zu ersuchen, diesen Diskurs in besonderem Ausmaß zu forcieren. Wie jeder weiß, bin ich sehr für die Ausweitung des wissenschaftlichen Diskurses. Dies gilt auch für die "Computerunterstützte Potentialanalyse" oder für das "Strukturierte Interview". Sie gestatten, daß ich das ablese, weil mir die Säulentheorie noch nicht so geläufig aus dem Mund fließt, als dies andere Dinge tun. Aber ich werden den Herrn amtsführenden Stadt Schulratspräsidenten ersuchen, dies zu tun.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Jerusalem gestellt.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Herr Landeshauptmann!

Wie mein Vorfrager bereits anschaulich geschildert hat, ist die Sache sehr kompliziert. Ich könnte sie noch

weiter verkomplizieren, was ich aber nicht will. Ich werde versuchen, die Sache auf einen Punkt zu bringen.

Die SPÖ hat wiederholt festgestellt, daß sie nicht will, daß die objektiv besten Bewerber schlußendlich an die Schulen gehen und die Schulpartner sagen, wer von diesen objektiv Besten Direktor werden soll. Ich stehe immer auf dem Standpunkt, die Schulpartner sollen mitreden.

Jetzt hat ein SPÖ-Schuldirektor die Sache folgendermaßen auf den Punkt gebracht: Er hat zu mir gesagt: "Sagen Sie, wo gibt es das eigentlich, daß sich die Kälber den Schlächter selbst aussuchen?" - Das ist eine sehr drastische Schilderung der Verfassung der Schulpartner, die in diesem Schauspiel die Kälber sind und der Direktor ist der Schlächter. Das ist also eine etwas merkwürdige Sichtweise des Schulalltags, vielleicht manchmal treffend, aber durchaus merkwürdig.

Jetzt würden Sie, Herr Landeshauptmann, bei allem Respekt in diesem Schauspiel, auch mehr auf der Kälberseite sein, wenn Sie der Vater eines Sohnes wären. (*Lhptm Dr Michael Häupl: Ich fürchte, ja!*) Ich denke mir, weder Sie noch die übrigen Schulpartner sind besonders erpicht darauf, als Kälber dargestellt zu werden und haben auch keine große Lust, einen Schlächter an ihre Schule zu bekommen. Ich könnte mir vorstellen, daß Sie persönlich ein anderes Bild von Schule entwickelt haben.

Ich frage Sie daher: Können Sie sich als Landeshauptmann und Präsident des Stadtschulrats vorstellen, daß, abweichend von diesem gezeichneten Bild, es schlußendlich nach einem langen und ausführlichen Diskussionsprozeß im Stadtschulrat sehr wohl so ist, daß diejenigen, die nach dem Verfahren objektiv die Besten sind, zu einem Hearing in die Schule kommen und daß dann die Meinung der Schulpartner beim Beschuß im Kollegium Gewicht hat?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Frau Abgeordnete!

Irgendwie ist es heute in der Fragestunde offensichtlich mein Schicksal, mit Vergleichen konfrontiert zu sein, wo man nur mehr wiederholt sagen kann, nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Das gilt für die Obstdiskussion von vorhin ebenso wie für den Schlachthofvergleich eines mir möglicherweise bekannten Schuldirektors.

Es ist absolut richtig, ich bin grundsätzlich der Auffassung, daß ein Pädagoge, wenn er an eine Schule kommt, nicht der Schlächter sein sollte, genausowenig wie ich als Elternteil die Rolle des Kalbs bevorzugen würde. Meine Vorstellung von Partnerschaft und Schulpartnerschaft ist dem Schlachthofmodell diametral entgegengesetzt. Wenn ich von Partnerschaft spreche - und ich halte von dem, was ich immerhin zweimal erfahren und erleben durfte, im gegenständlichen Fall noch immer -, dann halte ich sehr viel von Schulpartnerschaft, von einem Miteinander in der Schule. Diese Partnerschaft soll auch tatsächlich sein.

Ich begrüße ganz außerordentlich objektive, wissenschaftlich festgelegte - wie auch immer - Beurteilungskriterien im Hinblick auf die Bestellung von Schulleitern. Aber ich meine, ob ein Hearing ein geeignetes Instrumentarium dafür ist oder nicht - in welcher Form auch immer -, müßte man wahrscheinlich noch im Detail erläutern. Ich begrüße es ganz außerordentlich, daß bei dieser objektiven Feststellung der Eignung - um das einmal so zu sagen - auch Eltern, aber auch Schüler in den Entscheidungsprozeß einbezogen werden. Oder anders formuliert: Ich verstehe schon, daß - ohne drastische Vergleiche brauchen zu müssen - es nicht ganz einfach ist, wenn Arbeitnehmer ihre Chefs selbst wählen beziehungsweise bestimmen.

Wir wissen, wovon wir sprechen. Es gibt in der Geschichte Rätemodelle, die ähnliches vorgesehen haben. Wir wissen aber gleichzeitig, daß dies keine besonders erfolgreichen Modelle gewesen sind.

Bei Pädagogen sehe ich das anders. Denn hier geht es, wenn man den gewünschten pädagogischen Erfolg erzielen will, einfach darum, daß sich das Miteinander, das Miteinander-Arbeiten, das Miteinander-Leben und das Miteinander-Lernen, auch in den Fragen der Schulorganisation niederschlagen sollte. Ich bin daher - ohne präjudiziell wirken zu wollen - der Auffassung, daß ein Hearing die beste Form sei, daß sich das Miteinander in der Bestellung von Schulleitern niederschlägt. Ich bin also sehr dafür, daß insbesondere Eltern, aber auch Schüler beziehungsweise Schülervertreter, bei der Bestellung von Schulleitern nach dieser Feststellung gehört werden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Walter Strobl gestellt.

Abg Walter Strobl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

In der Kritik am derzeitigen Objektivierungsverfahren wird in erster Linie immer die Professionalität moniert. Das hat sich auch heute in den bereits gestellten Fragen wieder gezeigt.

Das Verfahren wurde 1993 mit einer Gruppe von Mitarbeitern im Stadtschulrat entwickelt.

Ist Ihnen bekannt beziehungsweise können Sie sagen, ob damals auch eine professionelle Managementgruppe oder Managementfirma in diese Beratungen einbezogen wurde?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Abgeordneter!

Soweit ich höre, ist dieser Vorwurf der Unprofessionalität dadurch falsifizierbar, weil im Vorfeld zur Erarbeitung dieses Beschlusses vom Dezember 1993 sehr wohl auch professionelle Managementberater eingebunden waren, damit es nicht Anlaß zu Gerüchten gibt, die sich aus der einen oder anderen Berufsvergangenheit eines Mitglieds dieses Hauses ergeben können. Es war - soweit ich weiß - die Managementfirma Dr Weber, die hier tätig gewesen ist.

Ich begrüße das sehr und weise persönlich jene Vorwürfe der Unprofessionalität, die in diesem Zu-

sammenhang mit der Vorbereitung des Beschlusses vom Dezember 1993 gelegentlich in direkter oder indirekter Form erhoben werden, zurück.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Stix gestellt.

Abg Dr Rüdiger Stix (FPÖ): Herr Landeshauptmann!

Ich finde es an sich schade, daß Sie als Naturwissenschaftler beziehungsweise wissenschaftlich ausgewiesener Zoologe der Skalierungsdiskussion ausweichen - im Prinzip ist das eine sehr berechtigte Frage - und daß Sie sich hinter der zugegebenermaßen nicht unplastischen Formel des Fruchtsalats verstecken.

Ich frage Sie, Herr Landeshauptmann: Wie gehen Sie als politisch Letztverantwortlicher mit der Problematik um, daß Sie quantifizierte Ergebnisse mit unterschiedlichen Skalierungen, die eben noch nicht komplementär sind, und nicht quantifizierte haben? Wie gehen Sie damit um? Und wie gewichten Sie das als politisch Letztverantwortlicher?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Abgeordneter!

Erstens gehe ich einmal davon aus, daß diese Fragestunde nicht dazu dient, einen Naturwissenschaftler und Zoologen zu befragen, denn der würde bei Gott etwas anderes tun, als sich den hochqualifizierten Fragen dieser Fragestunde zu stellen.

Ich habe vorhin außerdem nicht von Fruchtsalat gesprochen - obwohl ich das nach der Sommerzeit durchaus für angemessen halten würde -, sondern von der Differenzierung von Äpfel und Birnen, wobei man aber auch darüber reden kann, ob beide Obstteile geeignet wären, einen vernünftigen Fruchtsalat zu ergeben, aber das Entscheidende dabei war, daß man dies - Äpfel und Birnen, um im Bild zu bleiben - eben nicht durcheinandermischt, sondern daß man eben differenziert.

Nachdem Sie versuchen, den reichen Schatz meiner wissenschaftlichen Erfahrung anzubohren, darf ich Ihnen sagen, daß der Vergleich von quantifizierbaren Untersuchungsergebnissen mit nicht quantifizierbaren Untersuchungsergebnissen gerade für den Biologen absolut einfach ist, denn wir sind es gewohnt - wenn ich höre, daß Sie insbesondere auf den Bereich der Verhaltensforschung verweisen -, quantifizierbare und nicht unmittelbar quantifizierbare Untersuchungsergebnisse durchaus in einen Gesamtbeurteilungskonnex zu stellen. Falls dies vom Wiener Stadtschulrat gewünscht werden sollte - ich meine im besonderen auf Beschuß des Kollegiums - bin ich gerne bereit, als zusätzlichen Experten Irenäus Eibl-Eibesfeldt anzubieten, der sicherlich Wesentliches im Hinblick auf die Verknüpfung von quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Ergebnissen beitragen könnte. Wir alle - mehr oder weniger - junge Schüler von Konrad Lorenz haben dies jedenfalls gelernt.

Aber ich verschanze mich - ich sage auch das ganz offen - hinter nichts, sondern ich halte ganz objektiv fest - das ist der ernstere Teil letztendlich auch Ihrer

Frage -, nicht der Wiener Landeshauptmann, nicht der Wiener Stadtschulrat und auch nicht der amtsführende Wiener Stadtschulratspräsident sucht es ohne weiteres aus - das war der Vorwurf, den man auch in der Vergangenheit gemacht hat -, sondern hier geht es darum, daß man im Dezember 1993 mit dem Beschuß ein Wiener Modell entwickelt hat, das auf verschiedenen Säulen basiert - auf quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren -, die es letztendlich auch ermöglichen, eine Entscheidung über die Bestellung eines Schuldirektors objektivierbar sowie objektiv in der Öffentlichkeit und in der öffentlichen Diskussion darzustellen.

Daß hier das zusätzliche Element in einer Frage moniert wurde, nämlich auch die Einbeziehung der Schulpartner - wenn man das so sagen kann -, ist eine mir persönlich in außerordentlichem Maße sympathische Vorstellung und Angelegenheit. Ich schwindle mich über gar nichts hinweg, sondern ich nehme einen Kollegialbeschuß, der im Dezember gefaßt wurde, zur Kenntnis und bin herzlich gerne bereit, auch über diese Fragen der Einbeziehung der Schulpartner in den Bestellungsvorgang - jedenfalls Anhörung der Schulpartner in diesem Bestellungsvorgang - mit dem amtsführenden Stadtschulratspräsidenten zu diskutieren.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Alkier.

Abg Dr Wolfgang Alkier (LIF): Herr Landeshauptmann!

Es ist, glaube ich, auch Teil des Koalitionsübereinkommens, daß das Modell weiterentwickelt werden soll. Im Stadtschulrat ist zumindest ein Antrag gewesen, daß eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die darüber beraten soll, wie dieses Modell noch verbessert werden kann. Dieser Antrag ist vorerst einmal abgelehnt worden.

Sie haben gestern abend, glaube ich, versäumt, daß es hier einen genialen Antrag von dieser Seite beziehungsweise von ihrer Expositur - um im schulischen Jargon zu bleiben - gegeben hat, der in die Richtung gegangen ist, es soll bei den Stadtwerken eine Arbeitsgruppe auf Regierungsebene geben.

Werden Sie sich im Stadtschulrat dafür einsetzen, daß die Arbeitsgruppe, die in Zukunft Verbesserungen für das Objektivierungsmodell erarbeiten soll, auch auf Regierungsebene beschränkt ist?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich werde mich selbstverständlich dafür einsetzen, daß dieses Wiener Modell der Objektivierung entsprechend weiterentwickelt wird. Eines der Themen, die hier zur Diskussion stehen - die Einbeziehung der Schulpartner -, ist auch diskutiert worden. Aber auch ein anderes Themenfeld ist diskutiert worden. Es betrifft die Frage der Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Beurteilungsgrundlagen.

In welcher Form dies passiert, ist eine Angelegenheit des Kollegiums. Ich werde mit Sicherheit keine Vorgaben machen, sondern die Beschlüsse des Kolle-

giuns zur Kenntnis nehmen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die Fragestunde ist damit beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Von den Abgen Johannes Prochaska, Dr Oskar Wawra, Mag Franz Karl, Rudolf Klucsarits, Maria Hampel-Fuchs, Walter Strobl, Georg Fuchs, Gerhard Pfeiffer, Patrizia Markus, Dr Wolfgang Ulm, Dr Johannes Hahn, Mag Alexander Neuhuber, Dr Matthias Tschirf und Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer wurde eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Wien-Tourismus und Fremdenverkehr" verlangt.

Das Verlangen wurde gemäß Geschäftsordnung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte den Erstunterzeichner, Herrn Abg Dr Wawra, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, daß seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

Abg Dr Oskar Wawra (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Tourismus und Fremdenverkehr in Wien sind wichtige Bereiche, die es sinnvoll machen, auch diese Fragen einmal im Rahmen einer Aktuellen Stunde zu erörtern.

Der Wien-Tourismus hat mit jährlich rund 3 Millionen Touristen und 7 Millionen Nächtigungen vielfältige Auswirkungen auf unsere Stadt, bringt der Wiener Wirtschaft insgesamt 20 Milliarden S an Jahresumsatz und sichert damit auch Zehntausende Arbeitsplätze.

Die Entwicklung ist daher im allgemeinen sehr erfreulich. Wir hatten 1996 mit 7,3 Millionen Nächtigungen das zweitbeste Ergebnis seit dem Rekordjahr 1990. Auch die Halbjahresbilanz 1997 ist durchaus erfreulich. Das darf aber kein Freibrief sein, sich auf guten Ergebnissen auszuruhen.

Wien steht nicht nur international im Städtewettbewerb, sondern wir stehen auch besonders im direkten Vergleich und in der Konkurrenz zu den Nachbarstaaten beziehungsweise Nachbarstädten Prag und Budapest, wo der Städte Tourismus seit einigen Jahren boomt.

Eine erst kürzlich veröffentlichte Studie der Österreichischen Gesellschaft für angewandte Fremdenverkehrswirtschaft hat sich mit der strategischen Position und mit den Marktchancen Wiens im Vergleich zu Prag und Budapest beschäftigt. Diese Studie stellt Wien insgesamt ein sehr gutes Zeugnis aus, zeigt aber auch Defizite auf.

Was sind also die Stärken Wiens? - Das sind vor allem unser kulturelles und historisches Image sowie unser Erbe, unsere gute Hotellerie und Gastronomie, aber auch unsere professionelle Vermarktung.

Ich möchte bei dieser Gelegenheiten auch einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wiener Tourismusverbands - es sind in erster Linie Mitarbeiterinnen - für den wirklich guten Einsatz im Interesse Wiens danken. (Beifall bei ÖVP, SPÖ und Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz.)

Es gibt aber auch Defizite. Die Studie zeigt das sehr deutlich auf. Es sind vor allem ein gewisser Mangel an einem modernen Image Wiens, Kritik vor allem im Bereich des Kartenvertriebs und der Kartenpreise von Oper und Theater sowie Kritik und Defizite im Verkehrsbereich.

Was wären mögliche Zukunftsstrategien für einen Wien-Tourismus im dritten Jahrtausend? - Ich glaube, Wien muß sehr bewußt auf seinen beiden Schienen weiterfahren, nämlich auf das kulturelle und historische Erbe setzen, aber auch auf ein neues, modernes und junges Image, das ebenso neue und junge Zielgruppen anzieht.

Was bedeutet das konkret? - Ich glaube, es bedeutet ein größeres Angebot an moderner Kunst und Kultur. Gerade im Bereich der Planung und Kultur wird es in der nächsten Zeit neue Akzente und neue Impulse geben. Das Museumsquartier mit seiner neuen Ausstellungshalle, die Präsentation der Sammlung Leopold, aber auch das Kindermuseum können beispielsweise solche Akzente sein. Damit würde eine neue Museumsmeile im Herzen der Stadt entstehen, nämlich von der Hofburg über die Bundesmuseen zum Messepalast und weiter zum Spittelberg bis hin zur Mariahilfer Straße. Somit hätten wir gleich die praktische Verknüpfung von Kultur, Tourismus und Wirtschaft. Gerade im Bereich der Kultur werden in der nächsten Zeit mit neuen Schwerpunkten im Bereich Tanz, neue Medien und Design sowie neue Events in der Stadt und die erstmalige Bespielung der Wiener Oper im Sommer spannende und interessante Akzente gesetzt.

Kurz zu den Verkehrsfragen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Ich möchte hier nur drei Punkte kurz herausgreifen.

Erster Punkt - Flughafenschnellbahn: Ich glaube, wir sollten mit dem Bund und Niederösterreich ernsthaft darangehen, dieses Projekt endlich zu verwirklichen. Es ist, glaube ich, eine Schande für eine Weltstadt wie Wien, daß wir über keine attraktive Verkehrsverbindung an unseren internationalen Flughafen verfügen.

Zweiter Punkt - Busproblem: Ich glaube, auch hier gibt es viel zu verbessern. Es sollte nach neuen Lösungen gesucht werden, und ich möchte nur die beiden Stichworte Grinzinggarage und Heldenplatzgarage erwähnen.

Meine Damen und Herren, ein dritter und - wie mir scheint - wichtiger Punkt: Gerade im Frühjahr nächsten Jahres fällt der 1. Mai auf ein verlängertes Wochenende. Es wäre daher auch im Interesse des Tourismus, daß die WIENER LINIEN am 1. Mai fahren. (Beifall bei ÖVP und Abg Marco Smoliner.)

Ich glaube, wir sollten uns in dieser Frage nicht von sogenannten - ich sage bewußt "sogenannten" - Telefonumfragen des ORF, wie wir es gestern in "Wien heute" erlebt haben, irritieren lassen. (Beifall bei ÖVP, Abg Mag Christoph Chorherr und Abg Marco Smoliner.)

Ich hoffe sehr, daß die gestrige Sendung des ORF

zu diesem Thema ein einmaliger Ausrutscher war. (StR Lothar Gintersdorfer: Ich befürchte nicht!) In meinen Augen war dies ein vorausseilender Gehorsam eines Stadtfernsehens, wo wir geglaubt und gehofft haben, daß diese Zeit in Wien schon überwunden ist. (Beifall bei ÖVP, Abg Mag Christoph Chorherr, Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz und Abg Marco Smoliner.)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang offen sagen, ich finde es eigentlich ganz unglaublich, was Frau StR Ederer gestern in "Wien heute" gesagt hat. Sie hat nämlich sinngemäß gesagt, daß die Frage der WIENER LINIEN am 1. Mai offenbar nicht vom Gemeinderat oder von der zuständigen Stadträtin endgültig entschieden wird, sondern von der Gewerkschaft und von der Personalvertretung der Wiener Verkehrsbetriebe. (Abg Johannes Prochaska: Das kann es ja nicht sein!)

Mein Damen und Herren, das ist eine Situation, die, glaube ich, nicht so ohne weiteres hingenommen werden kann, genauso wie es bei der Bank Austria nicht angeht, daß der Betriebsart sich seine Eigentümer und die Zukunft der größten Bank dieses Landes bestimmt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich finde, es ist in diesem Zusammenhang auch dem Image Wiens als Weltstadt und als Tourismusstadt abträglich, wenn der Eindruck entstehen könnte, daß diese Stadt und wichtige Institutionen in dieser Stadt nicht von den gewählten Politikern und den zuständigen Gremien, sondern von Gewerkschafts- und Parteiinteressen regiert werden. Ich glaube, diesen Eindruck sollten wir möglichst rasch korrigieren! (Beifall bei ÖVP, StR Lothar Gintersdorfer und Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz.)

In diesem Sinne, wäre es, glaube ich, auch ein sehr wichtiges Signal nach außen, wenn im nächsten Jahr die WIENER LINIEN auch am 1. Mai fahren würden. (Beifall bei ÖVP, Abg Mag Christoph Chorherr, Abg Mag Gabriele Hecht und Abg Marco Smoliner.)

Ich möchte zum Abschluß noch einen Aspekt erwähnen, der mir wichtig erscheint. Ich glaube, wir sollten in der nächsten Zeit noch mehr Anstrengungen als bisher dahin richten, daß die Bereiche Wirtschaft, Tourismus und Kultur noch mehr verschränkt und dadurch Synergieeffekte besser genutzt werden. Kulturelle Events im Ausland oder gesellschaftliche Ereignisse wie Wien-Bälle sollten noch stärker als bisher genutzt werden, um Wirtschaftskontakte zu knüpfen und Tourismuspräsentationen anzubringen. Ein einheitliches Stadtmarketing für Wien soll und kann dazu die notwendige organisatorische und inhaltliche Klammer sein.

Meine Damen und Herren! Sie sollten letztlich diejenigen sein, die Wien an der Schwelle zum dritten Jahrtausend international nicht nur als Wirtschaftsstandort und Kulturmetropole, sondern auch als Tourismusstadt erfolgreich positionieren. Ich bin zuversichtlich, daß uns das auch gelingen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Aus gegebenem

Anlaß möchte ich darauf hinweisen, daß sich die Damen und Herren auf der Galerie jeder Meinungsäußerung enthalten müssen. Das sieht unsere Geschäftsordnung so vor.

Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, daß sich die Damen und Herren Abgeordneten nur einmal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Alkier zum Wort gemeldet.

Abg Dr Wolfgang Alkier (LIF): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, daß die Antragsteller, die das Thema "Tourismus" gewählt haben, aus diesem Thema eine Debatte über 1. Mai, Bank Austria und ähnliches machen wollen.

Ich glaube, ich brauche nicht zu wiederholen, daß es auch unser Anliegen ist, was am 1. Mai in Wien passiert, und daß wir diesbezüglich einen Antrag eingebracht haben, der damals von der ÖVP nicht unterstützt wurde. Ich glaube, daß es natürlich bedeutend ist, wie die Bank Austria für die Touristen ihre Wechselgeschäfte macht und daß der 1. Mai in Wien von der Straßenbahn befahren wird.

Ich glaube aber, aus touristischer Sicht sind das nicht die Hauptpunkte. Ich glaube, im Gegenteil, daß es erfreulich ist, wenn am Ende dieser langen Woche in diesem Hohen Haus ein Thema auf der Tagesordnung steht, das eigentlich wenig kontroversiell ist. Mein erster Eindruck - wir sind jetzt auch in Wien in der Tourismuskommission ein erstes Mal gewesen - ist, daß über Parteigrenzen hinweg versucht wird, für Wien, für die WienerInnen und für die Wiener Tourismuswirtschaft das Beste zu machen. Ich glaube, daß der Tourismusverband in Wien sehr gute Arbeit leistet, sich die Österreich-Werbung nunmehr sehr gut mitverschränkt und es abgesehen von den budgetären Restriktionen sehr gute Ansätze gibt. (Beifall beim LIF.)

Der Vergleich mit anderen Metropolen - der angeprochen wurde - zeigt uns, daß Wien im Tourismus nach wie vor erfolgreich ist, allerdings das Aufholen von zum Beispiel Prag und Budapest darauf hindeutet, daß in Zukunft sehr wohl einiges zu tun ist. Ich denke daran, daß man diesen ganzen Großraum - ich sage einmal Metro Wien bis hin zu Budapest, Prag und so weiter - vor allem im entfernten Ausland in Zukunft stärker bewerben und stärkeres Packaging machen müßte, um die gesamte Region, die über den Untertassennrand Wien hinausgehen muß, im Tourismus zu vermarkten.

Meine Damen und Herren! Es gibt natürlich einiges, was die Politik im Bereich des Tourismus tun kann. Es ist natürlich unser Thema "Rahmenbedingungen". Einer der Punkte, die wirklich für die wenigsten Menschen nach wie vor verständlich sind, ist die Handhabung unserer Öffnungszeiten. Der Landeshauptmann hat sehr wohl Möglichkeiten, die Öffnungszeiten in Wien noch zu erweitern. Es gab von uns diesbezüglich im Dezember eine Anfrage. Die Antwort war, daß es

Gespräche mit den Sozialpartnern geben wird. Unseres Wissens nach gab es bisher noch kein Weitergehen. Es schaut so aus, als ob die Möglichkeiten, die auf Landesebene im Bereich Tourismuszonen und dergleichen genutzt werden, in Wien nicht gemacht werden können.

Ein weiterer Punkt ist, daß Tourismus eine Querschnittsmaterie ist. Das heißt, ich sage einmal, alle Vorschläge, die von uns im Bereich Verkehr, Umwelt, Stadtplanung, Kultur, Museumsquartier und so weiter gekommen sind oder von uns kommen, würden, wenn sie verwirklicht werden, einerseits für die WienerInnen die Stadt bei weitem verbessern, andererseits wäre es aber auch von der touristischen Attraktivität her ein Quantensprung.

Lassen Sie mich zuletzt auf einen Bereich eingehen, der nun verstärkt vom Tourismusverband aufgegriffen wird. Das ist der Bereich Familientourismus. Es gibt nunmehr erstmals ein Angebot - das ist zu Recht kritisiert - in einer noch nicht sehr ansprechenden Form, zumal die Entscheidungsträger oder Mitentscheidungsträger sehr wohl Kinder sind. Es geht um die Ferienszene, um das Familienangebot im Wiener Bereich. Ich habe den Eindruck, daß das ganze Denken betreffend Familienurlaube, Familienpolitik und so weiter in Richtung Eltern gerichtet ist. Ich glaube, daß wir in Wien danach trachten müßten, sowohl aus touristischer Sicht als auch für alle unsere Wiener Kinder in Zukunft tatsächlich eine Kinderpolitik zu machen. Das heißt, Kinderpolitik statt herkömmlicher Familienpolitik! (Beifall beim LIF.)

Nur wenn es in Wien für Kinder attraktiver wird, mehr Angebote gibt und Wien für Kinder lebenswerter wird, ist das dann auch für Familien attraktiv, die nach Wien kommen möchten. (Abg Gerhard Göbl: In welcher Stadt leben Sie eigentlich?)

Im übrigen wird das Liberale Forum dafür sorgen, daß die Tage der Parteibuchwirtschaft in Wien gezählt sind! (Beifall beim LIF.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächste Rednerin ist Frau StR Dr Huemer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

StR Dr Friedrun Huemer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch ich habe mich gestern über "Wien heute" und die Äußerungen der Frau StR Ederer zum Verkehrsproblem am 1. Mai einigermaßen geärgert. Vielleicht will die neue Präsidentin des Tourismusverbands einen Beitrag zum Eventtourismus leisten - es ist alles möglich - und einen neuen Schwerpunkt setzen, der heißt, "am 1. Mai Wien zu Fuß erleben". (Amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Auf der Ringstraße!) Das würde zum Beispiel auch die Garagenstellplatzprobleme in Wien in einem anderen Licht erscheinen lassen. (Abg Rudolf Hundstorfer: Erlebnispark Ringstraße)

Genug des Scherzens! Ich glaube, daß der Tourismusverband professionell arbeitet. Unter anderem gibt es den Beweis dadurch, daß die Arbeit evaluiert wird. Wir haben auch insofern bemerkenswerte Ergebnisse,

als bei einer generellen Tourismuskrisse Wien diese Krise nicht hat. Das zeugt von Qualitätsarbeit.

Dennoch möchte ich aus der jüngsten Studie des Städtevergleichs Wien - Prag - Budapest zwei Probleme aufgreifen.

Das erste Problem mache ich kurz, weil ich es in der Kulturdebatte ohnehin angeführt habe. Ich habe eigentlich durch fünf Jahre Mitgliedschaft in der Tourismuskommission immer wieder auf die allzu traditionsbewußte Klischeedarstellung Wiens hingewiesen, bin aber bei Präsident Mayr damit überhaupt nicht durchgekommen. Ich halte diese Generationsablöse für hoffnungsvoll und vermute, daß die neue Präsidentin dem Wienbild gegenüber wesentlich offener und aufgeschlossener sein wird und daß es möglich ist, Wien auch auf der Höhe der Zeit darzustellen, zeigt sich doch in der Studie, daß weder das junge Publikum durch die bisherige nette Linie angelockt werden kann, noch daß es zu Wiederholungsreisen nach Wien kommt. Hier gäbe es tatsächlich einiges zu verbessern und zu erreichen.

Nun zu einem zweiten Punkt: Diesbezüglich möchte ich aus der Kurzfassung der Studie zitieren. Es ist wahrscheinlich keine besondere Überraschung, daß Wien im Preisvergleich der Zimmerpreise mit Prag und Budapest wesentlich teurer ist. Wir haben Preisunterschiede von 300 S bis 500 S.

Interessant ist aber in diesem Zusammenhang die Betriebskennzahl. Die Betriebskennzahl ermittelt sich aus Mitarbeiter je Zimmer. Das ist ein Faktor, der ausgerechnet wird. Dieser Faktor sagt einerseits etwas über das Betreuungsverhältnis Gast versus Mitarbeiter aus und läßt diesbezüglich Rückschlüsse zu, andererseits ist der Personalaufwand ein ganz wesentlicher Faktor der Hotellerie.

Man würde meinen, nachdem Wiens Hotels wesentlich teuer sind als Prag und Budapest, daß wir womöglich mehr Personal einstellen, also mehr Menschen beschäftigt sind. Das Gegenteil ist der Fall. Bei dieser Kennzahl zeigt Wien im Vergleich zu Prag und Budapest einen um 44 Prozent geringeren Wert, was - wie es heißt - auf umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen in den letzten Jahren zurückzuführen ist.

Dann steht noch ein Satz dabei, daß das auch im Vergleich mit anderen europäischen Metropolen ein sehr niedriger Wert ist. Es tut mir wirklich leid, aber wenn ich das lese, erhärtet sich schlich und einfach der Verdacht, daß in Wien wesentlich mehr Menschen im Bereich des Tourismus geringfügig beschäftigt sind beziehungsweise schwarzarbeiten.

Ich weiß, daß Verdächtigungen gefährlich und schlecht sind. Kontrolle ist besser. Im Rahmen der Aktuellen Stunde ist es nicht möglich, Anträge einzubringen, aber ich erwarte mir, daß dafür gesorgt wird, daß die Kontrollorgane des Arbeitsmarktservices dieser Frage nachgehen und erheben, wie die Beschäftigungs-lage tatsächlich ist, da wir selbstverständlich nicht dafür sein können, daß es in dieser Stadt Schwarzarbeiter gibt. - Danke. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn wir heute über den Wien-Tourismus sprechen, ist dies auch für einen kritischen Oppositionspolitiker einmal Gelegenheit, festzustellen, daß Wien und vor allem die Vermarktung der Stadt Wien einfach gut funktioniert, daß Wien eine wunderbare Stadt sowie historischer und kultureller Kristallisierungspunkt Mitteleuropas ist, die Wiener im wesentlichen gastfreundliche Leute sind, die zu Recht stolz auf ihre Heimatstadt sind und daß wesentliche Voraussetzungen geschaffen sind, damit der Tourismus in Wien auf einer guten Grundlage steht. Tatsache ist, daß Wien trotz der schwierigen touristischen Lage in Österreich im vergangenen Jahr das hohe Niveau nicht nur stabilisiert, sondern tatsächlich ausgeweitet hat. Es gibt eine Fülle wirklich guter Angebote, die auch dem internationalen Trend Rechnung getragen haben.

Nun wird es notwendig sein, dieses Potential weiterhin auszuschöpfen. Dann bin ich ganz sicher, daß Wien in der unmittelbaren Konkurrenz mit Prag und Budapest - die mittlerweile natürlich Fortschritte gemacht haben - seine dominierende Stellung halten wird. Das ist auch gut so.

Wenn man weiß, daß der Tourismusverband in Wien effizient arbeitet und im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern auch der Chef der Tourismuswerbung außer Streit steht, meine ich, ist das einfach ein deutliches Zeichen, daß es hier Effizienz gibt, daß erfolgreich gearbeitet wird und daß wir, wenn wir in die Zukunft blicken, nicht nur die Chance haben, sondern sogar sicher sein können, daß es eine weitere positive Entwicklung gibt. (Beifall bei FPÖ und amtsf StR Mag Brigitte Ederer.)

Meine Damen und Herren! Wir werden uns durchaus anstrengen müssen. Das wissen wir schon. Wir werden in den Bereichen Oper, Operette, Musicals und auch den Festwochen weitertun. Auch das traditionelle Wien-Image als historische Kulturstadt soll ein bißchen mit einem modernen Image erweitert werden.

Lassen Sie mich eine Feststellung machen, weil heute schon kurz die Museumsmeile angeklungen ist. Dabei wird manchmal übersehen, daß diese grundsätzliche Idee damals von der Ministerin Herta Firnberg geboren wurde. Herta Firnberg hat, als sie mit dieser Museumsmeile gekommen ist, durchaus gesehen, daß wir ein großes Entwicklungspotential haben. Aber im Gegensatz zu vielen anderen, die nach ihr gekommen sind, war es für Herta Firnberg immer absolut klar, daß mit dieser Museumsmeile - wenn man so will - das kulturelle Erbe der Stadt gepflegt und weiter ausgebaut werden soll. Deshalb gab es auch unsere Zustimmung dazu.

Was uns nicht gefällt, ist, wenn am kulturellen Erbe der Stadt gekratzt wird und man vielleicht einen anderen Weg geht, der mit Gewalt in dieses Erbe der Stadt

eingreift, denn das wäre mit Sicherheit der falsche Weg. Ich sage ganz offen, das würde auch nicht den Intentionen entsprechen, die Ministerin Herta Firnberg hatte, als sie den Beginn dieses Wegs gesetzt hat. Der generellen Idee - wie gesagt - haben wir auch zugesagt.

Meine Damen und Herren! Vergessen wir aber nicht, daß der Erfolg des Wien-Tourismus stets auch im Zusammenhang mit der Qualität der Wirtschaftspolitik stehen muß. Niedrige Eigenkapitalausstattung und überhöhte Lohnnebenkosten lassen viele Betriebe - etwa im Bereich der Gastronomie und Hotellerie - stöhnen. Wir müssen alles daran setzen, daß auch das traditionelle Beisl und das Kaffeehaus offenbleiben, denn gerade diese Gastronomie ist nun einmal ein Stückchen der Wiener Identität. Wir müssen daher vor allem unsere Wiener Lokale, die Wiener Gastronomie und die Wiener Kaffeehauslandschaft mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen massiv unterstützen, damit uns das und damit ein Stück Wien erhalten bleibt und nicht verlorengeht. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß. Der Wiener Fremdenverkehr ist ein durchaus positiv zu bewertender Sektor. Daher meine ich, daß der Tourismusverband und die Stadt insgesamt am richtigen Weg sind. Wir müssen nun auch darauf schauen, daß es keine falschen Signale im demokratischen Bereich gibt, wenn etwa im Wiener Gemeinderat oder im Landtag Beschlüsse gefaßt werden und dann der Eindruck entsteht, daß diese durch den ORF beziehungsweise das Studio Wien korrigiert werden, weil ein gewisser vorausseilender Gehorsam vom ORF zur stärksten Partei (StR Karin Landauer: Noch!) - der SPÖ - als notwendig erachtet wird. Das wäre ein falsches Signal in die demokratische westliche Welt, von wo viele Touristen zu uns kommen, denn es ist eben so, daß ein unabhängiger Rundfunk durchaus auch ein Zeichen für Demokratie ist.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, passen wir ein bißchen auf, denn dann braucht uns nicht bangen zu sein, daß sich der Wiener Tourismus nicht gut weiterentwickeln kann! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Friedrich Strobl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Friedrich Strobl (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorweg kurz zwei Punkte, vor allem an die Adresse des Herrn Abg Wawra: Erstens ist es meiner Meinung nach zumindest merkwürdig, Anrufer als "Staatsfernsehen" zu bezeichnen, um das ganz sanft auszudrücken. (StR Karin Landauer: Das ist überhaupt nicht merkwürdig! Das ist die Realität!) Zweitens möchte ich feststellen, wir wissen, daß Umfragen, welche der ÖVP nützen, bevölkerungsgerecht, und andere Umfragen anscheinend verwerflich und zu ignorieren sind. (Abg Johannes Prochaska: Das war keine Umfrage! Das gibt der ORF selber zu!) So geht es sicher nicht, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. - Abg

Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Das war keine Umfrage!
- StR Lothar Gintersdorfer: Euch muß es schlecht gehen, daß ihr zu solchen Mitteln greift! Aber lest einmal den "KURIER" von heute!

Zum Tourismus und zum Fremdenverkehr: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe bereits mit Spannung erwartet, was Ihnen alles einfallen wird, um den Tourismus in Wien, der ausgezeichnet ist, schlechtzumachen (StR Johann Herzog: Was soll uns dazu schon einfallen?), und was Ihnen einfallen wird, um vom Thema abzukommen. Ich habe zur Kenntnis genommen, es war der 1. Mai. Ich möchte aber nicht näher darauf eingehen.

Ganz kurz ein paar Zahlen: 2,9 Millionen Ankünfte - plus 3,5 Prozent. 7,3 Millionen Nächtigungen - plus 3,0 Prozent. 3,3 Milliarden S Nächtigungsumsatz - plus 5 Prozent. 21,2 Milliarden S Umsatz in der Tourismuswirtschaft in Wien - 7,5 Prozent Mehrausgaben der Gäste in Wien. Ich glaube, diese Zahlen sprechen für sich.

Auch die ersten fünf Monate des Jahres 1997 lassen erwarten, daß uns in diesem Jahr ähnliches gelingen wird, denn bei gleichen Nächtigungen bis Mai 1997 - nämlich 2,5 Millionen - haben wir bei den Gästen ein Umsatzplus von 8,4 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wichtiger Teil des Wien-Tourismus sind meiner Meinung nach die Sommerevents und die Winterevents und die weltweite Werbung dafür. Ein beträchtlicher Erfolg dieser Events sind das Bekenntnis der Stadt zu diesen und die ständigen Verbesserungen und Erneuerungen, wobei ich besonders der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin für ihren Einsatz danken möchte. (Beifall bei der SPÖ.)

Warum spreche ich die Events an? - Ich möchte Ihnen ganz kurz ein Beispiel geben, was ein solcher Event für die Stadt und für die Wirtschaft bedeutet. Nehmen wir den "Adventzauber" her, der Mitte der Achtziger Jahre eingeführt wurde und wo es im Dezember einen Stand von ungefähr 300 00 Nächtigungen gab. Nach Einführung des "Adventzaubers" haben wir diese Zahl korrigieren können und zwar gibt es nun 500 000 Nächtigungen im Dezember. Dafür kann man sicher zumindest zur Hälfte den "Adventzauber" verantwortlich machen. Wenn man pro Gast Ausgaben von 2 000 S rechnet, bedeutet das 2 Millionen S für die Wirtschaft.

Wenn wir bei den Events bleiben, die vor allem für die Geschäfte, die Wirtschaft, den Handel beziehungsweise die Stadt eine Bedeutung - vor allem für die Innere Stadt - haben, möchte ich gerne wissen, wie es dazu kommen kann, daß der Bezirksvorsteher der Inneren Stadt eine Eventordnung herausgibt, wo er in 14 Punkten darstellt, was man alles machen könnte, um Aktivitäten in Wien in Zukunft zu verhindern. Das Paradoxe dabei ist, daß die Freiheitliche Partei im 1. Bezirk diese Eventordnung auch noch unterstützt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie begeben sich als ehemalige Wirtschaftspartei und Sie als

ehemalige Liberalisierer auf die Seite der Verhinderer und Betonierer! Dafür stehen wir sicher nicht zur Verfügung! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme schon zum Schluß. Ich möchte mich von dieser Stelle auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wiener Tourismusverbands bedanken. Ich möchte mich beim letzten Präsidenten, dem jetzigen Finanzminister Rudolf Edlinger, bei der Frau StR Brigitte Ederer als Präsidentin und vor allem auch bei der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin als zuständige Stadträtin für den Presse- und Informationsdienst, der sehr viel Werbung für diese Veranstaltungen, welche zu diesem Tourismuserfolg führen, macht und gegen den Sie immer polemisieren, bedanken. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächster Redner ist Herr Abg Smoliner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Marco Smoliner (LIF): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr froh, daß der Themenkreis "Tourismus" heute so breite Stellungnahmen ermöglicht. Wir haben über Verkehr geredet. Wir haben über Kaffehäuser geredet. Wir haben über Kinder geredet. Und wir haben über Events geredet.

Ich möchte eine andere Facette des Wien-Tourismus beleuchten, nämlich den Veranstaltungs- und Kongreßtourismus. Wie wir wissen, geben Kongreßteilnehmer in Wien im Durchschnitt täglich wesentlich mehr Geld aus als einfache Städtetouristen. Insofern hat Wien als Kongreß- und Konferenzstandort auch eine sehr große Bedeutung für die Wiener Wirtschaft.

In Wien gibt es die drei größten Kongreß- und Messeveranstaltungen. Wir haben das Austria Center Vienna, das Kongreßzentrum Hofburg und die Wiener Messen & Congress GesmbH. Während man aber im Austria Center Vienna und im Hofburg-Kongreßzentrum jederzeit als Veranstalter mit einer Messe auftreten kann - die Aussteller suchen sich ihren Fachbereich aus und veranstalten zum Beispiel im Kongreßzentrum eine Messe -, ist das am Wiener Messegelände nicht in dieser Form möglich, denn, meine Damen und Herren, die Wiener Messen & Congress GesmbH hat sich darauf spezialisiert, zwar ein Komplettangebot für Messen zu erstellen, aber ein ausschließliches Komplettangebot. Das heißt, die Wiener Messen treten auf dem Messegelände ausschließlich als Veranstalter auf. Das führt im konkreten Fall dazu, daß Leute, Agenturen oder Firmen, die Messen veranstalten wollen und dies auf dem Messegelände tun würden, davon Abstand nehmen, weil sie zum Beispiel nicht die Werbung oder die Pressebetreuung von den Wiener Messen gemacht haben wollen.

Ein konkretes Beispiel: Es gibt zwei große europäische Umweltmessen. Die eine ist das Europäische Umwelttechnologieforum, die UTEC, die jährlich stattfindet. Die zweite ist die EUviron, die alle zwei Jahre

stattfindet. Die UTEC ist bereits aus dem Messegelände abgewandert. Sie war 1995 noch dort. 1997 ist die UTEC bereits nach Tulln abgewandert und hat dort auf wesentlich geringerer Fläche ihre Messe abgehalten, was umso erstaunlicher ist, wenn wir uns die Eigentümerstruktur der Messen & Congress GesmbH anschauen.

Dort ist nämlich die Bank Austria zu 57,2 Prozent Eigentümer und - jetzt kommt es - zu 41,3 Prozent die Wirtschaftskammer Wien. Interessant im Zusammenhang mit der UTEC ist, daß dieses Umweltforum in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Österreich veranstaltet. Das heißt, die Wirtschaftskammer Österreich hat nicht das Vertrauen in die Wiener Messen & Congress GesmbH, an der sie zu 41 Prozent beteiligt ist, um dort eine Messe abzuhalten. (Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer: *Nicht die Wirtschaftskammer! Das ist falsch!*) Die Messe ist nach Tulln abgewandert.

Jetzt schauen wir uns die EUviron an. Die EUviron soll heuer im September stattfinden und ist nicht einmal von den Quadratmetermieten erschüttert, die dort auftauchen - über 1 200 S, egal ob sie 1 oder 500 Quadratmeter nehmen. (Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer: *Was hat das mit dem Tourismus zu tun?*) Das kann unter Umständen ein Argument sein, warum eine Messe nicht stattfindet. (Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer: *Aber die Quadratmeterpreise?*) Wenn ich woanders 600 S für den Quadratmeter zahle und in Wien 1 200 S, das nennt man wirtschaftlich denken.

Wahrscheinlich wird auch die EUviron im Herbst nicht mehr in Wien stattfinden, denn bis jetzt hat man nicht einmal die Hälfte der geplanten Flächen besetzen können.

Die Schlußfolgerung: Wenn es uns möglich ist, auf eine Wiener Messen & Congress GesmbH, an der die Bank Austria, die Wirtschaftskammer und die Wiener Städtische beteiligt sind, mittelbar oder unmittelbar dahingehend Einfluß zu nehmen, daß das Angebot breiter wird, damit wir verhindern können, daß immer mehr Messen abwandern, sollten wir das in diesem Gemeinderat und in den entsprechenden Gremien auch tun, wenn wir mittelbaren Einfluß auf die Bank Austria haben. Wenn die Wirtschaftskammer Einfluß auf ihre Firma Wiener Messen & Congress GesmbH, wo sie mit 41 Prozent beteiligt ist, hat, soll sie dort Einfluß nehmen. Denn wir wollen, daß in Wien und auf dem Wiener Messegelände weiterhin in guter Auslastung große, wichtige Messen und Kongresse veranstaltet werden. Das nützt nämlich dem Tourismus und der Wiener Wirtschaft. (Beifall beim LIF.)

Im übrigen wird das Liberale Forum dafür sorgen, daß die Tage der Parteibuchwirtschaft in Wien gezählt sind. (Beifall beim LIF.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Wenn mein Vorfahr Smoliner heißt, ist die Sache hoffnungslos für

mich. (Die Rednerin bezieht sich auf die Höhe des Rednerpults, das sie erst herablassen muß.)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das "Haben-wir-nicht-", "Geht-nicht-", "Ist-nicht-", "Ist-schon-aus-", "Ist-schon-zu-Syndrom" gibt es natürlich in abgeschwächter Form, aber doch auch, in Wien. Ich lese immer mit großem Vergnügen die kleine "STANDARD"-Rubrik auf der Seite eins und befindet mich wahrscheinlich zufälligerweise meistens in der Nähe des Geschehens, das dort beschrieben ist. Daher weiß ich, daß es in Wien durchaus etwas besser als dort beschrieben ist, aber es ist da, obwohl die Leute das nicht aus Boshaftigkeit tun.

Mit geht es darum, auch festzuhalten, daß die Arbeitsbedingungen im Tourismus und im Gastgewerbe tatsächlich nicht die besten sind. Sowohl die Arbeitszeiten als auch die Verdienstmöglichkeiten sind im Tourismus und im Gastgewerbe einfach schlecht. Es gelingt den Betrieben vielfach, gelernte Kräfte, die ihr Handwerk verstehen, durch ungelernte Hilfskräfte zu ersetzen, die bei weitem nicht die Qualität des Angebots bringen, das Wien braucht.

Zu erwähnen ist auch ein großer Bereich der Schwarzarbeit im Gastgewerbe, der einmal ein bißchen näher beleuchtet und angeschaut gehört.

Last but not least bringe ich heute wieder, daß es auch um Lehrlinge geht, die gerade im Gastgewerbe relativ schlechte Arbeitsbedingungen vorfinden, vielfach nicht ausgebildet, sondern als Hilfskräfte mißbraucht werden. Hier ist einmal eine gute und erstklassige Ausbildung für die Lehrlinge einzufordern.

Der zweite Punkt, der zu den Lehrlingen gehört, ist, daß wir uns einmal anschauen sollten, wieviele dieser Tourismuslehrlinge oder der Köche oder der Zuckerbäcker nach einem Jahr Arbeit im Gastgewerbe, wenn sie fertig sind, wieder ausgeschieden werden. Das ist ein enormer Prozentsatz. Ich glaube, mich erinnern zu können, daß es nahezu die Hälfte derjenigen ist, die ausgebildet wurden. Das heißt, zur Bekämpfung des "Hamma-net-Syndroms" gehören auch eine bessere Ausbildung der Lehrlinge, die Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie die Schaffung guter Arbeitsbedingungen und einer guten Bezahlung.

Der zweite Punkt, der mich speziell interessiert, ist die Geschichte mit dem Image, das noch immer sehr stark auf die Pferdchen-, Mozartkugel-, Weinseligkeits- und Singende-Knaben-Kultur aufbaut, die einem sofort begegnen, wenn man im Ausland ein Werbeplakat zu Wien sieht. Das kann es nicht sein. Das kann nicht alles sein. Da gehört doch noch etwas dazu.

Was ich jetzt meine, ist vor allem, wie muß man ein neues und ein junges Image aufbauen neben demjenigen, das wir schon haben, das in erster Linie auch für junge Menschen, für Studenten attraktiv ist. Das sind Leute - wir bezeichnen sie immer als Low-budget-Touristen -, die aber auch durch ein attraktives Programm und durch eine attraktive, leistbare Gestaltung der Preise angesprochen werden müssen. Auch das

gehört dazu und auf diese zweite Schiene muß und soll entwickelt werden.

Denn eines kann man nicht vergessen: Das sind Leute, die viel reisen und die ein Image von Wien auch in ihre Kreise transportieren. Darüber hinaus werden sie auch irgendwann einmal nicht mehr Low-budget-Touristen sein, sondern High-budget-Touristen.

Abschließend und zusammenfassend: Ich möchte ein zweites, ein neues, ein modernes und ein junges Image für Wien haben und abschließend noch einmal eine bessere Ausbildung für Lehrlinge und eine bessere Bezahlung in der Tourismuswirtschaft. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Neuhuber zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Alexander Neuhuber (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben heute vormittags, glaube ich, schon in mehreren Beiträgen sehr eindrucksvoll über Wiens Platz als Weltstadt des Tourismus gehört, aber ich möchte mich nicht nur mit dem Status quo, sondern auch ein wenig mit dem einen oder anderen Zukunftaspekt für den Wien-Tourismus beschäftigen.

Das Freizeitverhalten in der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren - wie viele Studien beweisen - recht dramatisch verändert. Der Trend geht eindeutig zu einer immer aktiveren Freizeitgestaltung. Die Menschen haben mehr Zeit, eine höhere Lebenserwartung, auch der Wohlstand trägt zu diesen Umständen bei. Die Freizeitindustrie in der ganzen Welt boomt also.

In Großbritannien etwa sind die Konsumausgaben für Freizeit in den letzten zehn Jahren von 12 auf 14 Prozent des Haushaltseinkommens gestiegen. In den USA ist das neben dem Gesundheitsbereich der schnellst wachsende Wirtschaftsbereich. Das bedeutet jedoch, daß sich natürlich auch das Verhalten von Touristen verändert und damit sind über kurz oder lang auch Auswirkungen für den Wiener Fremdenverkehr zu erwarten. Auf der ganzen Welt reagiert die Freizeit- und auch die Immobilienindustrie genau darauf. In ganz Europa, genauso wie in den USA und in Asien, entstehen große Entertainment-Freizeitcenter und Themenparks oder sie sind in Planung. Dutzende in Großbritannien, dutzende in Spanien, viele sind auch schon in Deutschland entstanden, etwa im Musicalbereich in Stuttgart bis zur Movieworld von Warner Brothers.

Die Schlußfolgerung daraus für Wien: Wir müssen uns mit dieser Thematik auseinandersetzen. Gretchenfrage für uns wird sein, wollen wir derartige Projekte überhaupt in Wien? Das ist eine durchaus legitime Frage, die wir diskutieren können. Wenn wir sie wollen, wenn ja, dann wo, eine Frage für die Stadtplanung. Es ist nämlich schon ein Unterschied, ob ein normales Geschäftslokal, das neu aufgemacht hat, in Konkurs geht und leer steht, oder ob eine riesige Industriaruine das Stadtbild verschandelt, weil Freizeitmobilien in den meisten Fällen etwas mehr Platz brauchen. Und natürlich auch das, wie wollen wir es neben

dem Wo. Das Wie hat nämlich wieder Auswirkungen für die Wirtschaft allgemein, für die Arbeitsplätze, für den Tourismus, aber auch für die Kultur in dieser Stadt.

Wenn wir diese Entwicklung verschlafen, meine Damen und Herren, dann laufen wir Gefahr, daß wir im Wien-Tourismus in den nächsten Jahren und im nächsten Jahrzehnt hohe Einbußen hinnehmen werden müssen.

Umso erstaunter war ich am Montag über eine Wortmeldung aus Ihren Reihen, daß jegliche Überlegungen in diese Richtung brusk zurückgewiesen wurden. Das wäre extrem kontraproduktiv für die Sicherheit des Tourismusstandorts Wien.

Ich gebe Ihnen aber in einem recht: Wir müssen uns über eine österreichische Ausprägung dieses Tourismustrends Gedanken machen. Nicht nur kopieren, was aus den USA oder was aus Großbritannien kommt, also nicht nur Disneyworld oder Movieworld, sondern ein Wiener Gegenstück dazu. Wenn Sie so wollen, den Themenpark mit Wiener Charme und Flair. Ich bin mir sicher, daß wir hier auf den Größen unseres Tourismus, also auf Tradition, Kultur, Kunst und Geschichte aufbauen können, wozu etwas Neues erfinden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Entwicklung, meine Damen und Herren, hat nämlich schon vor unseren Toren begonnen. Es gab verschiedene Phantomprojekte bei der Shopping City Süd, vom Sultan von Brunei bis zu Perez de Cuellar und, der ja auch in diesem Haus schon öfter zitierte und diskutierte Magna Globe in Ebreichsdorf. Ich will gar nicht über die Architektur des Magna Globe sprechen, darüber kann man ohnehin fast nicht streiten. Auch nicht über die Verkehrsauswirkungen, die hier schon diskutiert wurden, sondern vor allem auf die Auswirkungen auf die Wiener Tourismuswirtschaft.

Der positive Aspekt wäre, wie man eben seitens Magna sagt, daß es einen Zusatztag für den Wiener Tourismus bringt. Aber ich stelle auch einmal zur Diskussion, meine Damen und Herren, ob das nicht riesige Tourismausgaben, also Wirtschaftsaufkommen aus Wien nach Niederösterreich abzieht. Umso wichtiger ist es, daß wir uns über diese Art der Immobilie auch für Wien Gedanken machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Frau Kollegin Kovacic hat gesagt, wir jubeln über den Magna Globe. Von Jubel kann keine Rede sein. Jubeln werden wir, wenn es uns gelingt, modernes Freizeitverhalten und unseren Wiener Sinn für Kultur- und Wirtschaftsinteressen unter einen Hut zu bringen. Jubeln werden wir aber auch, meine Damen und Herren, wenn wir am nächsten 1. Mai mit den Wiener Stadtbetrieben fahren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Mag Unterreiner zum Wort gemeldet.

Abg Mag Heidemarie Unterreiner (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Zeit der Globalisierung, der internationalen

Vernetzung, in der sich die Gesichter der Menschen, der Landschaften und der Städte immer mehr ähneln, wächst die Sehnsucht nach Individualität, nach Eigenart, dem ganz Besonderen einer Landschaft, einer Stadt, einer Kultur. Und in einer Zeit, in der die Wissenschaft, die Kunst und die Kultur immer rascher forschreiten, ist auch das Festhalten, das Musealisieren, so wie es unlängst Prof Hermann Lübbe in einem Vortrag im Rahmen der "Wiener Vorlesungen" ausgedrückt hat, zur Wahrung des Eigenen zu beobachten. "Niemals zuvor", hat er gesagt, "ist der Trend zum Festhalten an Traditionen, vor allem in Europa, so stark zu beobachten, wie in der heutigen Zeit." Der Schluß daraus ist zu ziehen: Das Bewahren der eigenen Geschichte, der eigenen Identität hat Zukunft, ist Zukunftsträchtig.

Alle Kulturstädte Europas haben das natürlich schon längst erkannt und handeln danach. Überall in Europa, aber ganz besonders in den früheren Ostblockstaaten, ist das Herausstreichen, ist das Anbieten, ist der Verkauf der eigenen Geschichte, der eigenen Kultur zu beobachten.

Wir haben heute schon öfters die Namen Prag, Budapest genannt, ich füge Telj, Krumau und alle anderen Kulturstädte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft dazu. Sehr viel Geld, sehr viel Liebe, sehr viel Fachkönnen wurde dort verwendet, um zum Beispiel die alten Innenstädte zu restaurieren, herzurichten. Die Städte wurden belohnt, der Tourismus boomt. Das heißt, das ist eine der wichtigsten Strategien. Das Bewahren hat Zukunft.

Bei uns in Wien gibt es noch immer einige Juwelen unserer Kultur, die in einer Art Dornrösenschlaf liegen. Küssen wir sie wach!

Erstens. Das alte Universitätsviertel, einst Zentrum von Kunst und Wissenschaft, hat noch immer einige wunderbare Räume, die vor sich hindämmern - das Jesuitentheater, der Barocksaal. Das könnte in Verbindung mit Geschäftslokalen, Kaffeehäusern und Gaststätten genutzt werden und natürlich auch den Tourismus stärken.

Zweitens. Das Figarohaus. Ich habe es schon öfters erwähnt. Der jahrelange Streit zwischen der Stadt Wien und dem Hausbesitzer sollte endlich einmal beigelegt werden. Es ist doch wirklich eine Schande, daß wir im Herzen Wiens, hinter dem Stephansdom ein Haus haben, in dem Mozart gelebt hat, wo zwei Stockwerke leer stehen - der Hausherr hat sie extra leer gemacht, damit man sie kulturell nützt -, und man hat noch immer keine Lösung gefunden, ein modernes Mozarthaus einzurichten.

Drittens. Die Albertina. Gott sei Dank hat man endlich begonnen, die Albertina herzurichten. Man hat begonnen, den Speicher auszubauen, aber die Prunkräume oben im Palais sind noch immer vergammelt. Es ist eine Schande, wenn man hineingeht, einer der schönsten Fußböden von Wien zerfällt, die Fenster zerfallen, diese Prunkräume gehören natürlich hergerichtet und zu Schauräumen umgebaut.

Viertens. Auch der Danubius-Brunnen sollte reaktiviert werden. Die alten Figuren, die noch immer fehlen, die es aber gibt, sollten aufgestellt werden. Die Rampe könnte wieder errichtet werden. Auch hier in Verbindung mit Geschäften und Lokalen ein wunderbarer attraktiver Anziehungsort für unsere Touristen. Man könnte zum Beispiel auf der Rampe einen traumhaften Schanigarten einrichten mit Blick auf die Oper. Wo findet man so etwas, in welcher Kulturstadt Europas findet man einen so schönen Platz?

Weiters haben wir das Glück, am Ring fast alle unsere Kulturbauwerke aufgefädelt zu haben, wie Perlen liegen sie aneinander. Hier könnte man zum Beispiel eine Tourismus-Straßenbahnenlinie für die Touristen einrichten.

Natürlich - unser LieblingstHEMA - könnte das Museumsquartier selbstverständlich eingerichtet werden, ohne daß das barocke Ensemble zerstört wird. Auch hier wieder eine Kulturschande. Es ist zutiefst kulturolos, eine der größten internationalen Sammlungen zu kaufen, die Sammlung Leopold, und sie dann in ein Depot zu stecken. Es ist wirklich an der Zeit, daß man diese Sammlung zeigt. Der vordere Fischer-von-Erlach-Trakt ist groß genug, um sie dort unterzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bewahren der eigenen Geschichte, unserer Kultur, unserer Identität hat Zukunft. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Klicka zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Marianne Klicka (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe schon mit sehr großem Staunen und mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, daß jemand jubelt, wenn am 1. Mai die Straßenbahn wieder fährt, und ich denke, daß es heute, wo das Thema Tourismus zur Debatte steht, eigentlich ein Armutszeugnis ist, daß jemand nichts anderes dazu einfällt, als ob die Straßenbahn am 1. Mai fährt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte aber wieder zum Thema zurückkommen, denn Wien verdient es wahrlich, als Kulturhauptstadt bezeichnet zu werden. Wien, die Kulturhauptstadt, die es selbstverständlich ist, ohne sich offiziell mit diesem Titel schmücken zu müssen. Wien wird im StädteTourismus besonders deshalb geschätzt, weil sich Altes mit Neuem harmonisch verbindet und weil überall die Kunstsinnigkeit der Menschen zu spüren ist. Wie man errechnet hat, gibt es die Festwochen nicht nur zur Festwochenzeit im Mai und im Juni. An 311 Tagen im Jahr, und darüber hinaus an vielen Plätzen wirklich an 365 Tagen im Jahr, finden hier Festwochen statt. Das Schöne daran ist, daß sich die Wiener und Touristen in gleichem Maße daran beteiligen.

Wien ist im Wettbewerb der Kunststädte durch die Geschichte und Tradition begünstigt. Auf diesen Lorbeerren dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Mit dem großen Großstadtfestival, den Wiener Festwochen, gilt es, besondere Akzente zu setzen, zusätzliche Möglichkeiten für wichtige kulturelle Begegnungen zu schaf-

fen, aber auch innovative Impulse zu setzen. Die Festwochen müssen verstärkt wieder Quelle für österreichische Produkte mit internationalem Niveau werden, um als Aushängeschild des Wiener Kulturlebens, der Kulturbegeisterung der Stadt, aber auch der Offenheit der Stadt zu dienen. Dazu gilt es, die jungen, innovativen Kräfte der Kulturschaffenden in unserem Land zu fördern, und wir hoffen und sind neugierig, ob uns der Herr Kulturstadtrat dabei unterstützen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Wien als geographischer Mittelpunkt des Kontinents Europa, am Schnittpunkt der verschiedensten Sprachkreise, Mentalitäten und der kulturellen Tradition, muß gerade im kulturellen Bereich die Chance nutzen, sich als zentraler Ort der Erprobung und als Stätte der Begegnung der Kulturschaffenden aus aller Welt zu zeigen.

Der Wiener Tourismusverband leistet auch in dieser Hinsicht hervorragende Arbeit. Die Wiener Szene braucht sich aber hinter diesem allgemeinen Kulturklischee nicht verstecken. Neben den zugkräftigen klassischen Klischees, die in Wien geboten werden, wird in Zukunft die Erlebniskomponente für jugendliche Zielgruppen ausgebaut und das derzeitige Angebot durch moderne Akzente ersetzt werden. Durch die neue Szene in den Bereichen Theater, Kabarett und Konzert ist das Kulturangebot deutlich dichter geworden. Von der Donauinsel bis zum Rathausplatz ist eine einzigartige Open-air-Szene entstanden. Um die Donauinsel als Erlebnisinself werden wir in der ganzen Welt beneidet. (Beifall bei der SPÖ.)

Wien ist aber nicht nur bekannt aufgrund der Kulturstätten, die man hier besuchen kann, auch die Dienststellen des Magistrats werben mit Auslandsveranstaltungen weltweit für unsere schöne Stadt.

Die MA 18, Planungswerkstatt, erregt in Europa und Asien das Interesse für Wien mit ihren Präsentationen der Stadt von der Geschichte bis zur Gegenwart. Die Themen waren Stadtentwicklung, Stadtneuerung, Wien als Architekturstadt, die Stadtentwicklung, die Stadtplanung, ein Weg der auch allen anderen Städten in das 21. Jahrhundert gezeigt wird.

Die MA 30 präsentiert in den USA, auf der größten Abfallmesse der Welt, ihr ökologisches und wirtschaftlich optimiertes Gesamtkonzept, wobei die sprichwörtliche Wiener Gemütlichkeit im Wiener Kaffee von 5 000 Besuchern hautnah erlebt wurde und Lust auf Wien hervorgerufen hat.

Die Kulturabteilung fördert und betreut weltweit zahlreiche Ausstellungen. Das Stadt- und Landesarchiv, die Stadt- und Landesbibliothek stellen ständige Leihgaben für Ausstellungen auf internationaler Ebene zur Verfügung. Beispielsweise seien die Schauen der österreichischen Botschaft in Tokio, die Ausstellung im Nationalmuseum in Bangkok und im Jewish Museum in New York erwähnt.

Ich komme schon zum Schluß, möchte aber auch allen Mitarbeitern der Gruppe Planung, der MA 46 und 48, 31 und 47, die weltweit Leihgaben auch ins

Ausland bringen, recht herzlich dafür danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Kongreßmetropole wurde schon Stellung genommen und ich bin der Meinung, daß die Vielfalt an Schwerpunkten und Facettierungen, die unsere Stadt so attraktiv für die Touristen macht, immer wieder in den Vordergrund gerückt werden muß. Es ist dabei die Liebe zum Alten, die erhalten werden muß, und der Mut zum Neuen, der auszubauen ist. Das sind die Parameter, daß Wien auch als internationale und unverwechselbare Metropole im Herzen Europas erhalten bleiben wird. (Beifall bei der SPÖ.)

(Ende der Aktuellen Stunde um 11.18 Uhr.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Die Aktuelle Stunde ist hiermit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß an schriftlichen Anfragen von den Abgeordneten des Liberalen Forums 1, der GRÜNEN 3 und der Freiheitlichen Partei Österreichs 2 vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn sind folgende schriftliche Anträge von Landtagsabgeordneten eingelangt: Von den GRÜNEN 4, von der Freiheitlichen Partei Österreichs 11 und gemeinsam vom Liberalen Forum und von den GRÜNEN 3.

Die Abgen Godwin Schuster und Mag Franz Karl haben gemäß § 30b Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien (Wiener Stadtverfassung) hinsichtlich der Art. I § 48b und Art. II geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Godwin Schuster und Mag Franz Karl haben gemäß § 30b Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien (Wiener Stadtverfassung) hinsichtlich Art. I §§ 65 und 103 und Art. II geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich ebenfalls dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Georg Fuchs, Mag Ruth Becher und Ge- nossinnen haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 89, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Wohnen, Wohnbau und Stadtneuerung zu.

Die Abgen Mag Michaela Hack und Partnerinnen sowie Günter Kenesei haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung der Bauordnung für Wien hinsichtlich § 2 Abs. 6, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Wohnen, Wohnbau und Stadtneuerung zu.

Die Abgen Mag Michaela Hack und Partnerinnen sowie Günter Kenesei haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Wiener Kleingartengesetzes hinsichtlich der

§§ 18 und 19, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Die Abgen Mag Franz Karl, Erika Stubenvoll, Brigitte Schwarz-Klement, Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Novellierung des Wiener Veranstaltungsstättengesetzes eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Kultur zu.

Die Abgen Mag Ruth Becher, Georg Fuchs, Dr Herbert Madejski, Günter Kenesei, Mag Michaela Hack und Genossinnen haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Gesetzes über die Einrichtung eines Wohnbauförderungsbeirats, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Die Abgen Dr Helmut Günther, Michael Kreißl, Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Gesetz über die Personalvertretung bei der Gemeinde Wien (Wiener Personalvertretungsgesetz W-PVG) geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Dr Helmut Günther, Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Abg Günter Kenesei und Freundinnen haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Verankerung des Minderheitenrechts auf Rechnungshofprüfung in der Wiener Stadtverfassung, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Abg Mag Michaela Hack und Partnerinnen haben einen Antrag, betreffend Überprüfung des derzeitigen Fördersystems im Rahmen des WWFSG auf mögliche Umstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen auf rückzahlbare Darlehen, eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt, daher komme ich zur Unterstützungsfrage.

Ich frage die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke. Damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Abg Mag Michaela Hack und Partnerinnen haben einen Antrag, betreffend Überprüfung des derzeitigen Fördersystems im Rahmen des WWFSG auf mögliche Umstellung von Objektförderung auf Subjektförderung, eingebracht. Dieser Antrag ist ebenfalls nicht genügend unterstützt. Ich komme daher wieder zur Unter-

stützungsfrage.

Ich frage die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke. Damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Nach Beratung in der Präsidialkonferenz nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor: Die Postnummern 1, 5, 3, 2 und 4 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt. Gegen diese Umreihung wurde kein Einwand erhoben, ich werde daher so vorgehen.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, ersuche ich gemäß § 17 Abs 6 der Geschäftsordnung für den Landtag um Zustimmung zur Aufnahme eines Geschäftsstücks für die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung, betreffend das Unvereinbarkeitsgesetz 1983.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, die Hand zu heben. - Danke. Das ist mit Stimmeneinhelligkeit so angenommen worden.

Bevor wir die unter den Postnummern 1 und 5 vorgesehenen Wahlen vornehmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden. Gemäß § 28 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag sind Wahlen mittels Stimmzettels vorzunehmen, wenn der Landtag nicht mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt. Ich schlage vor, die vorgesehenen Wahlen durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtags, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Mein Vorschlag ist damit einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zu der unter Postnummer 1 vorgesehenen Wahl eines Mitglieds und eines Ersatzmitglieds in den Landessportrat. Der Wahlvorschlag lautet auf die Abgen Walter Strobl als Mitglied und Dr Wolfgang Ullm als Ersatzmitglied.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dieser Entsendung ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das ist somit mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Die unter Postnummer 5 vorgesehenen Ergänzungswahlen betreffen die Wahl eines Mitglieds in das Immunitätskollegium und die Wahl eines Mitglieds in den Unvereinbarkeitsausschuß. Der Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs für die Wahl eines Mitglieds in das Immunitätskollegium lautet auf Herrn Abg Dr Kurt Stürzenbecher.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs für die Wahl eines Mitglieds in den Unvereinbarkeitsausschuß lautet auf Frau Abg Mag Sonja Wehsely.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vor-

schlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist mit Stimmeneinhelligkeit so angenommen.

Die Postnummer 3 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Schulgesetz geändert wird (13. Novelle zum Wiener Schulgesetz).

Die Berichterstatterin hierzu ist Frau LhptmSt Grete Laska. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Damen und Herren!

Die 13. Novelle zum Wiener Schulgesetz ist vor allem deshalb notwendig geworden, weil es auf bundesgesetzlicher Ebene Veränderungen gegeben hat, und wir auf Landesebene unsere Bestimmungen dementsprechend nachzuvollziehen haben. Schwerpunkt dieser Novelle ist jedenfalls die Fortsetzung der erfolgreichen Integrationspolitik in der Unterstufe in die Regelschule auch im Mittelstufenzubereich und als zweites die Veränderung im Bereich des polytechnischen Lehrgangs.

Eine Entscheidung, die wir in Wien getroffen haben, ist, in das Kollegium des Stadtschulrats einen Mitarbeiter beziehungsweise eine Mitarbeiterin des Integrationsfonds zu entsenden.

Ich bitte Sie, dieser Novelle zuzustimmen.

Präsident Mag Hilmar Kabas: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Alkier. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang Alkier (L/F): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich zu Beginn dieser Debatte einige Bemerkungen zur Schul- und Bildungspolitik mache. Sie wissen wahrscheinlich, das Liberale Forum hat gerade eine Initiative gestartet, eine Initiative zur liberalen Bildungspolitik, und deshalb ist es mir natürlich schon ein Anliegen, auf ein paar Punkte einzugehen, die sich auch anlässlich des jetzigen Schulschlusses ergeben.

Morgen ist Schulschluß in Wien und wieder werden Schulen für zwei Monate geschlossen, anstatt als Zentren für lebensbegleitendes Lernen zur Verfügung zu stehen, anstatt die Ressourcen zu nützen. Wieder werden hunderttausende Noten gegeben, obwohl sich eigentlich alle einig sind, daß Ziffernoten wenig Aussagekraft über erbrachte Leistungen haben. Verbale Beurteilungen und eine direkte Leistungsvorlage in Form von Projektberichten, Kopien von Arbeitsergebnissen et cetera würden aus unserer Sicht sicher einen besseren Einblick in das Leistungsvermögen von Kindern geben. (Abg Mag Franz Karl: Gerade Schüler wollen Noten!)

Wieder werden viele "Nicht genügend" in den

Zeugnissen stehen, die von Schulpsychologen dann auch noch zynisch als Ausdruck einer falschen Schulwahl gedeutet werden. In vielen Fällen haben sie damit aber nichts zu tun. In vielen Fällen liegt die falsche Schulwahl daran, daß es keine Schule der 10- bis 14jährigen mit innerer Differenzierung gibt.

Wieder werden unzählige Jugendliche eine ungeeignete Entscheidung bezüglich ihrer Berufswahl treffen, weil die polytechnische Schule keine tatsächliche Alternative darstellt, sondern nur eine Warteschleife bis zur Berufsausbildung ist.

Wieder werden viele Eltern ihre Kinder unter ungleichen Bedingungen in einer Schule anmelden, weil es noch immer keine Gleichstellung von privaten Schulen mit öffentlichen gibt. Selbst private Schulen, deren Abschluß anerkannt wird, erhalten nicht die gleiche Unterstützung. Die Unterstützung für die Kinder muß sich am Kind und nicht an der gewählten Schule orientieren. Kollege Chorherr wird im Rahmen der heutigen Debatte wieder einen gemeinsamen Antrag, betreffend die Waldorf-Schulen, einbringen.

Wieder werden Kinder in Integrationsklassen zwar formal gleiche Möglichkeiten haben, jedoch sind ihre Chancen geringer, weil sie nur ein Anrecht auf neun Pflichtschuljahre in der Integrationsklasse haben. Weil sie noch kein verankertes Recht auf persönliche Assistenz haben. Weil ihre weitere Integration nach Ende der Schulpflicht nicht gelöst ist.

Diese hier angeführten Beispiele, meine sehr verehrten Damen und Herren, können noch lange fortgesetzt werden. Sie sind ein Beweis dafür, daß es notwendig war, eine liberale Bildungsoffensive zu starten, Leitlinien einer liberalen Bildungspolitik zu entwerfen, die sich an einem liberalen Menschenbild einer offenen Gesellschaft, der Bildung als öffentliche Aufgabe und als europäische Verpflichtung, orientieren. (Beifall beim L/F.)

Ich habe erst kürzlich etwas gelesen - ich weiß gar nicht genau, wo es war und wer es war -, so unter dem Titel, die Schule im Streit zwischen Liberalen und Konservativen, war es, glaube ich. Da hat jemand gesagt, daß die Sozialisten oder Sozialdemokraten die Nachfolger der Liberalen in diesem Streit wären. Sie wissen alle, daß wesentliche Dinge im ganzen Schulbereich im vorigen Jahrhundert durch die damaligen Liberalen entstanden und initiiert worden sind.

Zumindest die Eindrücke, die ich bisher zum Beispiel aus dem Stadtschulrat gewonnen habe, deuten nicht darauf hin. Denn dort sieht es so aus, daß auf der einen Seite in einer Vereinigung von ÖVP und SPÖ die Konservativen sitzen. Und daß es sehr wohl die Liberalen braucht, damit es in diesem Land zu einer wirklich liberalen Bildungspolitik kommen kann. (Abg Gerhard Pfeiffer: Aber wo sind sie? Wo sind die Liberalen? - Beifall beim L/F.)

Wir haben anlässlich der Novellierung des Wiener Schulgesetzes bereits vor einigen Monaten einen Antrag eingebracht, der darauf hinwirken sollte, daß der Wiener Integrationsfonds als Mitglied mit beratender

Stimme in das Kollegium des Stadtschulrats aufgenommen wird. Diesem Antrag ist dankenswerterweise entsprochen worden und es ist nunmehr in der Novelle bereits vorgesehen, daß der Integrationsfonds aufgenommen werden soll. Wir werden diesem Punkt natürlich mit Freude zustimmen.

Lassen Sie mich, bevor ich zu der Novelle mit allen Details komme, wo wir sowohl einen Zusatz-, als auch einen Abänderungsantrag einbringen werden, noch eine grundsätzliche Sache ansprechen. Es ist aus unserer Sicht nicht verständlich, daß eine so wichtige Materie wie Bildungs- und Schulpolitik in diesem Landtag nicht zumindest einmal im Jahr als fixer Debattenpunkt ansteht.

Wenn wir uns anschauen, daß es zum Beispiel einen Bericht der Umweltanwaltschaft gibt, daß es einen Naturschutzbericht gibt und all diese Dinge, die letztlich dazu führen, daß hier in diesem Haus auch sehr qualifizierte Debatten abgeführt werden können, glauben wir, daß dringend dazu aufgerufen werden muß, daß in Wien in Zukunft auch ein Bildungsbericht erstellt wird. Es erscheint der Bedeutung von Bildung und Schule angemessen, daß der Landtag jährlich über die Entwicklung im Schul- und Bildungsbereich des Landes Wien umfassend informiert wird.

Deshalb bringen wir einen Antrag ein, gemeinsam mit Frau Jerusalem von den GRÜNEN:

"Der Landtag möge beschließen: Das zuständige Mitglied der Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Wiener Stadtschulrat, ab nun jährlich einen Bildungsbericht zu verfassen und diesen dem Landtag zur Information, Verhandlung und Kenntnisnahme zukommen zu lassen." *(Beifall beim LIF und bei den GRÜNEN.)*

Die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin hat es schon angedeutet, das Wiener Schulgesetz ist im wesentlichen ein Ausführungsgesetz. Das heißt, der Spielraum, den das Land Wien hier hat, wirklich eigenständigste Akzente und Initiativen zu setzen, ist natürlich beschränkt. Das heißt, auch die nunmehr zur Verhandlung stehende Novelle, beschäftigt sich im wesentlichen mit der Übernahme von bundesgesetzlichen Änderungen, die ganz einfach in das Wiener Schulgesetz eingebaut werden müssen. Nun ist es aber wahrscheinlich eine Frage, wie man das einbaut und welchen Spielraum man bei diesem Einbau läßt beziehungsweise übernimmt.

Und so haben wir einen Abänderungsantrag formuliert, der im wesentlichen auch noch von meinem Kollegen Marco Smoliner erläutert wird. Denn es geht hier, wie Sie wissen, in erster Linie um die Fragestellung, wie die Weiterführung des integrativen Unterrichtswesens im Regelschulwesen nunmehr auch im Wiener Gesetz dokumentiert werden soll.

Es sind allerdings in diesem Abänderungsantrag auch noch zwei Punkte enthalten, die mir sehr wichtig erscheinen. Weil nunmehr auf der einen Seite bereits der Integrationsfonds in den Stadtschulrat aufgenommen wird, erscheint es uns auch wichtig, daß die Kin-

der- und Jugendanwaltschaft in Zukunft mit beratender Stimme im Stadtschulratskollegium einen Sitz hat. Es ist mir schon bekannt und bewußt, daß das Amt für Jugend und Familie das bereits hat.

Aber ich glaube, daß die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft, zum Beispiel bei der Kinder- und Jugendberatung auf unabhängiger Ebene, doch auch eine Dimension hat oder auch in Zukunft erlangen sollte, daß es wichtig wäre, daß auch diese Organisation einen Sitz im Wiener Stadtschulratskollegium hätte. *(Beifall beim LIF.)*

Der zweite Punkt dieses Abänderungsantrags betrifft die Öffnung der Schulbauten auch für andere Zwecke. Dieser Punkt ist im Rahmen der Novellierung etwas geändert worden. Und wir haben uns gedacht, daß das Anlaß sein sollte, diese Formulierung noch viel offener zu gestalten, wenn ich so sagen darf, für alle einladender zu gestalten, die Schulbauten in Zukunft auch für außerschulische Zwecke verwenden wollen.

Unsere Formulierung, die wir hier in Abänderung vorschlagen, lautet: "Die Schulzwecken gewidmeten Baulichkeiten und Liegenschaften kann die Gemeinde Wien, von Katastrophenfällen abgesehen, einer Mieterwendung für andere Zwecke, wie beispielsweise Zwecke der Kultur, des lebensbegleitenden Lernens, des Sports oder der außerschulischen Jugendbetreuung, zuführen, sofern dadurch nicht die Verwendung für Schulzwecke beeinträchtigt wird oder schulhygienische Bedenken bestehen."

Wenn Sie die Formulierung im Detail mit dem vergleichen, wie der Text in der Novelle im Moment ist, geht es hier nicht nur darum, daß das Wort "lebensbegleitendes Lernen" nunmehr hingestellt wurde, anstelle von "Volkssbildung", was bisher der Fall war, sondern die ganze Formulierung, wenn Sie sie im Detail vergleichen, ist doch um einiges offener und einladender gestaltet und nicht so restriktiv.

Ich darf diesen Abänderungsantrag einbringen. Wie gesagt, Kollege Smoliner wird auf den Bereich Integration und auf jene Punkte, die wir noch abgeändert haben möchten, noch im Detail eingehen. *(Beifall beim LIF.)*

Wir sind davon ausgegangen, daß das Schulgesetz nicht alle paar Monate novelliert wird und daß, wenn es nunmehr wieder zu einer Novelle kommt, aufgrund der Übernahme der bundesgesetzlichen Regelungen, das eine günstige Gelegenheit sein könnte, weitere Punkte in diesem Gesetz zu ändern. Wir haben uns unter anderem einmal angesehen, was so an Stellungnahmen von den verschiedenen Interessenvertretungen eingegangen ist. Das ist immerhin ein ganz interessantes Packerl Papier von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst bis hin zur Wirtschaftskammer, zum Familienverband und so weiter. Die verschiedensten Organisationen und Institutionen haben Vorschläge gemacht und zum Teil kommt auch die Überlegung vor, daß diese Novelle Anlaß sein sollte, auch andere, mittlerweile als notwendig erkannte Änderungen dieses Gesetzes vorzunehmen.

Nun darf ich auf jene Punkte eingehen, von denen wir uns vorstellen, daß sie im Rahmen dieser Novellierung tatsächlich noch geändert werden. Da ist einmal der erste Punkt, daß es uns wichtig erscheint, wenn Gesetze geändert oder neu geschrieben werden, daß die personenbezogenen Bezeichnungen durchgängig mit Frau und Mann in Gesetzesresten verwendet werden. Und daß nicht in einem kleinen Absatz am Beginn des Gesetzes - wie es im Moment der Fall ist - erwähnt wird, daß alle Bezeichnungen selbstverständlich für Mann und Frau gelten. Denn wenn man das Gesetz hinten aufschlägt und es ist immer von Lehrern die Rede, stellt sich dann wirklich die Frage, ob es nicht wichtig wäre, nachdem ... (Abg Mag Franz Karl: *Das ist wirklich die Frage!* - Abg Mag Alexandra Bolena: *Es ist wirklich die Frage!*) Es ist eine Frage, wo es scheinbar unterschiedliche Standpunkte gibt. Eine Nichterwähnung von Frauen in der Sprache und in Schriftstücken verhindert ihre Wahrnehmung als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft, meine Damen und Herren. (Beifall beim LIF. - Abg Marco Smoliner: *Sprache schafft Bewußtsein, Herr Professor!*)

Eine gezielte Sprachverwendung, die Frauen gleichberechtigt darstellt, entspricht nicht nur der sozialen Realität, sie trägt auch die bewußte Wahrnehmung von Frauen zu einem gleichberechtigten Verhältnis zwischen Männern und Frauen bei. (Beifall beim LIF.) Und deshalb beantragen wir, daß der § 1a entfallen soll und die personenbezogenen Bezeichnungen in diesem Gesetz durch eine beidergeschlechtliche Bezeichnung ersetzt werden sollen. (Abg Gerhard Pfeiffer: *Aber nicht nur ein großes "I", das ist nämlich dann das Gegenteil!*)

Ein weiterer Punkt, der allgemein ist und das gesamte Gesetz und nicht nur dieses Gesetz betrifft, ist die Frage des sogenannten Diskriminierungsverbots, wie es im Moment in § 4 Abs 1 steht. Wenn Gesetzesreste nach wie vor Formulierungen, wie Rasse und Stand beinhalten, erscheint es uns unerlässlich, daß solche durch nicht diskriminierende Nennungen ersetzt werden. Deshalb lautet unser Vorschlag, diese teilweise veraltete und andererseits auch nicht weitreichend genug seiende Bestimmung im Schulgesetz insofern neu zu formulieren, daß sie in Zukunft lauten soll: "Die Pflichtschulen sind allgemein, ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder Sprache, der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, der sozialen Herkunft oder Stellung, Behinderung, Krankheit oder des HIV-Status, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung zugänglich." (Beifall beim LIF.)

Es gibt dann noch zwei Punkte, die mit dem Hauptthema der Novellierung, nämlich mit der Integration zu tun haben. Mit der Integration von behinderten Kindern in Schulen, die wir auch in diesen Zusatzantrag hineingegeben haben, weil sie nicht Paragraphen betreffen, die im Moment geändert werden. Es handelt sich also konkret um die §§ 3 Abs 2 und 9 Abs 2, wo wir uns

folgende Formulierung im Hinblick auf Integration vorstellen.

§ 3 Abs 2 soll lauten: "Unter Erhaltung einer Schule oder eines Schülerheims ist die Beistellung der Lehrer, der Betreuer, sowie der persönlichen Betreuer im Bereich der Integration sinnes- oder/und körperbehinderter Kinder und so weiter zu verstehen." Das heißt hier, eine Einbindung des Betreuungspersonals. (Abg Mag Franz Karl: *Das dürfen nur Männer?*)

Der nächste Punkt ist, wie gesagt, der § 9 Abs 2, wo wir für eine Formulierung eintreten, die lautet: "An ganztägigen Volksschulen kann für die Leitung des Betreuungsteils ein(e) LehrerIn oder ein(e) pädagogisch ausgebildete BetreuerIn eingesetzt werden." Der sprudelnde Punkt ist, daß hier eben diese Ergänzung "pädagogisch ausgebildet" vorkommen soll.

Ein paar weitere Punkte, die unserer Meinung nach im Rahmen dieser Novelle ergänzt beziehungsweise geändert werden sollten: Die Formulierung, daß Hauptschulen nur für bestimmte Schwerpunkte geführt werden können, sollte - unserer Meinung nach - gelockert werden. Es besteht im Moment die Einschränkung im Schulgesetz, daß Hauptschulen nur Schwerpunkte in musischer oder sportlicher Ausbildung führen können.

Das sollte im Hinblick, auch auf zukünftige Entwicklungen, gelockert werden. Das heißt, der dementsprechende § 12, erster Satz würde lauten: "Als Sonderformen können Hauptschulen oder einzelne ihrer Klassen unter besonderer Berücksichtigung von zum Beispiel musischer, sportlicher, fremdsprachlicher oder informationstechnischer Ausbildung geführt werden." Also ein "von zum Beispiel" und nicht mehr diese reine Beschränkung auf zwei Typen.

Beim nächsten Punkt geht es um die Gestaltung und Ausstattung von Schulen. Hier kann ich allen auch die momentan sehr interessante Ausstellung über den Wiener Schulbau im Künstlerhaus empfehlen. Es geht uns darum, daß in dieses Gesetz der Hinweis auf Ergonomie und körper- sowie sinnesbehindertengerechte Gestaltung und Ausstattung aufzunehmen ist.

Der § 42 Abs 4 sollte somit lauten: "Jede Schule hat in ihrer baulichen Gestaltung und in ihrer Einrichtung, den Grundsätzen der Pädagogik und der Schulhygiene zu entsprechen. Sie ist baulich und einrichtungsmäßig ergonomisch und körper- sowie sinnesbehindertengerecht zu gestalten und hat jene Unterrichtsmittel aufzuweisen, die zu Erfüllung des Lehrplans der betroffenen Schularbeit erforderlich sind."

Die nächsten Punkte behandeln, wenn Sie so wollen, ein Lieblingsthema von mir. Es geht um die Ferienregelungen. Sie wissen, daß bei uns zur Diskussion steht, daß wir überhaupt für eine verstärkte Flexibilisierung der Ferienregelungen eintreten wollen. Sie sind aber wahrscheinlich alle zumindest einer Meinung mit mir, was die Länge der Sommerferien und die Nähe der Semesterferien betrifft, die so kurz nach den Weihnachtsferien sind, daß hier wirklich ein Diskussionsbedarf besteht. Nun ist es natürlich so, daß das Schulzeitgesetz auf Bundesebene sehr wohl die Rahmenbe-

dingungen vorgibt und daß man von Wien aus im Wiener Schulgesetz nicht komplett neue Ferienregelungen aufstellen kann.

Es gibt allerdings einige Punkte, wo das Schulzeitgesetz mehr Flexibilität offenläßt, als es derzeit im Wiener Schulgesetz geregelt ist und hier geht es vor allem um die Flexibilisierung der berufsschul- und ausbildungsspezifischen Ferienordnung. Das heißt, die Punkte 7 bis 10 unseres Zusatzantrags beziehen sich auf die Schulzeitregelung und fordern eine gesteigerte Flexibilisierung, die zumindest das ausnützt, was im Bundesgesetz - nämlich dem Schulzeitgesetz - ermöglicht ist. Es ist dies im übrigen auch, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, eine konkrete Forderung, die in ähnlicher Form auch von der Wirtschaftskammer im Rahmen der Begutachtung des Gesetzestextes gestellt wurde.

Die letzten beiden Punkte behandeln noch einmal das Stadtschulratskollegium. Hier geht es uns bei einem Punkt darum, daß die taxative Aufzählung von Religionsgesellschaften eine mögliche künftige Aufnahme weiterer interessanter, gesetzlich anerkannter Religionsgesellschaften verhindert oder behindert. Das heißt, momentan ist die Situation so, daß im Stadtschulratskollegium mit beratender Stimme nur eine taxativ aufgezählte Reihe von Religionsgesellschaften vertreten sein kann. In meiner Eigenschaft als Buddhist könnte ich mir vorstellen, daß auch irgendwann einmal andere Religionsgesellschaften Interesse daran haben könnten, hier auch beratende Stimme zu haben und im Stadtschulratskollegium zuhören zu dürfen.

Deshalb schlagen wir vor, daß der § 65 Abs 1 Ziff. 2 lit a lauten soll: "Drei Vertreter der katholischen Kirche sowie je ein Vertreter der anderen gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaften."

Ich bin bereits beim letzten Punkt unseres Zusatzantrags. Wir haben uns die Mühe gemacht, dieses Wiener Schulgesetz so gut wie möglich durchzusehen, um all jene Punkte zu erkennen, wo wir Handlungsbedarf im Rahmen einer Novellierung sehen. Der letzte Punkt wird vielleicht ausgelegt werden, daß das eine Sache ist, die nur für das Liberale Forum interessant wäre.

Tatsache ist im Moment, daß im Wiener Stadtschulrat eine Regelung besteht, daß es neben drei Sektionen auch Untersektionen gibt. Die Sektion III, die die Berufsschulen und die Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen umfaßt, wird unterteilt in die Untersektionen III a und III b. Sektion III als solche tagt praktisch nie.

Es tagen hier nur die jeweiligen Untersektionen und in diesen Untersektionen sind aufgrund dieses Dogen-systems und aufgrund der Beschränkung auf derzeit eben nur 13 Mitglieder die Liberalen als einzige Partei nicht dabei. Das werden Sie jetzt so auslegen, es ginge uns nur darum, daß wir mehr als Beobachter sein möchten. Soll sein. Wir stellen uns aber der Fairneß halber vor - auch für zukünftige Zusammensetzungen -, daß der § 76 Abs 1 Ziff. 1 lit b lauten soll:

"Mindestens 13 Mitglieder, die von den Mitgliedern gemäß § 75 Abs 1 Ziff. 1 aus ihrer Mitte, unter Einrechnung des Präsidenten des Stadtschulrats für Wien, entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien im Landtag gewählt werden. Mit der Maßgabe, daß jeder im Landtag vertretenen wahlwerbenden Partei mindestens ein Sitz zukommt."

Das ist in möglichst geraffter Form unser Anliegen im Bereich dieses Zusatzantrags. (Abg Mag Franz Karl: *Gerafft ist gut!*)

Weder der Abänderungsantrag noch der Zusatzantrag sind in dieser Form genügend unterstützt. Ich würde mich freuen, wenn Sie nach meinen Ausführungen und auch nach den Ausführungen, die Kollege Smoliner noch zum Bereich Behindertenintegration machen wird, doch wenigstens zulassen, daß diese Anträge zu einer Abstimmung kommen.

Im übrigen wird das Liberale Forum dafür sorgen, daß die Tage der Parteibuchwirtschaft in Wien gezählt sind. (Beifall beim L/F.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die beiden Anträge, und zwar der Abänderungsantrag und der Zusatzantrag, die Herr Abg Dr Alkier eingebracht hat, sind nicht genügend unterstützt. Ich möchte daher sogleich die Unterstützungsfrage stellen, weil das ja davon abhängt, ob diese beiden Anträge in die Verhandlungen einbezogen werden oder nicht. Daher komme ich zur Unterstützungsfrage des Abänderungsantrags, der von ihm zuerst vorgelegt und schon teilweise erläutert wurde.

Der Abänderungsantrag des Herrn Abg Dr Alkier ist nicht genügend unterstützt und ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die diesen Antrag unterstützen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Der Antrag ist damit genügend unterstützt und wird in die Verhandlung miteinbezogen.

Der zweite Antrag, der hier vorgelegt wurde und nicht genügend unterstützt ist, ist der Zusatzantrag, den Herr Abg Dr Alkier auch schon erläutert hat. Ich möchte daher jene Mitglieder bitten, die diesen Antrag unterstützen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Somit ist auch dieser Antrag genügend unterstützt und wird auch in die Verhandlung miteinbezogen.

Als nächste Rednerin ist Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nicht ganz verstanden habe ich, was die Herren von der ÖVP gegen diesen Antrag hatten, daß auch die weibliche Form niedergeschrieben wird. (Abg Mag Franz Karl: *Die Gesetze werden unlesbar, Frau Kollegin Jerusalem!* Von mir aus formulieren wir weiblich und nehmen wir eine männliche Variante auf! - Abg Gerhard Pfeiffer: *Die Doppelformulierung ist von der Lesbarkeit her ein Blödsinn!*)

Ja, genau, da teile ich Ihre Meinung. Ich glaube, Sie waren sogar anwesend bei jener Geschäftsordnungsreform, wo ich gemeint habe, wenn alle anwesenden

Herren meinen, es ist völlig egal, wie es da steht, dann nehmen wir eben die weibliche Form. (Abg Mag Franz Karl: Ich habe Sie unterstützt!) Und dann tun wir halt ein Jahr so und ein Jahr so oder weiß ich was. (Abg Mag Franz Karl: Wir würfeln!) Aber wenn es egal ist?

Wir würfeln, genau. Da gäbe es eine Reihe von Möglichkeiten und dann könnte auch einmal die weibliche Form dort stehen. (Abg Gerhard Preiffer: Dann könnten wir uns auch überlegen, es so zu lassen, wie es ist! - StR Lothar Gintersdorfer: Zumindest richtig schreiben!) Wir wollen es aber nicht so lassen, wie es ist. Gut, soviel dazu.

Ich möchte jetzt zu diesem vorliegenden Gesetz sprechen, denn ich halte die Integration von Kindern, die anders sind, für eine ganz besonders wichtige Angelegenheit. Das Schulsystem an sich ist ja kein integratives. Ich glaube, es ist schon angebracht, wenn man in bezug auf dieses Gesetz auch erwähnt, daß es im Grunde genommenen eine Schande ist, daß es in Österreich neben der Volksschule auch eine Sonder- schule gibt, in die Kinder abgeschoben werden.

Wir wissen auch, welche Kinder vor allem abgeschoben werden. Es sind jene, die aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten stammen und sehr viele von ihnen, und das ist kein Zufall, sind ausländische Kinder, die in diese Sonderschulen gehen. Also durchaus ein Zweiklassensystem in der Schule. Ärger wird es dann noch bei den weiterführenden Schulen, wo neben der AHS, neben der Hauptschule, dann auch noch eine Sonder- schule existiert. Im Grunde genommen bin ich der Meinung, daß mit der Integrationsnovelle, die auf Bundesebene vor einigen Jahren beschlossen wurde, die Möglichkeit für alle Eltern geschaffen wurde, zu sagen: Ich möchte nicht, daß mein Kind in eine Sonder- schule geht.

Mein Kind hat einen besonderen Förderungsbedarf und soll in eine ganz normale öffentliche Volks- oder Hauptschule gehen können. Soviel dazu.

Zur Schulreform! Die Schulreform ist an sich in Österreich eine sehr, sehr schwierige und mühsame Angelegenheit, und ein sehr, sehr schwieriges Unterfangen, weil es eine parteipolitische Fixierung in diesem Bereich gibt, und das Ergebnis in allererster Linie durch Kompromiß auf der einen Seite und Stagnation auf der andern Seite gekennzeichnet ist. Umso erstaunlicher und begrüßenswerter ist die Tatsache, daß man in der Integration - und zwar alle Parteien gemeinsam - enorme Fortschritte gemacht hat.

Da muß man natürlich auch die Frage stellen: Wie- so konnten diese Fortschritte gemacht werden? Es ist mir wichtig, heute darauf hinzuweisen, daß es sich um eine Reform von unten handelt und es in allererster Linie die Schulpartner waren, die diese Reform durchgesetzt haben. Es waren vor allem die Eltern von behinderten Kindern, die darauf gepoht haben, daß Integration ein Menschenrecht ist. An der Stelle ist auch anzumerken, daß man, wenn wir davon ausgehen, daß Integration ein Menschenrecht ist, sie durch eine bestimmte Anzahl von Planposten nicht binden und be-

grenzen kann, sondern dazu stehen und sagen muß: "Integration ist ein Menschenrecht und jedes Kind hat das Recht darauf, ins ganz normale Regelsystem integriert zu werden." Das war ... (Beifall bei den GRÜNEN.)

Vom institutionalisierten Überwachen des Andersartigen - wie Volker Schönwiese das so treffend formuliert hat - bis zu dem Punkt, an dem wir heute stehen, war ein sehr weiter Weg. Das vorliegende Gesetz beschreibt den Weg, den wir in Zukunft gehen wollen. Ich behaupte einmal: Der Weg, so wie das Gesetz ihn feststellt, ist ein sehr, sehr steiniger und mühsamer Weg. Und weil die Rahmenbedingungen, die dieses Gesetz vorgibt, in meinen Augen doch sehr schlecht sind, werden wir diesem Gesetz unsere Zustimmung nicht geben können.

Ich sage es in einem Satz vorweg, was ich mir gewünscht hätte, nämlich eine sehr klare und eindeutige Formulierung, die heißt: 20 Kinder, davon 4 behinderte Kinder, treffen auf 2 Lehrerinnen, und das ist es. So klar müßte das formuliert sein, damit auch tatsächlich die Eltern, die Kinder und in diesem Fall vor allem die Lehrerinnen und Lehrer, die in diesem Bereich arbeiten, die Sicherheit haben, daß die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben sind.

Daß das jetzt nicht der Fall ist, zeigt sich meiner Meinung nach an vielen Schulen und in den Aussagen vieler LehrerInnen, die in diesen Integrationsklassen schon sehr, sehr große Probleme haben, um so zu arbeiten, wie sie es für richtig und gut halten würden. Vielleicht kennen das einige von Ihnen. Es hat eine Integrationslehrerin, eine sehr, sehr engagierte Frau, die Susanne Bews, ein Buch über ihre Praxiserfahrung in der Integrationsklasse geschrieben. Dieses Buch heißt: "Integrativer Unterricht in der Praxis". Ich kann es nur allen sehr ans Herz legen, weil in diesem Buch mit einer entwaffnenden Offenheit, die Probleme, die entstehen, und auch die Befindlichkeit, die sich einstellt, wenn man in so einem integrativen Versuch arbeitet, beschrieben sind.

Susanne Bews hat sich - ich erwähne das nur am Rande - jetzt auch für einen Direktorposten beworben und da haben die Oppositionsparteien gemeinsam auch dafür gesorgt, daß sie in dieses "Objektivisierte Verfahren" gekommen ist und sie hat dort hervorragend abgeschnitten. Sie hat beim "Strukturierten Interview" wirklich als Beste abgeschnitten und da bleibt zu hoffen, daß sie in diesem Schulsystem noch eine Karriere vor sich hat.

Ich möchte aber auch ein kleines bißchen ihre Offenheit zitieren, mit der sie schildert, wie schwierig das ist. Sie ist eine engagierte Vorkämpferin in Sachen Integration. Sie macht das seit sehr, sehr vielen Jahren. Nach einem Elternabend, wo auch eine Supervision stattgefunden hat, schreibt sie dennoch folgendes:

"Es tauchen bei mir verstärkt Zweifel auf, ob unsere Arbeit so überhaupt Sinn hat. Alles scheint mir über den Kopf zu wachsen. Nirgendwo spüre ich innerhalb des Systems Unterstützung und fühle mich allein ge-

lassen."

Das beschreibt sehr treffend das, was viele Frauen und Männer in Integrationsklassen erleben: Es wird enorm viel von ihnen verlangt und die begleitende Unterstützung ist nicht vorhanden, damit diese Sache auch so gelingen mag, wie wir es hier haben wollen.

Es hat dann viele gegeben, auch unter ihren Freunden, die ihr Ratschläge gegeben haben und die gesehen haben, wie groß die Belastung ist. Die haben gesagt: "Laß den Schulversuch sausen! Laß es zu, daß es unter diesen Bedingungen unmöglich ist, Integration zu verwirklichen."

Susanne Bews würde diesen Schulversuch und jetzt die Integrationsklasse natürlich nicht sausenlassen, weil das ihr Leben ist und die Aufgabe ist, die sie sich gestellt hat. Aber es hat schon viele Menschen gegeben, die in diesem Schulversuch gearbeitet haben und die ihn dann halt einfach sausen haben lassen, weil sie gesagt haben, die Belastung ist einfach zu groß und die notwendige Unterstützung ist nicht da.

Da kommen wir zu einem Punkt, der auch interessant ist: Es ist ja immer noch auf Freiwilligkeit gestellt, ob jemand in einer Integrationsklasse arbeiten will oder nicht. Das heißt, wir sind darauf angewiesen, daß die Bedingungen so gut sind, damit sich dafür freiwillige Lehrer und Lehrerinnen finden. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir auch per Gesetz diese Bedingungen so gut wie nur irgendwie möglich zu gestalten haben.

Ich möchte Ihnen noch ein anderes kleines Zitat aus Ihrem Buch bringen, weil auch das zeigt, wie die Praxis nämlich ausschaut. Die Praxis, die mit dem Gesetz manchmal sehr wenig zu tun hat. Sie schreibt: "Meine Kollegin ist erkrankt. Ich melde dies auch der Direktorin des Sonderschulstandorts, da die Lehrerinnen administrativ verschiedenen Schulen angehören und für die Supplierung eine Lehrkraft aus der Sonder schule geschickt werden muß."

Das ist auch nicht sehr geschickt, daß das so getrennt ist, aber so ist es.

"Man bittet mich, den heutigen Tag alleine durchzustehen. Es geht ganz gut, nur bin ich nach Unterrichtsschluß erschöpft und sehr ausgebrannt. Am nächsten Tag kommt keine Supplierreserve. Es ist leider niemand da, der geschickt werden kann. So überstehen wir einige Tage. Es bietet sich keine Lösungsmöglichkeit an. Der Unterricht leidet sehr, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß das Zwei-Lehrer-System nicht immer gewahrt werden kann."

Ich finde, es ist als Landtagsabgeordnete durchaus unsere Aufgabe, sich mit dieser Praxis auseinanderzusetzen und einzufordern, daß auch bei der Supplierung dafür gesorgt ist, daß sie einfach immer stattfindet. Aber wir sehen schon, daß auch sehr, sehr engagierte Leute manchmal ausgebrannt sind und vor Schwierigkeiten stehen, wo sie gerne Hilfe hätten.

Das Gesetz, das uns heute vorliegt, ist in seinen Aussagen meiner Meinung nach in etlichen Punkten so schwammig, daß wir es in dieser Form nicht akzeptieren können. Vor allem dort nicht, wo es darum geht,

daß festgestellt wird, wieviele Lehrer jeweils arbeiten und wieviele Kinder in so einem Schulversuch sein können.

Ich gehe einmal davon aus, daß Sie alle das Gesetz gelesen haben und ich jetzt nicht daraus zitieren muß, um das zu verfestigen, und lasse das einfach bleiben.

Ich möchte aber heute auch noch die Gelegenheit ergreifen, um auf einen Umstand hinzuweisen, der zu großen Problemen führt:

Wie Sie wissen, können Kinder, die in die Schule gehen, bei uns auch Schulklassen wiederholen. Ganz normal. Es gibt sogar welche, die - glaube ich - sogar elf Schulklassen in der Schulpflicht absolvieren. Wir stehen aber jetzt vor dem Problem, daß das Gesetz eine Lücke aufweist, wenn es um die Kinder in Integrationsklassen geht. Wenn nämlich ein behindertes Kind eine Integrationsklasse besucht hat, muß es nach neun Jahren Schulbesuch die Schule verlassen. Es gibt nicht die Möglichkeit, eine Klasse zu wiederholen, und zwar auch dann nicht, wenn das heißen würde, daß dieser längere Verbleib zu einem regulären Hauptschulabschluß führen könnte. Vielen von Ihnen ist sicher der Fall bekannt, und ich nehme bezug auf den Fall der Tochter von Frau Zappe, die in der MA 12 arbeitet.

Ich bringe daher heute folgenden Beschuß- und Resolutionsantrag ein und hoffe, daß er zu einer großen Unterstützung in diesem Landtag führen wird. Der Beschußantrag lautet wie folgt:

"Der Wiener Landtag fordert den Bund auf, die gesetzlichen Bestimmungen in dem Sinn abzuändern, daß auch behinderte Kinder, die eine Integrationsklasse besucht haben, ein zehntes Schuljahr machen können.

In formeller Hinsicht beantrage ich die Zuweisung dieses Antrags an den Landeshauptmann." (Beifall bei den GRÜNEN.)

Abschließend vielleicht noch einen kleinen Hinweis bezüglich der Ausbildung, die ich für sehr, sehr wichtig halte. Es ist ein Problem, wenn wir die Lehrer der Sonderschule und die Lehrer der Volks- beziehungsweise Hauptschule so getrennt ausbilden. Da möchte ich noch einmal bezug auf das Buch von Susanne Bews nehmen, weil sie so klar sagt, was alles in der Lehrerausbildung fehlt, und das Dinge sind, von denen ich auch überzeugt bin, daß sie fehlen:

Sie wünscht sich, daß es einen Schwerpunkt zur Persönlichkeitsentwicklung der Lehrer gibt. Sie wünscht sich, daß es mehr Autonomie gibt, mehr Erfahrung mit demokratischer Interaktion, mit demokratischem Agieren, mit selbstbestimmtem kreativen Handeln und Gestalten und mit dem Kennenlernen partnerschaftlicher Beziehungen im Schulsystem und daß es mehr Freiraum für Phantasie und Kreativität gibt und die Studierenden mehr Wahlmöglichkeit haben, auch wenn es darum geht, festzustellen: Bei welchem Professor lerne ich was.

Ich unterstütze das alles sehr heftig und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den GRÜNEN und beim LIF.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner

ist Herr Abg Strobl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Walter **Strobl** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine Damen und Herren!

Es ist erfreulich, wenn wir hier vom Rednerpult aus im Zusammenhang mit der Adaptierung des Wiener Schulgesetzes feststellen können, daß es unter einer ÖVP-Ministerin gelungen ist, die Integration auch im Bereich der Schule der 10- bis 14jährigen auszubauen, wenngleich ich weiß, daß mit dem Begriff der 14jährigen auch noch ein ganz großes Problem ungeklärt geblieben ist, nämlich die Frage: Was passiert bis zum 15. Lebensjahr, bis zur Erfüllung der Schulpflicht? Das ist zweifelsohne tatsächlich noch eine offene Frage.

Es ist aber so, daß das Wiener Schulgesetz, das derzeit zur Begutachtung vorliegt, eigentlich nur eine Adaptierung der bundesgesetzlichen Bestimmungen vorsieht und vornimmt. Ich halte es daher durchaus für sinnvoll, zum Beispiel den Bereich der Integration dadurch zu verstärken - oder die Bedeutung der Integration zu verstärken, auch wenn hier eine andere Form der Integration gemeint ist -, daß man Vertreter des Integrationsfonds in den Bereich des Kollegiums des Stadtschulrats aufnimmt.

Ich bitte aber auch gleichzeitig um Verständnis - und da werden wir noch ausführlich diskutieren müssen -, wenn es dem Wunsch nach zu einer Erweiterung weiterer Bereiche - im Zielgruppenbereich des Kollegiums - kommen sollte. Der Stadtschulrat für Wien hat genau umschriebene Aufgaben und es hat daher nur Sinn, Vertreter in das Kollegium hereinzuholen, die mit diesen Aufgaben tatsächlich in Verbindung stehen. Es ist nämlich derzeit schon dem Stadtschulrat und dem Kollegium unbenommen, Arbeitskreise und Ausschüsse einzuberufen, in denen Schwerpunkte diskutiert und zusätzliche Experten oder Fachleute beigezogen werden können.

Beim Begriff des "Abschiebens in die Sonderschule" bin ich als ursprünglich gelernter Sonderschullehrer ein bißchen sensibel, sehr geehrte Frau Kollegin Jerusalem, weil ich ganz einfach glaube, daß man den Leistungen der Sonderschule keinen guten Dienst erwirkt, wenn man in dieser Form argumentiert.

Es ist nach wie vor so, daß wir in Österreich eine ganz hervorragende Qualität im sonderpädagogischen Bereich vorzuweisen haben und wir international gesehen eigentlich Vorbild sind für das, was hier an sonderpädagogischen Errungenschaften gezeigt werden kann. Die Frage der Freiwilligkeit der Wiederholung von Klassen wird auch im Hinblick auf den eingebrachten Antrag zu prüfen sein. Ich bin mir nicht sicher, aber ich glaube, daß es nach den derzeitigen Schulpflichtbestimmungen schon möglich ist, daß Schüler, auch Sonderschüler, auch Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Klassen freiwillig wiederholen können.

Was die Frage des Gesamtkonvoluts der vom Liberalen Forum eingebrachten Abänderungs- und Zusatz-

anträge betrifft, so bitte ich auch hier um Verständnis, daß das genau zu prüfen sein wird. Soweit ich das aus den Unterlagen entnehmen konnte, ist hier eine Reihe von bundesgesetzlichen Bestimmungen angesprochen. Das Konvolut der Vorstellungen reicht ja vom Bereich der schulfreien Tage bis zur Klassenschülerhöchstzahl. Man wird also genau prüfen müssen, was davon im Wiener Schulgesetz überhaupt autonom beschlossen werden kann. Ich stehe nicht an zu sagen: Man wird die eine oder andere Idee auch gerne aufgreifen.

Nur, ich bitte um Verständnis, und ich habe das dem Kollegen Dr Alkier auch gesagt, daß man auch der Diskussion zu diesen Dingen eine Chance geben muß. Politik wird nicht so gemacht, daß man einen Antrag zwei Minuten vor der im Ausschuß vorzuberatenden Thematik einbringt und jetzt glaubt, damit dem Thema bereits einen Dienst erwiesen zu haben. Solch umfassende Themen sind auch umfassend zu diskutieren, das heißt, sowohl schulpartnerschaftlich als auch sozialpartnerschaftlich, soweit sie hier die Betroffenen einbeziehen sollen. Es hat daher, glaube ich, keinen Sinn, so wichtige Überlegungen in dieser Rasanz und in diesem Ausmaß anlässlich einer Adaptierung des Wiener Schulgesetzes mittels Gesetz einzubringen.

Ein Satz sei mir noch gestattet, weil heute schon mehrfach der Bereich der "Objektivierung" angesprochen wurde. Ich glaube, es ist ganz wichtig, auch noch einmal festzuhalten: Es geht bei den Objektivierungsverfahren und bei den heute in der Fragestunde aufgeworfenen Überlegungen zu den vier Säulen des Objektivierungsverfahrens tatsächlich um die Frage des wissenschaftlichen Ansatzes. Man muß aber in dieser Diskussion fairerweise auch dazusagen, daß es - und das zeigen auch die einschlägigen Literaturbeispiele - eine absolute Objektivität nicht geben kann. Wenn es zum Beispiel in einem Buch heißt: "Die Entscheidung darüber, welche individuellen Kennzeichen diagnostiziert werden sollen, also auch die, was den Berufserfolg eines Mitarbeiters oder einer Führungskraft ausmachen soll, folgt den subjektiven Anschauungen derjenigen, die die Entscheidung treffen."

Nun, das ist genau jener Punkt. Es ist daher an und für sich vollkommen egal, ob Sie in Vorarlberg, im Burgenland, in Salzburg oder in Wien zu einem Modell der Objektivierung kommen. Es ist nur denkbar, über einen Mehrheitsbeschuß ein Verfahren auch umzusetzen. Aber das ist zweifelsohne nicht die Diskussion, die Sie führen wollen. Sie wollen nämlich quasi vorgeben, daß Ihr Modell oder Ihre Vorstellungen zur Objektivierung mehr Wahrheit besitzen. Das kann eben nur in der Relativität dieser Diskussion und des wissenschaftlichen Ansatzes, daß so etwas nicht möglich ist, gesehen werden.

Abschließend noch eine Überlegung: Ich glaube, wir müssen in diesem Zusammenhang die Informationspolitik im Stadtschulrat deutlich verbessern. Es müssen die Verfahren den betroffenen Schulen genauer erklärt werden. Wir müssen die Schulpartner in diesem Zusammenhang besser einbinden. Wir müssen aber auch

deutlich Stellung zu den selbstinitiierten, selbstgemachten Hearings an den Schulen nehmen, weil in der Vermischung zwischen den objektiv professionellen Bereichen und jenen Bereichen, die doch immerhin sehr autonom entstehen und damit jenem Anspruch meistens nicht gerecht werden können, der eigentliche Konfliktstoff zu finden ist. Wir brauchen eine laufende Evaluierung der einzelnen Säulen - das werden wir auch gerne so umsetzen - und wir brauchen ein verbessertes Feedback der Kennzahlen.

Das Wiener Schulgesetz, so wie es derzeit in der Novelle vorliegt, ist der Abschluß vorerst einmal für den Bereich der Integration. Wir sollten es daher auch so sehen, und ich lade alle Damen und Herren auch der Opposition ein, die Diskussion damit zweifelsohne nicht zu beenden, sondern der Seriosität die Chance zu geben, um Veränderungen im Verhandlungs- und Gesprächsbereich auch so aufzubereiten, daß man dann hier einen entsprechenden Entschluß durchaus mit unterschiedlichen Standpunkten fassen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner ist Herr Abg Römer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann **Römer** (FPÖ): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist vielleicht symbolhaft, daß auch noch am vorletzten Tag des Schuljahres 1996/97 in Sachen "Schule" im Landtag gearbeitet wird. Der Wiener Landtag erfüllt noch brav die Hausaufgaben, die ihm vom Bundesgesetzgeber aufgetragen worden sind. Die Erledigung des Gesetzes erweckt den Eindruck, daß es wie jede Schulschlußstimmungsarbeit erledigt wird. Seitens der SPÖ sind hier Begeisterung und Lust nicht zu erkennen. Daß Ihre Philosophie - Ihre Dogmen - den Betroffenen gegenüber gesiegt hat, merkt man an der aus unserer Sicht lustlosen Lösung der Hausaufgaben.

Es ist eben ein Unterschied, ob ich einfach die totale Integration bevorzuge oder ob ich ein anderes Prinzip bevorzuge und ihm folge. Nämlich dem Prinzip, daß jede Aktion dem Betroffenen persönlich zum Vorteil zu gereichen hat und seinen persönlichen Bedürfnissen ein persönliches Leistungsangebot zur Verfügung steht. Stattdessen wird heute das Bundesgesetzblatt kopiert. Damit ist dem Dogma Genüge getan.

Ginge man mehr auf die Anliegen der Kinder ein, hätte man mit etwas mehr Phantasie mehr getan und würde man auch den Auslegungen und Forderungen unsererseits mehr Beachtung schenken, dann wäre vielleicht mehr möglich gewesen.

Wie die Befolgung dieses Dogmas in der Praxis aussieht, zeigt eine Geschichte, die sich gestern in der AHS Anton-Krieger-Gasse ereignet hat. In dieser Schule - sie gilt ja als linke Paradeschule und als Vorkämpferin für die Abschaffung der AHS-Unterstufe und Einführung der Einheitsschule für alle 10- bis 14jährigen gemäß dem sozialistischen Bildungsdogma - gibt es natürlich auch Integrationsklassen. Da kann

einem als Mutter eines behinderten Kindes schon Abenteuerliches passieren.

Ich lese Ihnen auszugsweise aus einem Brief einer Frau vor, die diese Mutter, um die es mir jetzt geht, gestern in die Anton-Krieger-Gasse begleitet hat. Ich zitiere nur einige Passagen:

"Da ich Frau" - der Name - "als Freundin der Familie zum Gespräch mit Direktion und Lehrerschaft begleitet habe, möchte ich Ihnen hier meine Eindrücke schildern. Ich will auch beifügen, daß ich mit der Problematik des Integrativunterrichts vertraut bin und beide Seiten, also auch die Problematik für die Lehrer, kenne und im Grunde verstehe. Doch eines gleich vorweg: Meines Erachtens ging es heute nicht um die bestmögliche pädagogische und menschliche Lösung für das Kind, obwohl man uns das gerne so präsentieren wollte, sondern um wesentlich mehr, nämlich - dieser Verdacht sei mir gestattet - um ein letztlich internes Problem Schule-Stadtschulrat."

Es geht dann nach einigen Passagen weiter: "Schließlich beschloß eine Vertreterin des Lehrerteams, die Sache auf den Punkt zu bringen. Sie sagte, daß alle mit den Integrativkindern betrauten Lehrer gegen eine Aufnahme des Kindes gestimmt hätten (keiner kennt es) und daß man, falls von oben die Weisung käme, es nun doch aufzunehmen, man es halt tun würde. (Die besten Voraussetzungen für einen harmonischen Unterricht! Was meinen Sie?)"

Und weiter schreibt sie dann: "Zu diesem Zeitpunkt brach Frau" - der Name - "in Tränen aus und verließ den Raum. Das Kind selbst freut sich schon auf die neue Schule. Was soll man ihm jetzt sagen? Man will dich nicht? Keiner weiß, wo du im Herbst zur Schule gehen wirst? Eines muß ich noch ergänzen: Frau" - Name - "wurde mehrmals gefragt, wie sie es wohl geschafft habe, das Kinder rückstufen zu lassen und in der Anton-Krieger-Gasse anzumelden. Welch eigenartige Unterstellung und worauf und beziehungsweise auf wen sollte dies abzielen? Man betont zwar im heutigen Gespräch, daß man die Frau damit nicht angreifen wolle. Ich frage mich aber: Wen dann? Nach meiner Logik kann nur noch der Stadtschulrat gemeint sein. Die gleichen Leute, die beteuern, nur das Wohl des Kindes im Auge zu haben, reagieren auf eine, wie ich meine, wenig spektakuläre Sache, nämlich einen Schulwechsel, wie auf Hochverrat. Wurde denn so Unmögliches verlangt?"

Sie schließt dann: "Falls das Unverständnis der Lage auf meiner Seite liegt, möge man mir verzeihen, doch ich habe die Sache nun einmal so miterlebt."

Um den letzten Absatz - also den längeren - besser zu verstehen, muß man wissen, daß sich die Mutter dieses Kindes an den Stadtschulrats-Vizepräsidenten Rudolph gewandt hatte und dieser mit tatkräftiger und dankenswerter Unterstützung durch den zuständigen Abteilungsleiter Weidinger eine sowohl für das Kind als auch für die Mutter zufriedenstellende Lösung gefunden hat. Was unerwartet kam, war die offensichtliche Tatsache, daß eine Schule, die sich so sozial gibt,

ein Kind, nämlich ein behindertes Kind, deshalb ablehnt, weil die Mutter sich an einen FPÖ-Politiker gewandt hatte! (*Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Das darf doch alles nicht wahr sein!*) Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, die Worte Menschlichkeit und Unmenschlichkeit in den Mund nehmen, dann wissen wir in Zukunft, woran wir zu denken haben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und sagen Sie von der SPÖ bitte nicht, die Schule gehe Sie nichts an. Diese Schule hat sogar einen eigenen Verein gegründet. Einen Verein, in dessen Vorstand immerhin der Direktor sitzt und auf der anderen Seite auch noch Ihr Bezirksvorsteher sitzt. Doch diese Geschichte wird uns sicher noch andernorts beschäftigen. (*Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Ja, aber auf dem Rücken der behinderten Kinder macht man nicht Politik! Das muß man schon der SPÖ sagen! Das ist ja unglaublich, was euch da passiert ist! Das ist ja unglaublich! - Aufregung bei der FPÖ.*)

Ich möchte jetzt auf die vorliegende Novelle zurückkommen.

Für uns ist nicht einsichtig, warum nicht eine konstruktivere Lösung geschieht, nämlich eine konkrete Festlegung der möglichen Klassenschülerhöchstzahl einer Integrationsklasse im § 14 Abs 2. Ebenso ist die Lösung im § 13 Abs 1 auch nicht akzeptabel. Wir hätten es viel lieber gesehen, wenn für einzelne Unterrichtsgegenstände nicht vorgesehen wäre, daß auch Lehrer eingesetzt werden können, die keine Ausbildung einer sonderpädagogischen Förderung besitzen. Aus unserer Sicht sollten ausschließlich sonderpädagogisch ausgebildete Lehrer und Lehrerinnen Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf unterrichten.

Aber auch § 31 Abs 4 ist für uns nicht befriedigend gelöst, denn vorgesehen wird, daß dem Stadtschulrat für Wien die Dispositionen über den Lehrereinsatz ohne Wenn und Aber übertragen werden. In Zeiten, wo überall Offenheit und Transparenz eingefordert werden, in solchen Zeiten muß man auch einfordern, daß der Stadtschulrat seine Überlegungen der Disposition offenzulegen hat. Eine Regelung nämlich, die mit sich bringt, daß alle Schulpartner, die davon betroffen sind, ihren Informationsanspruch auch mit einer entsprechenden rechtlichen Grundlage begründen können.

Eine der Hauptaufgaben dieser Novelle, nämlich vom Umfang her, ist die Umbenennung der "Polytechnischen Lehrgänge" in "Polytechnische Schulen". Ein Etikettenschwindel, der, wie wir wissen, keinerlei inhaltliche Verbesserungen bringt.

In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß auch die "Poly 2000" keine große Anerkennung dieser Schulform bringen wird. Als Beispiel sei angeführt, daß diese Woche die Einstufungsgespräche an den mittleren und höheren Schulen stattfinden. Der Wegfall der Aufnahmsprüfung für diese berufsbildenden Schulen hat in den ersten Jahrgängen eine Steigerung um über 20 Prozent gebracht und das wieder zu Lasten der "Polytechnischen Schule". Es zeigen auch die Daten der Lehrlingsstatistik von 1995 - wenn ich jetzt die

letzten vorliegenden nehme -, daß daraus eindeutig hervorgeht, daß die Jungen aus dieser "Polytechnischen Schule" flüchten. Diese Statistik zeigt, daß nur mehr 60 Prozent der Lehrlinge aus Hauptschulen mit "Polytechnischem Lehrgang" kommen - Hauptschule ist klar, denn er hat die 9. Schulstufe im "Polytechnischen Lehrgang" nicht mehr abschließen können - und über 40 Prozent - auch von denen, die dann Lehrlinge werden - vor den "Polytechnischen Schulen" beziehungsweise den "Polytechnischen Lehrgängen" geflüchtet beziehungsweise ihnen ausgewichen sind. Wie aberwitzig diese Entwicklung ist, zeigt auch ein Blick auf die vom Bundesministerium ausgewiesenen Kosten je Schüler und Schulart.

Auf der einen Seite wird argumentiert, daß der Wegfall der Aufnahmsprüfungen 6 Millionen erspart, auf der anderen Seite hat man einen erhöhten Mehraufwand um ein Vielfaches, wenn Kinder nur zur Erfüllung ihrer Schulpflicht in eine andere Schule flüchten. Die Sinnhaftigkeit des 9. Schuljahrs in der derzeitigen Organisationsform gehört jedenfalls raschest überdacht!

Nun zurück zur Gesetzesvorlage, weil hier auch angemerkt werden muß: Wir halten auch die Mitwirkung des Integrationsfonds für entbehrlich. Wir haben erst vor einigen Wochen unsere Stellung zur Arbeit dieser Institution dargelegt.

Wie ernst die SPÖ es mit der Integration meint, zeigt ein Beispiel, und ich möchte es hier bringen:

Es gibt eine Beratungsstelle für ausländische Schülerinnen, Schüler und Eltern. Diese Stelle, die ist nicht im Palais Epstein untergebracht, nämlich dort, wo das Hauptgebäude zentrale Einrichtungen beherbergt. Nein, diese Stelle ist dezentral untergebracht!

Wir werden dieser Novelle nicht zustimmen, weil es für uns, wie ich schon eingangs erwähnt habe, eine reine Hausaufgabe ist, die uns vom Bundesgesetzgeber aufgetragen wurde und die hier ohne Phantasie und ohne Liebe einfach vollzogen wird, ohne neue Gedanken überhaupt versucht zu haben umzusetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Vettermann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Heinz Vettermann (SPÖ): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte doch zu zwei, drei Dingen Stellung nehmen.

Vielleicht auch zum Kollegen Römer, denn was lustvoll ist und was nicht und ob es einem Spaß macht und ob wir in der Schulpolitik genügend Kraft haben oder nicht, das kann man sicher nicht an einer Novelle erkennen, die für mich ein bißchen eine trockene Angelegenheit ist, sondern an der Schulpolitik. Da glaube ich, kann man uns ein durchaus gutes Zeugnis ausstellen.

Das mit der Phantasie ist so eine Sache, denn ich muß sagen, daß ich selbst von Ihnen eigentlich auch

nichts gehört habe, was irgendwie phantasievoll oder neu wäre, wohl aber einiges an Unterstellungen bis hin zum Verfolger. Ich kenne diesen einen konkreten Fall nicht, aber da Sie zuerst den Kollegen Weidinger und den Stadtschulrat gelobt haben, dann aber sagten, daß diese Schule dieses Kind nicht nimmt und das nur deshalb so sein kann, weil ein FPÖ-Politiker interveniert hat oder das in so einem Zusammenhang bringen und auch noch auf die Sozialdemokratie umlegen, so ist das einfach nur der krampfante Versuch, irgend etwas zu finden, um diese Novelle abzulehnen! Ich glaube, dieser Versuch ist gescheitert und das Beispiel ist eigentlich an den Haaren herbeigezogen. (Abg. Johann Römer: Also das stimmt nicht! Das Beispiel war gestern!) So einfach sollte man es sich nicht machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Kollegen Strobl: Das Problem sehe ich auch, daß das vom Bund nur von der 5. bis zur 8. Schulstufe direkt geregelt wird. Persönlich habe ich nichts dagegen, daß auch die Buddhisten oder jemand anderer beigezogen wird und zugehörig ist, wenn das wirklich der Sache dienlich ist.

Zum Objektivierungsverfahren und zu der Diskussion ist schon sehr viel gesagt worden, aber eine Sache sei doch noch klar dargestellt: Das Objektivierungsverfahren wurde unter Fachberatung von Beratungsfirmen übernommen, die probiert haben, Modelle zu übernehmen, die es in der Privatwirtschaft gibt. Es gibt das "Strukturierte Interview" und die "Computergestützte Potentialanalyse", also Dinge, die zumindest versuchen, objektiv zu sein oder einen gleichen Level einzuziehen.

Es gibt aber auch keine einzige Firma, die auf Bewertungsunterlagen verzichtet oder die Bewertungen der Vorgesetzten nicht miteinfließen läßt! Daß man sagt, das soll ganz wegkommen, das ist, glaube ich, eine vollkommen illusorische, sonst nirgendwo vor kommende und in der Wirtschaft absolut ungebräuchliche Methode. Das kann man doch nicht Objektivierungsverfahren nennen, sondern das ist einfach die Unzufriedenheit, daß bei diesem, ich glaube sehr objektiven und auch von den anderen Bundesländern durchaus auch anerkannten Modell, nicht die von der Opposition gewünschten Schulleiter zum Zug kommen. Das wird aber auch nicht besser werden, wenn Sie noch vier oder fünf andere Modelle vorschlagen. In diesem Sinn, glaube ich, daß wir auch über die Hearings diskutieren müssen, die in ganz bunter Abfolge stattfinden, so wie es sich halt jede Schule für sich vorstellt. Wenn man das ein bißchen vereinheitlichen könnte, wäre das sicher ein Fortschritt. Sonst glaube ich aber, daß diese Modelle kein tauglicher Versuch sind, hier andere und neue Schulleiter zu bestellen.

Zum Kollegen Alkier möchte ich sagen, daß das natürlich eine partielle Themenverfehlung war, denn er hat das zumindest zum Anlaß genommen, über Gott und die Welt und die Schule im allgemeinen - soll sein - zu sprechen und einige Forderungen an den Bundesgesetzgeber zu richten, gegen die ich auch nichts habe,

wo aber der Kollege Strobl bereits darauf hingewiesen hat, daß wir das heute schon mangels Zuständigkeit nicht beschließen können.

Die Öffnung der Schule gelingt in Wien. Wozu wir die Liberalen brauchen, um für etwas Neues bei der Notengebung, für verbale Beurteilung und für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14jährigen einzutreten, ist mir unerklärlich, weil ich persönlich und meine Fraktion schon lange bevor es die Liberalen in Österreich wieder gegeben hat diese Forderungen vertreten haben. Wenn Sie sich aber jetzt anschließen wollen, so soll es mir recht sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine Vorgangsweise verstehe ich zwar, sie ist aber ein bißchen zeitraubend: Nämlich daß man zum einen im Gemeinderat etwas fordert, was hier nicht hergehört, zum Beispiel die Untersektionen IIIa und IIIb. Da hat es zum Beispiel den Antrag im Stadtschulrat gegeben und der wurde abgelehnt. Genauso: Wenn man dann hier im Gemeinderat etwas fordert, wird es abgelehnt und dann in den Stadtschulrat hineingebracht. Das heißt, das ist eigentlich nur ein Doppelspiel, das das jeweils unzuständige Gremium auch noch mit abgelehnten Anträgen belästigt. Ich glaube darum, daß wir uns diese Zeit für einen konstruktiveren Dialog sparen könnten. (Abg. Mag. Alexandra Bolena: Ja, für einen konstruktiveren! Das wäre wirklich gut!) Ja, für einen konstruktiveren Dialog, um jeweils dort darüber zu diskutieren, wo es hingehört. Wenn man sich nicht durchsetzt, kann man das auch einmal akzeptieren, weil es im anderen Gremium ja nicht besser wird, sondern es wird nur mehr Zeit vergehen.

Zur Kollegin Jerusalem: Ja, daß es mit der Zweidrittelmaterie mühsam und langsam geht, gebe ich zu. Daß die von ihr zitierten Stellen des Buchs wirklich recht gut und einprägsam einen Teil eines Burnout-Syndroms zeigen, stimmt ebenfalls. Nur, dieses Burnout-Syndrom gibt es auch bei IBM, das gibt es beim Installateur, das gibt es in der Politik und das gibt es natürlich auch in der Schule! Nur probieren wir gerade, dem strukturell entgegenzuwirken, indem wir zum Beispiel Sabbaticaljahr, Halbtagsmöglichkeiten, und, und, und einführen. Trotzdem wird es nicht immer gelingen. Ideal ist es natürlich trotzdem oft nicht, aber ich glaube schon, daß diese Novelle einen Fortschritt bringt.

In dem Sinn finde ich die Ablehnung eigentlich nicht wirklich begründet oder nachvollziehbar, denn was immerhin sichergestellt wird und wofür es sich lohnt zuzustimmen, ist doch ganz klar: Es kann jetzt Integrationsklassen geben und die gleiche Klasse kann von der Volksschule in die Hauptschule weitergeführt werden, sodaß die Klassengemeinschaft nicht zerbrochen werden muß und damit einem Wunsch der Klassengemeinschaft - also der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Eltern - entsprochen wird. Wir können aber auch über die Kompetenz innerhalb unseres Stellentyps die zweiten Lehrer einsetzen und Schülerreduzierungen auch bei den weitergeführten Klassen durchführen, und es kann und wird auch die Ausländerbe-

treuung, die Integration und auch die Bereitstellung eben eines Stütz- und Förderlehrers bei speziellen pädagogischen Notwendigkeiten geben. Das ist, glaube ich, eigentlich das Kernstück dieser Novelle.

Daß die Öffnung der Schulen leichter möglich sein wird, ist schon festgestellt worden. Mag sein, daß das nicht besonders einladend formuliert ist, aber wer interessiert sich für den Gesetzestext? Hauptsache, es geschieht und es geschieht ja in Wien! Es passiert, daß die Schulen teilweise und, was den Sport betrifft, sogar großteils schon ausgebucht sind. Das wird natürlich noch weiter vorangetrieben werden, gerade was Kultur, Volksbildung und außerschulische Jugendbetreuung betrifft, denn natürlich soll und wird es auch immer mehr so sein, daß die Schule ein lokales Zentrum inmitten des Lebens innerhalb ihres Gemeinwesens, ihres Grätzls ist, und für diese Zwecke die Räume auch genutzt werden können. Und wenn das jetzt leichter gehen wird, dann ist das ein weiterer Grund, dieser Novelle zuzustimmen.

Daß der Stadtschulrat zusätzlich einen Vertreter des Wiener Integrationsfonds mit beratender Stimme bekommt, begrüße ich, weil ich glaube, daß hier viel Sachkenntnis und Kompetenz notwendig sind.

Was die "Polytechnische Schule" betrifft, so glaube ich auch, daß diese Umbenennung zwar nichts schadet, aber auch kein besonders großer struktureller Fortschritt ist, denn egal, wie man dieses Ding nennt, die Probleme löst das tatsächlich nicht. Langfristig wird man sich sicher eine Reform der Mittelstufe - und damit meine ich die Stufe der 10- bis 15jährigen - überlegen müssen. Eine Möglichkeit, die wir immer wieder andenken, sind regionale Schulverbundsysteme, wo Hauptschule und AHS gemeinsam unterrichtet werden, um gerade dieser Flucht in andere weiterführende Schulen entgegenzuwirken.

Alles in allem wird diese Novelle die gewünschte Öffnung der Schulen erleichtern, die Integration auch für die 5. bis 8. Klasse möglich machen und damit dem Wunsch der Eltern entsprechen. Aber es ist vor allem auch gut für die Kinder und deshalb werden wir ihr, nämlich der Novelle, gerne zustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Smoliner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Marco Smoliner (LIF): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich danke Herrn Abg Vettermann für seine deutlichen Worte. Es ist - und ich betone das jetzt noch einmal - hier geäußert worden, daß Gremien mit Anträgen belästigt werden! Wenn jemand also in einem Gremium Anträge einbringt, dann ist das aus der Sicht (Abg Heinz Vettermann: An das Gremium! - Aufregung beim LIF.) der Sozialistischen Partei eine Belästigung dieses Gremiums!

Jetzt wird mir auch deutlich, warum in diesem Haus Zuweisungsanträge, wenn sie nicht aus den Reihen der SPÖ kommen, überhaupt nicht mehr zuge-

wiesen werden. Und jetzt wird mir auch deutlich, warum Anträge gerade noch von der Frau Abg Jerusalem unterstützt werden und warum man über einen Abänderungsantrag nicht einmal mehr debattieren und abstimmen darf! (Aufregung bei der SPÖ.) Ich danke für diese Verdeutlichung des Demokratieverständnisses der Sozialdemokratischen Partei!

Was die ÖVP betrifft, möchte ich nur kurz auf die männlichen und weiblichen Formen replizieren. Herr Abg Karl hat gemeint, ein Gesetz würde unlesbar, wenn männliche und weibliche Formen vorkommen. Herr Abgeordneter, jetzt wissen wir natürlich, daß Sie zeitweise Gesetzeslesungen veranstalten. Ich würde also meinen, daß es vielleicht unvorlesbar wird, aber ein Gesetz (Abg Mag Franz Karl: Es wird auch unverständlich!) sollte doch eher anwendbar sein, und da ist eine männliche und weibliche Formulierung in keiner Weise hinderlich!

Ich möchte in zwei Minuten drei Punkte zum Abänderungsantrag des Liberalen Forums erläutern:

Zum § 11 Abs 3: "Auflösung von SchülerInnengruppen". Die Auflösung der SchülerInnengruppen ist sinnvoll. Sie ist in diesem Antrag mit einer Kann-Bestimmung vorgesehen, und zwar nicht in unserem. In unserem soll drinnenstehen: "Soll". Das Wort "Kann" soll durch "Soll" ersetzt werden. Das steht in keinerlei Widerspruch zu irgendeinem Bundesgesetz und entspricht auch eher - wie wir meinen - der Absicht, daß SchülerInnengruppen in diesem integrativen Unterricht eher aufgelöst werden sollen.

Zum Punkt 2: § 13 Abs 1. "Klassen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf". In Klassen mit drei oder mehr Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist unserer Meinung nach auf jeden Fall der Einsatz von mindestens zwei LehrerInnen nötig. Es ist auch nötig, daß diese LehrerInnen fachlich gut und harmonisch zusammenarbeiten. Das Resultat wäre selbstverständlich ein qualitativ wesentlich höherwertiger Unterricht und ein besseres Zusammenwirken der LehrerInnen.

Zum Punkt 14, zum § 14 Abs 2: "Die KlassenschülerInnenhöchstzahl". Dazu gibt es von den verschiedenen Kammern und Interessenvertretungen verschiedene Stellungnahmen. Wir haben uns auf eine KlassenschülerInnenhöchstzahl von 22 SchülerInnen pro Klasse festgelegt. Interessanterweise deckt sich das - und das ist vielleicht ganz interessant für Sie, weil wir ja immer wieder so als Feindbilder der Personalvertretung gesehen werden - mit der Vorstellung des Zentralausschusses der Personalvertretung der Wiener Landeslehrer an den allgemeinbildenden Pflichtschulen, die in ihrer Stellungnahme zur 13. Novelle zum Wiener Schulgesetz auch eine KlassenschülerInnenhöchstzahl von 22 vorsehen und fordern. Sie schreiben wörtlich: "Dies erscheint schon aus optischen Gründen sinnvoll. Es würde den in der Klasse tätigen Lehrern aber auch eine gewisse Sicherheit bezüglich der Rahmenbedingungen vermitteln." Auch diese Facette seitens der Personalvertretung unterstützte ich. Wir wollen eine KlassenschülerInnenhöchstzahl von 22 SchülerInnen.

Außerdem soll es nicht mehr als vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Klasse geben, damit nicht verdeckte Sonderschulklassen in den Hauptschulen entstehen.

Zu diesem Abänderungsantrag und zu unserem Zusatzantrag zur 13. Novelle zum Wiener Schulgesetz ersuche ich Sie um Zustimmung, darf aber jetzt schon ankündigen: Wenn wir diese Zustimmung nicht bekommen, werden wir uns erlauben, den Landtag mit einem Zuweisungsantrag in der nächsten Sitzung zu belästigen. Wir werden uns erlauben, im Ausschuß die zuständigen Abgeordneten noch einmal zu belästigen und unsere Vorschläge auch im Ausschuß eingehend zu diskutieren, wie es Herr Abg Strobl auch angeregt hat.

Im übrigen wird das Liberale Forum dafür sorgen, daß die Tage der Partiebuchwirtschaft in Wien gezählt sind. (Beifall beim LIF.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Herr Abg Mag Chorherr hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Ja, zur Geschäftsordnung! Frau Präsidentin!

Ich ersuche in meinem Namen, im Namen der Frau Klubvorsitzenden Hecht, des Herrn Klubobmanns Prochaska und des Herrn Klubobmanns Pawkowicz, die Sitzung zu unterbrechen und eine Präsidiale einzuberufen.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gut, ich unterbreche die Sitzung. Aber wird es länger dauern, Herr Mag Chorherr? (Abg Mag Christoph Chorherr: *Nicht bekannt!*) Ich unterbreche die Sitzung, aber bitte die Abgeordneten, in der Nähe zu bleiben.

(Sitzungsunterbrechung von 12.48 Uhr bis 14.30 Uhr.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir unterbrechen noch für weitere 20 Minuten die Landtagssitzung und nehmen dann die Sitzung wieder auf.

(Die Sitzung wird neuerlich unterbrochen und um 14.50 Uhr wiederaufgenommen.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung des Landtags wieder auf. Ich bitte die Abgeordneten, Platz zu nehmen.

Als nächster Redner ist Herr Abg Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. - Ich sehe ihn aber nicht im Saal.

Dann kommt der nächste Abgeordnete dran. Herr Abg Mag Karl hat sich auch zum Wort gemeldet.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich weiß nicht, ob meine Wortmeldung nach dieser zweistündigen Unterbrechung jetzt ganz dazupassen wird, aber ich will mich weiter mit dem auf der Tagesordnung stehenden Schulgesetz beschäftigen.

Ich muß es einmal sagen: Ich verstehe eigentlich

nicht - vielleicht kann ich die Atmosphäre durch eine humorvolle Bemerkung etwas entspannen (Abg Godwin Schuster: *So leicht geht das nicht!*) - die Freiheitlichen. Bei aller Wichtigkeit eines lust- und freudvollen Unterrichts gibt es eben auch Pflichthausübungen und diese Pflichthausübungen sollte man machen. Dieses Gesetz ist so eine Pflichthausübung, die daher nicht negativ zu sehen ist.

Das ist aber nicht der Grund, warum ich mich zu Wort gemeldet habe. Ich wollte zwei Dinge im Zusammenhang mit der Behindertenintegration sagen.

Wir stehen natürlich zum Bundesgesetz und zu den Ausführungsgesetzen, die heute hier beschlossen werden. Es ist aber für uns eindeutig, daß der Mensch im Mittelpunkt der Dinge stehen muß, daß es bei einem behinderten Menschen immer darum geht, daß das geschieht, was ihm am allerbesten nützt. Und daher kann es durchaus auch möglich sein, daß bei grundsätzlicher Anerkennung der Integration ein behinderter Mensch auch in einem Sonderpädagogischen Zentrum besser aufgehoben ist und dann soll man ihn auch dort hingehen lassen.

Was das längere Besuchen einer Schule durch behinderte Menschen betrifft, halte ich den von den GRÜNEN vorgelegten Antrag für eine durchaus taugliche Möglichkeit.

Das Wichtigste aber sollte nicht vergessen werden! Wir sind noch nicht weit genug, aber wir werden uns bemühen, insbesondere in der Behindertenkommission, dort hinzukommen, wie die Integration von behinderten Menschen in das Arbeitsleben besser vor sich geht. Ich glaube, daß das eine ganz wichtige Sache ist und daß es nicht damit getan ist, wenn man behinderte Menschen ganz einfach in der Schule läßt. Das ist ein Wegschieben des Problems. Wir müssen uns wirklich den Kopf zerbrechen, wie man behinderte Menschen ins Arbeitsleben eingliedern kann.

Eine letzte Bemerkung zu den Liberalen, deren Bildungsoffensive mir eigentlich nicht klar ist. Ich halte das eher für eine Unbildungsoffensive, was hier vorgebracht wird, Schwätzen und Schummeln als besondere Gag etwa oder die Noten abschaffen oder mit zwei Fünfern aufsteigen. Ich bin sehr verwundert, daß die Liberalen so gegen die Leistung sind.

Meine Damen und Herren! Eine soziale Schule ohne Leistung ist etwas Fürchterliches. Eine leistungsorientierte Schule ohne Sozialverständnis ist ebenso etwas Fürchterliches. Wir brauchen soziales Verständnis und Leistung in der Schule und dafür treten wir ein. (Beifall bei der ÖVP und bei Abg Ilse Forster.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Bevor ich auch inhaltlich kurz auf das eingehe, was in der Präsidiale ausführlich diskutiert wurde, lassen Sie mich nur kurz zu diesem Punkt einen Fünfparteienantrag einbringen, über den schon gestern gesprochen

wurde. Demzufolge soll betreffend zusätzliche Planstellen für die Waldorf-Schulen der Wiener Landtag die Bundesregierung ersuchen, zusätzliche Planstellen zuteilen. Um sofortige Abstimmung wird ersucht.

Der Anlaß, über den wir in der Präsidiale gesprochen haben, ist ein Antrag, den ich jetzt einbringen möchte, und es wird dann an der Präsidentin liegen, ob sie diesen Antrag zur Abstimmung bringt oder nicht.

Er betrifft den Vollbetrieb der WIENER LINIEN am 1. Mai. Vier Fraktionen interpretieren die Geschäftsordnung eindeutig, daß es möglich ist, Beschuß- und Resolutionsanträge zu Punkten einzubringen, auch wenn kein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Darauf wurde jetzt ausführlich gesprochen.

Warum bringen wir das heute hier ein und warum halten wir es für demokratiepolitisch wichtig und richtig, daß ein gesetzgebendes Gremium sich zu diesem Punkt zu Wort meldet? Noch zur Geschichte, was war.

Gestern hat der Wiener Gemeinderat mit Mehrheit eine Zuweisung an den Ausschuß beschlossen, die sicherstellt, daß darüber beraten wird, daß im nächsten Jahr am 1. Mai die öffentlichen Verkehrsmittel fahren.

Was ist dann passiert? - Dann hat der ORF in einer aus meiner Sicht mehr als parteiischen Vorgangsweise eine TED-Umfrage gestartet, die nach keinen wie immer gearteten Kriterien als repräsentativ einzustufen ist, und ein angeblich unabhängiger ORF hat jetzt nicht die Sozialdemokratie mit den anderen Fraktionen konfrontiert, sondern einmal mehr ausschließlich den Vertreter der Sozialdemokratie dazu eingeladen.

Interessant waren die Ausführungen der Frau StR Ederer. Sie hat davon gesprochen, daß in dieser Frage des Betriebs am 1. Mai die Betroffenen einzubinden sind. Interessanterweise hat sie mit den Betroffenen nicht jene Menschen gemeint, die am 1. Mai keine Möglichkeit haben, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, sondern sie hat ausschließlich die Personalvertreter gemeint.

Und heute - und das macht es notwendig, demokratiepolitisch darüber zu sprechen - gab es eine Aussendung der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter, die zu diesem mehrheitlichen Beschuß des Wiener Gemeinderats festhält, daß sie Mittel und Wege finden würde, den 1. Mai würdevoll zu feiern, sprich daß nicht die öffentlichen Verkehrsmittel fahren und daß man Beschlüsse des Gemeinderats als Querschüsse bezeichnet, die in eine andere Richtung gehen.

Es stellt sich die Frage, wer die Geschäfte dieser Stadt in der Hand hat. Ist es der Gemeinderat, ist es der Landtag, sind es die Gebietskörperschaften, die hier Beschlüsse fassen, die eingehalten werden, oder genügt eine Aussendung der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter, um etwas in eine völlig andere Richtung zu korrigieren? (Amtsfr StR Mag Renate Brauner: Heißt das, daß Sie es verbieten?) Verbieten? Hätte gestern die Frau Stadträtin in eine andere Richtung argumentiert, hätten wir in keiner Weise auf die Interessenvertretung Bezug genommen. Aber gestern hat

die Frau Stadträtin im Fernsehen erklärt: Na ob das kommt, das wird man sehen, und man muß die Betroffenen zuerst fragen, die Betroffenen einbeziehen. Und wenn sich das ausschließlich auf die SP-Gewerkschaftsfraktion bezieht, dann ist das genau die Position, die hier in Frage gestellt werden muß und diskutiert gehört. (Amtsfr StR Mag Renate Brauner: Haben die keine Gewerkschaft?)

Und wenn heute dieselbe Gewerkschaft in einer Aussendung (Abg Josefa Tomsik: Sie sind gegen die freien Gewerkschafter!) - meine Damen und Herren, das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen - Mehrheitsbeschlüsse des Gemeinderats als Querschüsse bezeichnet (Abg Josefa Tomsik: Eine Zuweisung war das!), dann ist das eine Praxis, die abgestellt werden muß! (Beifall bei den GRÜNEN, bei der FPÖ, bei der ÖVP und beim LIF. - Amtsfr StR Mag Renate Brauner: Schau da hinüber!)

Ja, es gibt neue Mehrheiten hier, und es wird auch Fälle geben, wo die Sozialdemokratie dann, wenn sie sich in dieser Weise verhält, überstimmt werden wird. (Amtsfr StR Mag Renate Brauner: Wenn es um Arbeitnehmerrechte geht!) Und wenn ihr euch in ein Boot mit jenen setzt, die Mehrheitsbeschlüsse des Gemeinderats als Querschüsse bezeichnen und eine Drohung aussprechen, man werde Mittel und Wege finden, das nicht zu beachten, dann muß man hier über diese Frage diskutieren, denn so geht das nicht, meine Kollegen und Kolleginnen von der Sozialdemokratie! (Beifall bei den GRÜNEN, bei der FPÖ, bei der ÖVP und beim LIF. - Amtsfr. StR Mag Renate Brauner: Mittel und Wege finden, den 1. Mai zu feiern, das steht ihnen zu!)

Jetzt geht es einen Schritt weiter. Aus meiner Sicht, aus Sicht der ÖVP, aus Sicht des Liberalen Forums und auch aus Sicht der Freiheitlichen liegt eine eindeutige, klare Interpretation der Geschäftsordnung vor. (Amtsfr StR Mag Renate Brauner: Der neue Sprecher der FPÖ! Ich gratuliere!) Nein! Sie wissen genau, daß es nicht darum geht! (Abg Godwin Schuster: Ich gratuliere zu dieser Einheit! Das ist grandios!) Es geht darum, daß eine Partei in Kernfragen, auch wenn sie die Mehrheit verloren hat, versucht, ihren Kopf gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. (Abg Gerhard Kubik: Wer hat denn jetzt seinen Kopf durchsetzen wollen?) Ich bin sehr gespannt auf die erste wirkliche Umfrage, wie die Wienerinnen und Wiener dazu stehen, und zwar nicht mit einer Argumentation - das sage ich ganz klar -, ob das Licht eingeschaltet ist oder nicht, wo der ORF es straflich vernachläßigt, eine annähernd objektive Darstellung der Verhältnisse zu bieten. (Amtsfr StR Mag Renate Brauner: Das war eine telefonische Umfrage!)

Ich erinnere mich genau, Frau Kollegin Brauner, wir haben in einem ähnlichen Fall diskutiert, wie der Zugang zum kommunalen Wohnbau zu gewährleisten ist. (Amtsfr StR Mag Renate Brauner: Schämen Sie sich für Ihre Haltung!) Wer war denn im Studio? War jemand von der Opposition im Studio? War jemand von der ÖVP, von der FPÖ, von den Liberalen oder von den

GRÜNEN im Studio? - Nein! Selbstverständlich war ausschließlich die zuständige Stadträtin von der SPÖ im Studio. (Amts StR Mag Renate Brauner: Eine unpolitische Beteiligung war das!)

In vielen Fällen agiert der ORF nicht so. Ich bin jemand, der ihn gerne verteidigt. Ich gehe immer wieder hinaus und sage - auch gegen andere Meinungen -, wir brauchen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aber wenn er ausschließlich in Wien SPÖ-parteizezogen und in Niederösterreich ÖVP-parteizezogen agiert, sind das Dinge, die abgestellt gehören! (Abg Josefa Tomsik: Ich meine, Ihre Rede gehört abgestellt!)

Sie können schreien und dazwischenrufen soviel Sie wollen, aber zum Glück haben Sie nicht mehr die absolute Mehrheit in dieser Stadt! Wir werden euch daran gewöhnen müssen, daß es in diesen Fragen Mehrheitsbeschlüsse gibt! (Beifall bei den GRÜNEN, bei der FPÖ, bei der ÖVP und beim LIF. - Abg Godwin Schuster: Wir reden im Moment über eine Zuweisung!)

Wenn der Wiener Gemeinderat mit Mehrheit beschließt, daß am 1. Mai die öffentlichen Verkehrsmittel fahren, ist das allen unbenommen, die würdevoll den 1. Mai feiern. (Amts StR Mag Renate Brauner: Der Gemeinderat hat es noch nicht beschlossen! Es ist nur zugewiesen!) Alle Menschen der Welt werden würdevoll etwas feiern. (Amts StR Mag Renate Brauner: Du zimmerst dir die Realität zurecht, damit du dein erbärmliches Verhalten legitimierst!)

Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend): Herr Abg Chorherr, Sie sollten bitte zur Sache kommen. Wir haben die Geschäftsvorlage zum Wiener Schulgesetz zu behandeln.

Abg Mag Christoph Chorherr (fortfahrend): Wer hier, Frau Stadträtin, ein erbärmliches Verhalten an den Tag legt, ist eine spannende Frage. Das überlasse ich jetzt all jenen, die sich das anhören, wer ein erbärmliches Verhalten vorlegt. Ich werde mich hüten, Ihr Verhalten als erbärmlich zu bezeichnen. (Amts StR Mag Renate Brauner: Ich stehe dazul)

Darum gab es den Wunsch und der Wunsch in einem legitimierten Gremium heißt "Antrag". Es ist ein Antrag von Christoph Chorherr, Johannes Prochaska, Rainer Pawkowicz und Hanno Pöschl, daß der Wiener Landtag appelliert und klarstellt, daß am 1. Mai die öffentlichen Verkehrsmittel zu fahren haben, und zwar per sofortiger Abstimmung.

Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend): Ich würde Sie bitten, daß Sie dann zur Sache kommen. Das ist die zweite Verwarnung!

Abg Mag Christoph Chorherr (fortfahrend): Insofern wird es bei Ihnen liegen, Frau Präsidentin, ob Sie diesen Antrag zur Abstimmung zulassen, aber einbringen wird man einen Antrag noch dürfen! (Abg Franz Karl Effenberg: Es gibt eine Geschäftsordnung!) Ja, es gibt eine eindeutige Geschäftsordnung, die es möglich macht, Beschuß- und Resolutionsanträge einzubringen. (Abg Franz Karl Effenberg: Sie sind derjenige, der permanent darauf pocht, daß die Geschäftsordnung eingehalten wird!)

Ihr hysterisches Geschrei spricht für Ihr schlechtes Gewissen! (Abg Franz Karl Effenberg: Ich brauche kein schlechtes Gewissen zu haben!) Passen Sie auf, was Sie da tun! (Beifall bei den GRÜNEN, bei der FPÖ und beim LIF. - Abg Harry Kopietz: Wir haben überhaupt kein schlechtes Gewissen!)

Insofern bringe ich jetzt den Beschuß- und Resolutionsantrag der Abgen Chorherr, Prochaska, Pawkowicz und Pöschl, betreffend Vollbetrieb der WIENER LINIEN am 1. Mai, ein.

Begründung: In einer Großstadt wie Wien sollte es selbstverständlich sein, daß eine kommunale Serviceeinrichtung wie die Verkehrsbetriebe an allen 365 Tagen im Jahr ihren Betrieb aufrechterhalten. Die Aussagen der amts StR Brigitte Ederer lösen insofern Be fremden aus, als sie sich eindeutig nicht am Mehrheitsbeschuß des Wiener Gemeinderats orientiert hat. (Abg Harry Kopietz: Es gab keinen Beschuß!) Es kann außerdem nicht angehen, daß mehrheitlich unterstützte Anträge der Mitglieder des Wiener Gemeinderats von der SP-Personalvertretung boykottiert werden. (Abg Godwin Schuster: Welcher Beschuß? Wo ist der Beschuß?) Sie können zustimmen oder es ablehnen. (Abg Harry Kopietz: Wo ist der Beschuß?) Ihr läßt nicht einmal diesen Antrag zul. Wenn es euch nicht paßt, werden alle Tricks ausgepackt, damit nicht einmal abgestimmt werden kann! (Abg Godwin Schuster: Das sagen ausgerechnet Sie?) So ist das! (Abg Harry Kopietz: Das, was Sie machen, ist ungeheuerlich!)

Sie können schreien und toben soviel Sie wollen! Wir werden heute oder ein anderes Mal - vielleicht bei einer Sondersitzung des Gemeinderats - sehen, was alles möglich ist. (Beifall bei den GRÜNEN, bei der FPÖ und beim LIF.)

Es wird einen Beschuß geben, daß am 1. Mai 1998 die öffentlichen Verkehrsmittel fahren. Das wird ein Mehrheitsbeschuß klarmachen. Auch eine Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter wird das nicht ändern!

Ich möchte aber zumindest die Möglichkeit haben, den Antrag einzubringen. Vielleicht ist das demokratiepolitisch möglich. (Abg Godwin Schuster: Sie sprechen immer von einem Beschuß, den es nicht gibt! Wo ist der Beschuß?) Es kann außerdem nicht angehen, daß mehrheitlich unterstützte Anträge der Mitglieder des Wiener Gemeinderats von der SP-Personalvertretung boykottiert werden! (Amts StR Mag Brigitte Ederer: So gehen Sie mit Arbeitnehmervertretern um? Das ist ein Wahnsinn!)

Die Aussage, daß die FSG wörtlich davon spricht, "Mittel und Weg zu finden, den 1. Mai würdevoll zu feiern" und mehrheitliche Beschlüsse des Wiener Gemeinderats als Querschüsse bezeichnet, macht nachfolgenden Antrag notwendig.

Die gefertigten Abgeordneten stellen einen Beschußantrag. Er besteht nur mehr aus vier Punkten:

"Erstens. Der Wiener Landtag hält ausdrücklich fest, daß die Stadt beziehungsweise das Land Wien betreffend Entscheidungen ausschließlich von den in der Wiener Stadtverfassung dafür vorgesehenen Gre-

mien ausgehen können." - Schade, daß man so etwas beschließen muß. (Abg Kurt Wagner: *Das ist aber kein Antrag, Herr Kollegell!*)

"Zweitens. Der Wiener Landtag spricht sich dafür aus, daß bereits am 1. Mai 1998 ein Vollbetrieb der WIENER LINIEN sichergestellt werden soll.

Drittens. Der Wiener Landtag appelliert an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, dem Gemeinderat bereits im Herbst 1997 einen Plan vorzulegen, in welcher Form ein allfälliger diesbezüglicher Beschuß des Gemeinderats umgesetzt werden kann.

Viertens. Der Wiener Landtag spricht sich dafür aus, daß bei einer allfälligen Umsetzung dieses Beschlusses die Personalvertreter der Wiener Verkehrsbetriebe in die Vorbereitung der Umsetzung eingebunden werden sollen." (Abg Josefa Tomsik: *So etwas Scheinheiliges!*)

Wir werden heute sehen, ob ein derartiger Beschußantrag überhaupt zugelassen wird. Ich bin sicher, daß wir im Interesse der Wiener Bevölkerung handeln, wenn wir dafür sorgen, daß die öffentlichen Verkehrsmittel am 1. Mai 1998 fahren. - Danke. (Beifall bei den GRÜNEN, bei der FPÖ, bei der ÖVP und beim LIF. - Abg Godwin Schuster: *Das ist ungeheuerlich!*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Kunz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. (Abg Alessandra Kunz: *Ich verzichtell*) - Sie verzichtet auf ihre Wortmeldung.

Herr Abg Hatzl ist dann der nächste Redner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Johann Hatzl (SPÖ): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren! (Abg Josefa Tomsik: *Was war jetzt der Grund für die Rückziehung der Wortmeldung der GRÜNEN? Mitunterschrieben haben sie es!* *Das ist scheinheilig und kindisch!*)

Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend): Herr Abg Hatzl ist am Wort. Ich bitte um seine Wortmeldung.

Abg Johann Hatzl (fortfahrend): Einige kurze Bemerkungen:

Erstens. Ich glaube, es ist klargestellt, daß meiner Auffassung nach dieser Antrag prinzipiell nicht in den Bereich der Verhandlungen und der Abstimmungsformalitäten des Wiener Landtags gehört.

Zweitens - das sage ich ganz dezidiert - nehme ich zur Kenntnis, daß wir uns in der Unterbrechung bemüht haben, von unserer Seite aus zu erklären, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen in diesem Haus bei Unterschiedlichkeit aller politischen Auffassungen zu einzelnen Bereichen und Themen beibehalten werden sollte, nämlich daß das, was vereinbart wird, auch gehalten wird.

Wir haben, meine Damen und Herren, im Kreise der Klubvorsitzenden und Klubsekretäre analog zu Fraktionsvereinbarungen zu den Bestimmungen der Präsidiale vor wenigen Tagen festgehalten, daß es im Gemein-

derat und im Landtag künftig nicht mehr zu einer Entwicklung kommen soll, die einen Mißbrauch der Geschäftsordnung bedeutet. Es soll keine Entwicklung geben, die von der Geschäftsordnung wegführt. Das war eine Vereinbarung aller fünf Klubobaleute. Wir haben vereinbart, daß es, wenn es im Interesse einer Fraktion ist und alle damit einverstanden sind, durchaus im Sinne einer Fraktionsvereinbarung gelten kann, bei einem Tagesordnungspunkt etwas zu verhandeln, damit eine gewisse Lebendigkeit oder Notwendigkeit üblich bleibt und daß im übrigen auch die einzelnen Fraktionen vor einer Sitzung oder vor dem Einbringen die Informationen über beabsichtigte Anträge austauschen.

Ich stehe nicht an zu sagen, daß ganz besonders der letzte Teil über die gegenseitige Information zwischen den zwei Regierungsparteien, über Anträge, die jemand beabsichtigt und/oder wo man mitgeht mit anderen und diese vereinbart, ein besonderer Punkt ist. Das ist ganz einfach ein Bereich, mit dem wir uns beschäftigen wollen. Wenn man so etwas mündlich zwischen den Klubobaleuten vereinbart, gehe ich davon aus, daß diese Vereinbarung länger Gültigkeit hat als eine knappe Woche und daß man sich in diesem Bereich bemüht, auch in dieser Form vorzugehen.

Wir haben in der Präsidiale nochmals festgestellt, daß das zutreffend war, was wir vereinbart haben. Dennoch hat es ganz besonders durch Herrn Chorherr die Dokumentation gegeben, was Vereinbarungen bei ihm wert sind. Ich frage mich, wie man künftig mit jemandem unter vier, zehn oder zwanzig Augen etwas über den Fortgang einer Verhandlung, einer Tagesordnung beziehungsweise über den Verlauf von Sitzungen absprechen soll, wenn sich herausstellt, daß er das Vertrauen, das er selbst eingebracht hat, durch seine eigene Person nicht wert ist, weil er das selbst zerstört. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich anerkenne, daß zumindest die drei anderen Fraktionsvorsitzenden nicht in dieser Form argumentiert haben und in der Präsidiale dokumentiert haben, daß es nicht nur dieses Gespräch, sondern auch diese Vereinbarung gibt. Ich würde meinen, wir sollten den Weg weiter beschreiten, denn so unterschiedlich politische Meinungen sein können, muß es in diesen Bereichen dennoch möglich sein, eine gemeinsame Gesprächsform zu finden. Mir ist nicht egal, ob ein Gesprächspartner nur etwas zusagt und dann nicht hält oder ob man sich bei Unterschiedlichkeit aller politischen Haltung dennoch zumindest auf das Vereinbarte verlassen kann.

Das Einbringen des Antrags - ich rede nicht über den Inhalt - mit einem Thema, das eindeutig nicht zu dem in Vorlage stehenden Antrag paßt, ist damit nicht in Einklang zu bringen. Ich möchte auch sagen, daß ich es erst recht als Herausforderung verstehe, eine solche Vorgangsweise dennoch zu wählen, wenn man weiß, wie sich die Präsidentin des Landtags in der Beurteilung zu diesem Anlaß entschlossen hat, außer es hätte in der Zwischenzeit ohne mein Beisein eine weitere

Präsidiale mit einer Veränderung gegeben. Aber wenn mein Vorredner weiß, daß auch die Präsidentin die Meinung vertritt, daß sie aufgrund der Unterlagen der Geschäftsordnung, der Verfassung, der Vereinbarung, diesen Antrag nicht zur Abstimmung zulassen kann, dann ist das eine besondere, nicht nur politische, sondern persönliche und bezeichnende Provokation bei dieser Form zu bleiben und das in diesem Bereich zu dokumentieren! (Abg Mag Christoph Chorherr: Ich darf doch einen Antrag einbringen!)

Ich möchte daher zur Kenntnis nehmen, daß man eine Demonstration setzt (Abg Alessandra Kunz: Das ist Ihr demokratiepolitisches Verständnis?) und versucht, in diesem Bereich mit der Demonstration (Abg Günter Kenesei: Muß man zuerst fragen, wenn man einen Antrag einbringt?) und dem Wissen, daß offensichtlich hier nicht darüber abgestimmt werden kann, Stimmung zu machen. (Abg Mag Christoph Chorherr: Ich werde doch noch einen Antrag einbringen dürfen!)

Ich möchte jetzt auf diese Provokation antworten: Herr Abg Chorherr, Sie reden davon, daß es einen Beschuß des Gemeinderats gibt, daß am 1. Mai Vollbetrieb zu herrschen hat. Ich darf Sie daran erinnern, diesen Beschuß gibt es nicht. Sie sind jetzt sechs Jahre im Haus und müßten den Unterschied zwischen einem Beschuß und einer Zuweisung kennen! Und weil ich weiß, daß Sie das wissen, ist das eine plumpa politische Darstellung für die Öffentlichkeit, jene, die es weniger wissen, zu täuschen! Schämen Sie sich, Herr Chorherr! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir alle wissen, hätte der Gemeinderat gestern mit sofortiger Abstimmung einen Antrag beschlossen, hätten Sie Recht, über einen Beschuß zu reden. Eine Zuweisung bedeutet aber, daß ein bestimmter Antrag mit einer bestimmten Meinung zur Behandlung an den Ausschuß verwiesen wird, wozu der Stadtrat eine Beurteilung seiner Sicht abzugeben hat. Erst nach Abstimmung im Ausschuß liegt ein Beschuß vor.

Sagen Sie mir den Termin, wann der Ausschuß stattgefunden hat und wann er eine Entscheidung getroffen hat! Sagen Sie es! (Beifall bei der SPÖ.)

Sie können es nicht sagen. Daher bleibe ich bei dem Vorwurf, Sie versuchen mit aller Gewalt, die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit zu manipulieren! Meine Damen und Herren, ich weiß, daß das jetzt etwas persönlich klingt, aber ich fürchte, so werden Sie Ihren Kopf als Bundesvorsitzender bei den GRÜNEN auch nicht retten! (Beifall bei der SPÖ.)

Aber ich will Ihnen etwas anderes sagen: Wie Sie argumentieren, zuvor aufgetreten sind und auch über die Art der Rechte von Arbeitnehmern sprechen, müßte jeden anständigen KIVler, der Ihnen nahesteht, aus Ihrer Bewegung hinaustreiben! Lassen Sie sich das auch gesagt sein! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wir werden diese politische Auseinandersetzung um den 1. Mai dann führen, wenn die rechtmäßigen Voraussetzungen gegeben sind, im Ausschuß oder im Gemeinderat, dort, wo es hingehört. Und dann werden wir uns unterscheiden. Es

wird Entscheidungen, Abstimmungen, Kampagnen und Öffentlichkeitsbewegungen geben. Aber das ist kein Bereich des Wiener Landtags.

Sie wissen selbst - weil Sie darauf hingewiesen wurden -, daß § 17 der Geschäftsordnung des Landtags sagt, daß in den Sitzungen des Landtags Verwaltungsangelegenheiten der Gemeinde nicht verhandelt werden dürfen. Das ist eine ganz klare Begrenzung der Rechte des Landtags, die nicht zulassen, daß über Gemeindeangelegenheiten gesprochen wird. Die Frage der Verkehrsbetriebe ist eine Gemeindeangelegenheit und keine Landtagsangelegenheit.

Ich gewöhne mich schön langsam daran, nach Kenesei auch Chorherr als den Brecher der Geschäftsordnung zu wissen! (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist schrecklich, das in diesem Zusammenhang zu hören und festzustellen. Politisch sage ich Ihnen - an die Adresse der GRÜNEN gerichtet - ganz offen, je freiheitlicher Sie werden, umso distanzierter werden Sie von uns sein! Die grüne Politik wird mit der "verhaiderten" Form nicht erfolgreich sein! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg Kenesei gemeldet. Ich verweise darauf, daß Ihre Redezeit höchstens fünf Minuten beträgt.

Abg Günter Kenesei (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann es ganz kurz machen: Sehr geehrter Herr Klubobmann Hatzl, nicht alles, was Ihnen und der Sozialdemokratie nicht in den Kram paßt, ist ein Bruch der Geschäftsordnung! Nehmen Sie das zur Kenntnis! (Abg Godwin Schuster: Der Schani Margulies würde sich für das, was ihr aufführt, genieren!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Klubobmann Hatzl gemeldet. (Abg Günter Kenesei: Wir können das gerne weiterspielen!)

Abg Johann Hatzl (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Kenesei, ich nehme das gerne zur Kenntnis, aber ich bleibe dabei, Sie haben offensichtlich übersehen, daß Sie am Dienstag erklärt haben, Sie werden etwas, das gegen die Geschäftsordnung verstößt, ändern und haben es bis zur Stunde meines Wissens nach nicht getan. Daher bleibt der Vorwurf aufrecht! (Beifall bei der SPÖ. - Abg Günter Kenesei: Sie sollten wissen, daß man die Geschäftsordnung nicht ohne Ausschuß ändern kann! Wir können aber gern eine Stunde zur Geschäftsordnung machen!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Klubobmann Pawkowicz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich will eingangs klarstellen - ich tue das auch zu meinem Kollegen Hatzl hin -, wir stehen voll zur Fraktionsvereinbarung. Aber ich halte auch fest, daß die

wirkliche Aufregung nicht notwendig ist, denn der ursprünglich geplante Antrag, der eingebracht werden sollte, war an sich völlig korrekt vorher einer Präsidialsitzung zugeführt worden, weil man einfach nicht mit irgendwelchen Überraschungsgags arbeiten soll, sondern damit man sich damit auseinandersetzen kann. (Abg Kurt Wagner: Am gleichen Tag!)

Tatsächlich hat sich die Präsidialsitzung damit beschäftigt. Nachdem sich die Präsidialsitzung damit beschäftigt hat, ist dieser vorgesehene Beschuß- und Resolutionsantrag abgeändert worden, und zwar insofern, als er nunmehr in Richtung einer Empfehlung des Landtags an den Gemeinderat oder an andere Gremien geht. Mit dieser Empfehlung ist es sehr wohl möglich, die gesamte Problematik auch zu diskutieren.

Ich habe das für einen sinnvollen Kompromißschritt gehalten, weil ich einfach glaube, daß es in dieser Frage viele Emotionen gibt. Natürlich weiß ich, daß der 1. Mai ein ganz besonderes Datum für viele in unserer Stadt ist, aber auch für viele in den unterschiedlichen politischen Parteien von besonderer Bedeutung ist. Es ist sinnvoll, Themen wie diese, die immer wieder mit großer Emotion belastet sind, möglichst von der Emotion wegzubringen und möglichst nüchtern sowie sachlich zu diskutieren.

Ich glaube, daß der nunmehr eingebrachte Beschuß- und Resolutionsantrag, der in Richtung einer Empfehlung abgeändert worden ist, diskutiert werden und meiner Meinung nach durchaus zur Abstimmung gebracht werden sollte. Ich meine also, der nunmehr ordnungsgemäß eingebrachte und auch der Geschäftsordnung entsprechende Antrag, der nach Sitzung der Präsidiale verändert worden ist, könnte der Verhandlung zugeführt werden. Ich hätte kein besonderes Problem damit.

Meinen Kollegen Hatzl, der in einem Nebensatz auch die Politik der Freiheitlichen zwar kurz, aber immerhin kritisch beleuchtet hat - was ihm natürlich zusteht -, will ich auf einen heutigen Zeitungsartikel hinweisen. Ich weiß zwar, daß nicht alles, was in den Zeitungen steht, immer *sacred sanct* ist. Aber interessant ist dieser Artikel im "Kurier" - "Reformfeier mit Risiko" -, wo die Meinungsforscher sagen, die SPÖ rinnt ungebremst Richtung FPÖ, schon.

Das hängt unmittelbar mit der Art und Weise zusammen, wie man Diskussionen führen kann. Ich meine, ein bißchen sollte man hier - ohne den anderen gleich Allerschlimmstes zu unterstellen - Diskussionen führen, wo Themen - ich sage es noch einmal - möglichst ohne Emotion abgehandelt werden, denn diese sind falsch am Platz und würden uns bei der Findung richtiger Beschlüsse eigentlich nur hinderlich sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Klubobmann Prochaska zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johannes Prochaska (ÖVP): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr froh über den ruhigen Tonfall, den Kollege Pawkowicz hier hereingebracht hat. Es besteht überhaupt kein Anlaß, Verfassungskrisen hochzustilisieren, die Geschäftsordnung schon gebrochen zu sehen und Erklärungen abzugeben, als ob mit einem "Nichtbeschuß" - wie Hatzl meint -; nämlich einer Zuweisung zu einem Ausschuß, die Bediensteten der Verkehrsbetriebe um Grund und Boden sowie Vermögen gebracht und an Leib und Leben geschädigt würden. Die Aufregung ist unangebracht, meine Damen und Herren. (Abg Mag Sonja Wehseley: Der Antrag ist unangebracht!)

Ich stelle fest, der Antrag stellt den sozialen Ausgleich sicher. Sie müßten ihn nur lesen, bevor Sie in Beißreflexe verfallen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage Ihnen etwas in aller Ruhe und gar nicht im Gegensatz zu Klubobmann Hatzl: Er hat recht. (Abg Renate Winklbauer: Gehen Sie jetzt nicht auf unseren Klubobmann los!) Sie sollten aufpassen, bevor Sie dreinreden! Er hat recht! Ich gebe ihm sogar recht! (Abg Renate Winklbauer: Das kann nicht sein!) Nicht einmal das paßt Ihnen? Er hat recht. (LhptmSt Grete Laska: Wann kommt der Haken an der Sache?)

Haben Sie eine Wortmeldung, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin? (LhptmSt Grete Laska: Nein!) Dann lassen Sie mich bitte ausreden! (Abg Harry Kopietz: Ein bißchen empfindlich, der Kollege!) Ja, sehr wohl! Weil ich mich nämlich nicht in diesem Stil treiben lassen will, der hier zuerst geherrscht hat! (Beifall bei der ÖVP. - Abg Harry Kopietz: Wer geht denn jetzt auf unseren Klubobmann los?) Wenn Sie lieber hören, der Hatzl hat nicht recht, wenn es Ihnen dann mehr paßt, verstehe ich Sie wirklich nicht mehr!

Hatzl hat recht, wenn er darauf verweist, daß in der Präsidiale darüber gesprochen wurde. Ich stehe nicht an zu sagen, daß ich selbst einer der Betreiber gegen das Ausufern von Anträgen bin, die uns in Bündeln bis zu 36 Stück plötzlich und unvermutet auf den Tisch geklatscht werden und möglichst sofort abgestimmt werden sollen. Ich war selbst einer der Betreiber, der gesagt hat, das soll es nicht geben, wir sollten wieder mehr auf den Boden der Geschäftsordnung zurückkehren. (Abg Godwin Schuster: Warum dann die Dringlichkeit von diesem?) Langsam, langsam!

Ich gebe ihm auch recht, daß Konsultationen ausgemacht wurden (Abg Mag Sonja Wehseley: Wo?), wenn es langfristig ist, rechtzeitig in der Präsidiale, die vorher stattfindet. Und wenn es kurzfristig ist, nichts überfallsartig einzubringen und zu sagen, das war es jetzt, sondern in einer Präsidiale, die sich damit außerordentlich beschäftigt.

Genau diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, und die Einhaltung dieser Vorgangsweise haben Ihnen eine einstündige Wartepause beschert. (Abg Harry Kopietz: Eine zweistündige Wartepause!) Zweistündig, noch schöner! Wir sind nicht zusammengekommen, um Nasen zu bohren oder uns gegenseitig anzukübeln, sondern um eine Lösung zu finden. Darum sind wir zusammengesessen. Ich muß Ihnen sagen, ich

gebe zu - das ist kein besonders erfreulicher Gesichtspunkt -, daß die Sache sehr kurzfristig war. Sie war ganz kurzfristig. (Abg Godwin Schuster: Wo war denn die Gefahr in Verzug?)

Das kann ich Ihnen sagen, wo die Gefahr in Verzug war. Ich kann Ihnen das in aller Ruhe und Mäßigung sagen. Wenn ein sogenannter Nichtbeschuß - wie Hatzl es meint - gefällt wird, nämlich nur eine Zuweisung, die angeblich nichts aussagt - ich bin da anderer Meinung über die wahre Willensbildung im Gemeinderat (Abg Ilse Forster: Dann müßte die Abstimmung beantragt werden!) -, wenn ein solcher Nichtbeschuß gefällt wird, der erst im Ausschuß beraten wird, hätte die SPÖ ohne weiteres mitgehen können. Das hat sie nicht getan, was ein bißchen eine andere Wertung zuläßt, aber das brauche ich hier nicht mit Ihnen auszustreiten.

Meine Damen und Herren! Ich mache Sie nicht persönlich verantwortlich und ich will Sie auch nicht auseinanderdividieren. (Abg Mag Sonja Wehse: Das könnten Sie auch nicht!) Sehr gut! Sie identifizieren sich schon im vorhinein damit! (Abg Harry Kopietz: Keine Angst!)

Wenn von SPÖ-Gewerkschaftern demokratische Beschlüsse als obsolet und Querschüsse bezeichnet werden (Abg Ilse Forster: Das ist legitim!), dann ist es legitim, daß hier ein Gremium sagt, die Beschlüsse in der Demokratie fällen noch immer die gewählten Abgeordneten des Volks und nicht anderer! (Beifall bei der ÖVP, bei der FPÖ, bei den GRÜNEN und beim LIF. - Abg Godwin Schuster: Dürfen Betriebsräte vielleicht nichts sagen? Und der Kollege Tschirf applaudiert auch noch! Das ist wirklich interessant! Er applaudiert auch noch!)

Deswegen kam es zur Kurzfristigkeit, meine Damen und Herren. Auch das ist kein Grund, eine Krise in einem Landtag auszurufen, der - seien Sie mir nicht böse, Kollege Schuster - von Nicaragua bis Kurdistan schon alles behandelt hat, was uns wirklich nichts angeht. Hier aber sind demokratische Grundrechte von außen her in Frage gestellt worden. Das war es. (Abg Harry Kopietz: Das stimmt doch nicht!)

Sie wissen noch gar nicht, was ich will, weil ich noch nicht zum Schluß gekommen bin. (Abg Harry Kopietz: Das weiß ich zur Genüge!) Nein! Sie Schmalspurnostradamus werden nicht feststellen, was ich hier will! (Abg Harry Kopietz: Doch!) Ich sage Ihnen das in aller Deutlichkeit! (Abg Harry Kopietz: Ich auch!)

Wir haben in dieser Präsiale festgehalten und letztlich auch die entscheidenden Punkte in der Geschäftsordnung und in der Stadtverfassung gefunden, daß ein Einwirken in Form eines Antrags auf Agenden der Gemeinde nicht zulässig ist. Aber auch das ist keine Krise. Die Oppositionsparteien und die hier zustimmende Regierungspartei sind nicht in Tränen ausgebrochen - Sie haben uns auch schon überstimmt, erinnern Sie sich daran -, sondern es wurde versucht, dem Ganzen Appellationscharakter zu geben. Auch das ist, wenn man dieses ablehnt oder nicht haben will,

keine Tragödie in dem Ausmaß, wie es hier hochgespielt wird.

Ich sage Ihnen dazu - das meine ich jetzt sehr ernst -, wir haben seinerzeit - da würde ich Sie bitten, mitzuwirken und das in die Geschäftsordnungsgespräche einzubeziehen - bei der Reform der Geschäftsordnung, die sehr lange und letztendlich zum großen Teil konsensual abgehandelt und beschlossen wurde, festgelegt und als Auftrag an das Rechtsmittelbüro gegeben, daß die beiden Geschäftsordnungen weitestgehend, wo es nur irgendwie möglich ist, anzugeleichen sind. In der Frage der Antragsrechte unterscheiden sich die beiden Geschäftsordnungen jedoch. Das muß man reparieren.

Ich möchte nur eines nicht mehr erleben, und das sage ich auch allen Ernstes: Man wird zwar gleich sagen, er kann sich hier nicht wehren, aber Sie werden ihn sicher verteidigen, da habe ich keine Angst. Ich möchte nicht erleben, daß jeder Bedienstete des Rechtsmittelbüros, der um eine Auskunft gefragt wird, automatisch die Rechtsmeinung der SPÖ wiedergibt. (Beifall bei der ÖVP, bei den Abgen Günter Kenesei und Barbara Schöfnagel.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Mag Hecht zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Gabriele Hecht (LIF): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gehen wir einmal zum Anlaßfall zurück, warum diese Diskussion überhaupt entstanden ist. Es hat gestern einen Zuweisungsantrag gegeben, der sich mit dem Thema "Wiener Verkehrsbetriebe und Betrieb am 1. Mai" beschäftigt hat. Am Abend gab es dann eine Fernsehsendung, in der die zuständige SPÖ-Stadträtin das Ganze kommentiert hat und in der eine Blitzumfrage, die nicht repräsentativ war, so dargestellt wurde, als wäre sie eine repräsentative Umfrage in der Wiener Bevölkerung. Durch diese Provokation ist der legitime Wunsch der anderen Parteien in diesem Haus entstanden, eine öffentliche Willenserklärung abzugeben. (Abg Harry Kopietz: Sie provozieren, nicht wir!)

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Ich würde wirklich an Sie appellieren, auch Ihre eigene Vorgangsweise zu hinterfragen, wie Sie mit den Kollegen in diesem Haus und wie Sie mit Ihrem Koalitionspartner umgehen. (Abg Harry Kopietz: Hat sich die ÖVP bei Ihnen beschwert?) Sie haben die ÖVP schon in vielen Fragen über den Tisch gezogen, falsch informiert oder nicht informiert. Das, was heute passiert ist, ist die Antwort auf viele Provokationen! (Beifall beim LIF und bei der FPÖ. - Abg Harry Kopietz: Hat sich der Kollege Prochaska bei Ihnen beschwert?)

Es ist leider für Sie eine Tatsache, daß Sie zur Kenntnis nehmen müssen, in diesem Haus keine absolute Mehrheit mehr zu haben. Ich verstehe es, wenn Sie erst lernen müssen, damit umzugehen, aber gewöhnen Sie sich an diese Tatsache! (Beifall beim LIF, bei den GRÜNEN und bei Abg Dr Wilfried Serles. - Abg

Johannes Prochaska: Das ist kein Revanchefuß!

Ich möchte aber nicht über die Stadtwerke-Debatte neu zu sprechen beginnen, sondern auf die Präsidiale zurückkommen. (Abg Kurt Wagner: Lassen Sie einmal den Herrn Alkier reden! Der hat mehr Erfahrung! - Abg Franz Karl Effenberg: Der kann besser intervenieren!)

Wenn Sie mich darauf ansprechen, möchte ich auch zu diesem Thema etwas sagen. Es war heute sehr viel von Vereinbarungen und von Korrektheit die Rede. Wenn Sie mir das jetzt zurufen, sehe ich mich genötigt, auch das klarzustellen.

Es hat gestern ein Gespräch zwischen der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, dem betreffenden Beamten des PID, der diesen Vorwurf ausgelöst hat, dem Herrn Dr Alkier und mir gegeben. In diesem Gespräch wurde eindeutig festgestellt, daß der Vorwurf der Intervention nicht aufrechthalten ist. In diesem Gespräch wurde vereinbart, daß wir von gerichtlichen Schritten absehen, keine weiteren Konsequenzen verlangen und es auch nicht mehr thematisieren, wenn Frau LhptmSt Laska dies in der Klubsitzung der SPÖ so mitteilt.

Ich bin wirklich sehr enttäuscht von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, daß sie sich in diesem Fall nicht an diese Vereinbarung gehalten hat. (Abg Heinz Sramek: Wie können Sie das behaupten?) Wie ich persönlich gehört habe, wurde von dem Beamten, der das ursprünglich behauptet hat, und auch von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin festgestellt, daß die Vorwürfe gegen Herrn Dr Alkier nicht aufrechthalten sind. (Abg Ilse Forster: Er hat also nicht interveniert?) Er hat nicht interveniert! (Beifall beim LIF. - Abg Kurt Wagner: Das kann ich mir nicht vorstellen!)

Es wurde vereinbart, daß die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Ihnen dies heute mitteilt. Ich bin wirklich auf das äußerste erzürnt und verstört, daß sie das nicht getan hat. (Abg Ilse Forster: Das tut uns aber leid!) Wenn wir nämlich von politischer Kultur und von Vereinbarungen sprechen, Herr Klubobmann Hatzl, erwarte ich mir, daß Sie das auch für sich selbst in Anspruch nehmen. Aber davon wollte ich eigentlich nicht reden, Sie haben mich dazu genötigt! (Abg Franz Karl Effenberg: Sie müssen ja nicht davon reden!) Der Vorwurf wurde komplett außer Streit gestellt. (Abg Inge Zankl: Ich kann nicht glauben, daß das so war!)

Sie haben einen undisziplinierten Haufen an Abgeordneten, Herr Klubobmann! (Beifall beim LIF und bei der FPÖ. - Abg Harry Kopietz: "Haufen" muß ich mir nicht gefallen lassen, Frau Präsidentin!) Was Sie hier in den Raum stellen, behaupten und immer wieder dazwischenrufen, ist eine bodenlose Frechheit! (Beifall beim LIF. - Abg Godwin Schuster: Nehmen Sie den Ausdruck "Haufen" zurück!)

Wider besseres Wissen behaupten Sie etwas gegen einen Menschen, der unschuldig ist! Das ist eine bodenlose Frechheit! (Beifall beim LIF. - Abg Harry Kopietz: Der Ausdruck "Haufen" ist eine Frechheit, Frau Präsidentin!)

Wenn Ihre Stadträtin und Landeshauptmann-Stellvertreterin Sie falsch informiert, können ich und der Herr Dr Alkier nichts dafür! (Abg Godwin Schuster: Nehmen Sie sofort den Ausdruck "Haufen" zurück!) Suchen Sie die Schuld bei sich selbst! (Beifall beim LIF. - Abg Ilse Forster: Dann war es zumindest ein sehr ungeschicktes politisches Verhalten!) Das ist nicht richtig! Es ist gestern ganz eindeutig - auch von dem betreffenden Beamten - festgestellt worden, daß es keine Intervention war. Darauf bestehe ich jetzt! (Abg Franz Karl Effenberg: Was war es dann?)

Schlimm genug, daß Sie jetzt bestätigen, daß sich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin nicht an die Abmachung gehalten hat, die bei dem Gespräch herausgekommen ist! Das ist wirklich der Tiefpunkt der politischen Kultur in diesem Haus! (Beifall beim LIF. - Abg Godwin Schuster: Ich würde mich an Ihrer Stelle entschuldigen!)

Wenn bei Ihnen jedes Telefonat eine Intervention ist, spricht das für Sie! (Abg Josefa Tomsik: Das war eine Intervention!) Das spricht für Ihre politische Kultur und für Ihre Einstellung! (Abg Godwin Schuster: Kollegin Hecht, entschuldigen Sie sich endlich!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Darf ich bitten, den Lärmpegel etwas zu senken!

Abg Mag Gabriele Hecht (fortfahren): Frau Laska kann sich dafür entschuldigen, daß sie die Vereinbarung nicht eingehalten hat! (Abg Godwin Schuster: Entschuldigen Sie sich für den Ausdruck "Haufen")

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, fortzufahren. (AmtsStR Mag Renate Brauner: Weiter mit dem Blödsinn, oder wie?)

Darf ich im Saal um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten! (Abg Franz Karl Effenberg: Welchen Blödsinn sollen wir uns noch gefallen lassen? - Abg Godwin Schuster: Das ist ungeheuerlich!)

Abg Mag Gabriele Hecht (fortfahren): Eigentlich wollte ich zum aktuellen Fall sprechen. Aber das war jetzt einfach notwendig, um die Wahrheit klarzustellen! (Abg Godwin Schuster: Ihre Wahrheit ist, daß Sie Politiker beschimpfen! Die Wahrheit ist, daß Sie gesagt haben, da sitzt ein "Haufen") Die Wahrheit ist, daß der zuständige Beamte bestätigt hat, daß nicht interveniert wurde! (Abg Harry Kopietz: Über den Ausdruck "Haufen" reden Sie nicht mehr?)

Der Antrag der Liberalen über die Lauder-Chabad-Schule war damals Anlaß, über die Auslegung der Geschäftsordnung in einer Präsidiale zu sprechen. Ich stehe dazu und halte fest, daß damals festgestellt wurde, daß die Geschäftsordnung in der Vergangenheit eher locker gehandhabt wurde und von damals an für die Zukunft das Ganze enger gesehen werden sollte und daß, wenn eine Fraktion einen Antrag einbringen möchte, der inhaltlich nicht zu einem Gegenstand paßt, sondern weit hergeholt ist, in der Präsidiale das Einvernehmen von allen Fraktionen herzustellen ist. Zu dieser Vereinbarung stehen wir.

In diesem Fall war die Diskussion von Anfang an

eine andere, weil wir davon ausgegangen sind, daß die Geschäftsordnung des Landtags die inhaltliche Bindung eines Antrags an ein Geschäftsstück nicht unbedingt vorsieht. Die Stelle, die sich in der Geschäftsordnung des Gemeinderats findet, daß inhaltlich nicht passende Anträge unzulässig sind, findet sich in der Geschäftsordnung des Landtags nämlich nicht. Deshalb wäre die Fraktionsvereinbarung in diesem Fall gar nicht zur Anwendung gekommen.

Es hat dann die Auskunft des Rechtsmittelbüros gegeben. Die Frau Präsidentin hat sich auch noch ein Schriftstück holen lassen, in dem eine andere Auffassung steht, hat daraufhin den Antrag als unzulässig erklärt und gemeint, daß sie den Antrag - wenn er eingebracht wird - als nicht zulässig nicht zur Abstimmung bringen würde.

Wir nehmen diese Entscheidung der Präsidentin zur Kenntnis, aber ich muß schon sagen, es kann keine Fraktionsvereinbarung geben, die einer Partei verbietet, einen Antrag einzubringen. Es kann hingegen eine Fraktionsvereinbarung geben, wie man die Geschäftsordnung auslegt und wie letzten Endes entschieden wird. Das kann aber nicht das Verbot, einen Antrag einzubringen, bedeuten. (Abg Johann Hatzl: Nein!)

Deshalb sehen wir es als das legitime Recht an, diesen Antrag einzubringen. Die vorsitzende Präsidentin hat sogar zugelassen, daß darüber debattiert wird. Das wurde auch gemacht und ich sehe darin keinen Verstoß. Ich sehe darin weder ein Brechen der Fraktionsvereinbarung noch einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung.

Es hat eine Diskussion gegeben. Es hat eine Entscheidung der Präsidentin gegeben. Es wurde dieser Antrag eingebracht. Und die Präsidentin wird dann darüber entscheiden, ob dieser Antrag zur Abstimmung gelangen wird oder nicht.

Warum es heute eine solch große Aufregung gibt, ist leider deshalb, weil es in diesem Haus sehr wenig politische Kultur gibt! (Abg Ilse Forster: Das sagen gerade Sie!) Es gibt wenig Gesprächskultur! (Abg Ilse Forster: Und das sagen ausgerechnet Sie!) Es gibt wenig Aufrichtigkeit! Und es gibt unklare Regelungen in der Geschäftsordnung!

Jetzt muß ich ehrlich sagen: Sie haben mich vorhin in einer Art und Weise provoziert, die sehr emotionell war, sodaß ich das Wort "Haufen" verwendet habe. Ich gebe zu, daß das ein Ausdruck war, der diesem Hause nicht angemessen ist. Ich nehme diesen Ausdruck zurück. Es tut mir leid, wenn ich Sie beleidigt habe, weil das an und für sich nicht mein Stil ist. Ich möchte aber an alle appellieren, solche Provokationen zu unterlassen, damit man in diesem Hause zu solchen Äußerungen gar nicht hingerissen wird, denn sonst muß man sich vor den Menschen, die hier zuschauen, genieren! (Beifall beim LIF, bei den Abgen Gerhard Pfeiffer und Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer.)

Wir haben festgestellt, daß es in unserer Geschäftsordnung Lücken gibt. Wir haben schon lange eingefordert, daß diese Geschäftsordnung reformiert

wird, weil es in dieser Geschäftsordnung auch demokratiepolitische Defizite gibt. Ich darf daran erinnern, daß wir es waren, die darauf gedrängt haben, daß jetzt im Sommer endlich einmal Gespräche darüber stattfinden werden. Ich hoffe, daß wir uns dann in Zukunft ein solches Schauspiel ersparen können! (Beifall beim LIF.)

Im übrigen wird das Liberale Forum dafür sorgen, daß die Tage der Parteibuchwirtschaft in Wien gezählt sind. (Beifall beim LIF.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Wiener Landtags! Ich möchte festhalten, daß mir die Qualifizierung einer Fraktion in der Form, wie sie geschehen ist, nicht gefällt und bitte alle Abgeordneten, sich bei der Wortwahl zu überlegen, wie man die Würde des Hauses wahren kann. (Abg Gerhard Kubik: Auch der Menschen, Frau Präsidentin!) Ich glaube, das hat immer zwei Seiten.

Ich darf als nächste Rednerin Frau Abg Kunz ans Rednerpult bitten.

Abg Alessandra Kunz (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich zu Beginn einen kleinen Beitrag zu der vielfach eingeforderten politischen Kultur einbringen. Es geht um eine "Haufen"-Debatte, die vor nicht allzulanger Zeit im Parlament stattgefunden hat. Ich darf Sie daran erinnern, daß es Herr Klubobmann Khol war, der - wenn ich mich richtig erinnere - zuerst die Freiheitlichen und im Anschluß daran auch die grüne Fraktion als Haufen - und zwar uns sogar als "der selbe Haufen" - tituliert hat, worüber sich meine Kolleginnen und Kollegen sehr aufgeregt haben.

An die Adresse der SPÖ: Es war Herr Klubobmann Kostelka, der tags darauf nach der großen Aufregung über den "Haufen" festgestellt hat, daß er im Lexikon nachgesehen und dort gefunden hätte, ein "Haufen" sei "eine militärische Formation". (Abg Ilse Forster: Na, das will ich schon gar nicht!) Dieses Wort sei als solches in einer Debatte durchaus verwendbar.

Ich sage nicht, daß ich das Wort "Haufen" besonders hübsch finde, aber ich glaube, man sollte nicht mit zweierlei Maß messen und politische Kultur an solchen Details festmachen, wenn sie - wie das oft geschieht - in großen Zügen verletzt wird. In den großen Zügen ist es mir viel wichtiger als bei diesen Kleinigkeiten. Ich glaube, insbesondere den weiblichen Rednern hier am Pult kann man diese politische Unkultur ohnehin nur sehr selten vorwerfen. Ich glaube aber auch, man kann ab und zu großzügig sein und darauf verzichten.

Ich möchte jetzt aber einen Versuch machen, weil viele von Ihnen wissen, daß ich bei der letzten Gelegenheit, wie es um den 1. Mai ging, diejenige von meiner Fraktion war, die nicht mitgestimmt hat, wie es um die Forderung nach dem Vollbetrieb der WIENER LINIEN am 1. Mai ging. Ich sehe das mit ein bißchen mehr - wie soll ich sagen - Kompromißbereitschaft oder Geduld - sagen wir einmal so - als manche ande-

re, obwohl ich grundsätzlich auch dafür bin. Aber ich glaube, daß das Ganze wirklich eine so lange Geschichte hat, sodaß es einfach nicht so schnell gehen kann. Vielleicht können Sie sich gerade deswegen ein paar Argumente von mir anhören, von denen ich glaube, daß sie wichtig sind, um unsere Position zu verstehen.

Sie haben heute von Diktatur gesprochen. Ich glaube, Herr Hatzl war das. Sie haben von einer Demonstration gesprochen, die wir vornehmen wollen, vom Bruch der Geschäftsordnung, von Mißbrauch und auch davon, daß ein würdevoller 1. Mai durch die Bediensteten der Stadt Wien begangen werden können müsse. (Abg Johann Hatzl: *Das habe ich nicht gesagt!*)

Das kam von der SPÖ. Ich sage nicht, daß das alles von Ihnen gefallen ist. Das waren alles Zitate von der SPÖ, die ich mir aufgeschrieben habe. Und ich glaube, das kann man so nicht stehenlassen.

Erstens bin auch ich dafür - ich rede jetzt einmal nur für mich, aber ich glaube, ich kann durchaus auch für meine Fraktion sprechen -, daß ein würdevoller 1. Mai begangen werden kann. Aber ich darf Sie daran erinnern, daß es auch in anderen Bereichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - soweit ich erkennen kann, genauso verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - in dieser Stadt gibt, die Dienst machen müssen, weil es in der Natur der Sache ist. Ich glaube nämlich, daß man diese Tradition, die man heraufbeschwört und das Lamentieren, daß man Ihre ureigenste Tradition in den Schmutz zieht, ein bißchen überdenken soll und daß man zwischen Tradition einerseits - die ich in diesem Fall ausdrücklich begrüße - und Versteinerung andererseits - die ich in diesem Fall nicht begrüße - differenzieren sollte. Ich glaube, daß der 1. Mai vor 100 Jahren, vor 80 Jahren, vor 50 Jahren, vor 30 Jahren und heute einfach andere Gesichter haben kann und wahrscheinlich auch haben muß und es allein deswegen gestattet sein muß, darüber zu diskutieren, wie dieses Problem - für viele Menschen in dieser Stadt ist es nämlich ein Problem - zu lösen sein könnte.

Zweiter Punkt - der Fernsehauftakt von Frau StR Ederer: Ich glaube, daß es durchaus legitim gewesen wäre zu sagen, daß man sich schrittweise um eine Lösung bemühen möchte. Es wäre auch legitim gewesen zu sagen, daß man bestrebt sein wird, die Akkordierung mit der Personalvertretung - wo immer das möglich ist - herbeizuführen, und dies ein selbstverständliches Anliegen ist.

Aber hier gab es - ich bitte, das jetzt aus unserer Sicht zu sehen - die Mißachtung des politischen Willens von vier Parteien! Herr Klubobmann Hatzl hat ganz recht, es war ein zugewiesener Antrag und keine beschlossene Sache, aber immerhin war es eine Zuweisung, die alle vier Parteien unterstützt haben. (Abg Johann Hatzl: *In Ordnung!*) Herr Klubobmann, ich lege schon Wert darauf, festzuhalten, daß eine solche Zuweisungsunterstützung natürlich auch einen Willen oder zumindest eine Absicht ausdrückt! (Abg Johann Hatzl: *Entschuldigung, nein!* - Abg Mag Hilmars Kabas:

Weil die SPÖ dagegengestimmt hat! Ich lege Wert darauf, das hier festzuhalten! (Abg Johann Hatzl: Frau Kunz, eine Sekundel Sie wissen genauso wie ich, daß viele Unterstützungen auf Zuweisung erfolgen, weil man im Ausschuß weiterreden möchte, ohne daß man sich vorher deklariert hat! Sonst bräuchte man nämlich keine Ausschüsse mehr damit zu befassen! - Abg Mag Hilmars Kabas: Das heißt, daß die SPÖ zur Zuweisung nein gesagt hat, bedeutet, daß es eine Willenskundgebung von ihr war! - Abg Johann Hatzl: Das kann man so nicht sagen, Herr Abg Kabas! - Abg Mag Hilmars Kabas: Das war das Nein zum Weiterreden!)

Sehr geehrter Herr Klubobmann Hatzl! Spätestens heute hätten Sie ganz sicher sein müssen, daß in diesem Fall eine Willenserklärung dahintergestanden ist - und nicht nur eine demokratiepolitische Absicht -, Diskussionen zuzulassen. (Abg Johann Hatzl: *In Ordnung!* Aber der Herr Chorherr hat von einem Beschuß gesprochen!)

Ich sage jetzt, was ich sagen möchte. (Abg Johann Hatzl: *Gut!*) Versuchen wir, das auf den Punkt zu bringen. Ich sage, daß dahinter ganz sicher die Willenserklärung von vier Fraktionen gestanden ist, etwas zu ändern. (Abg Godwin Schuster: Ich darf Sie nur daran erinnern, daß wir schon oft einstimmige Beschlüsse zur Zuweisung gefaßt haben!)

Sie wissen, daß wir auch oft Anträge zuweisen, weil uns die Diskussion darüber wichtig ist. Aber Sie wissen auch, daß wir Anträge, wo wir inhaltlich gar nicht dahinterstehen, selbstverständlich ablehnen können. Das kann man ja nicht machen. Jetzt ist diese Willenskundgebung einmal eine, von der ich glaube, daß man sie nicht mißachten kann. Dazugekommen ist das im Fernsehen.

Es wäre von uns aus eine Selbstverständlichkeit gewesen, daß sich die Debatte darüber entspinnen müssen, sehr geehrte Frau Ederer, wie Sie es mit der Willenserklärung von vier Fraktionen halten, wenn Sie sich hinsetzen und sagen, Sie werden das Ganze mit der Personalvertretung lösen. Wo bleiben dann die anderen Parteien?

Ich habe in der Sitzungsunterbrechung Gelegenheit gehabt, das mit einigen von Ihnen zu diskutieren. Das ist das, was zumindest bei uns - und nicht nur bei uns, sondern sicher auch bei den anderen Fraktionen im Haus - den Eindruck erwecken mußte, daß es so etwas wie eine ORF-Berichterstattung - ich sage das einmal ein bißchen flapsig - auf Zuruf gibt, die in kürzester Zeit eine Meinungsumfrage macht und auf eine kritischere Darstellung verzichtet.

Wir haben eben das Gefühl, daß in diesen letzten zwei Tagen auch andere Themen wichtig und durchaus berichtenswert gewesen wären. (Amtsf StR Mag Renate Brauner: Sie sind sich aber schon dessen bewußt, daß das ein heftiger Vorwurf gegen die Journalisten ist!)

Sehr geehrte Frau Stadträtin, ich bin mir dessen bewußt. (Abg Godwin Schuster: Macht ja nichts! Auch Medienfreiheit ist nicht Ihre Sach! Sie werden das

wohl auch daran merken, wie vorsichtig ich das formuliere. Aber ich möchte Ihnen hier etwas sagen. (Abg Mag Hilmar Kabas: *Die Befreiung des ORF vom Sozialismus wäre angebracht!*) Ich glaube nicht, daß man mit den Methoden, die Sie verwenden - mit Drohungen, mit dem Versuch der Einschüchterung und mit einer ziemlichen Aggressivität -, den Dialog ersetzen kann, um den ich bemüht bin! (Abg Johann Hatzl: *Das ist doch ein Blödsinn! Es gibt genug ORF-Teletumfragen, die uns nicht passen!*)

Da stecken Drohungen dahinter! (Amtsf StR Mag Renate Brauner: *Moment! Welche Drohungen!* *Das ist mir jetzt schon sehr wichtig!*) Da stecken Drohungen dahinter! (Amtsf StR Mag Renate Brauner: *Sind Sie sich dessen bewußt, was das für ein Vorwurf ist?*) Tun Sie nicht sol! Sind Sie sich dessen bewußt, welche Vorwürfe Sie erheben? (Amtsf StR Mag Renate Brauner: *Empfinden Sie das als Drohung?*) Da stecken unausgesprochene Drohungen dahinter! (Amtsf StR Mag Renate Brauner: *Das ist schon wieder sehr vorsichtig formuliert!*) Selbstverständlich! Sie haben mit mir gesprochen, ich will auch den Dialog mit Ihnen! (Abg Godwin Schuster: *Journalisten sollten anscheinend nur mehr sagen dürfen, was Ihnen in den Kram paßt!*)

Dann sage ich Ihnen einmal, daß man dahinter durchaus eine Drohung verstehen kann. Und ich sage das als sehr vorsichtige Formulierung, weil ich glaube, daß man den Dialog mit Ihnen im Moment nur sehr vorsichtig oder gar nicht führen kann. (Amtsf StR Mag Renate Brauner: *Man kann mit Ihnen nicht vernünftig reden!*) Ich bin hier herausgekommen, weil ich mir denke, ich versuche, diesen Dialog zu führen. Wenn Sie darauf verzichten wollen, dann können wir das gerne tun! (Amtsf StR Mag Renate Brauner: *Ist in Ordnung!*) Gut, in Ordnung! Wir verzichten auf den Dialog miteinander!

Ich glaube auch, daß man sehen muß und seit langer Zeit von Seiten der SPÖ hätte sehen müssen - das ist ein mir sehr wichtiger Punkt -, daß der öffentliche Verkehr gerade für die GRÜNEN ein Bereich ist, der für uns ein zentraler Politikpunkt in dieser Stadt ist. (Abg Heinz Sramek: *Was erzählen Sie da für Geschichten? Die Straßenbahn fährt schon seit der Zeit, als es die GRÜNEN noch gar nicht gab!*) Wir sind - das wissen Sie - beim öffentlichen Verkehr den Einschränkungen unterworfen, die dadurch entstehen - alle, die im öffentlichen Verkehr beschäftigt sind, werden mir recht geben -, daß die Autofahrer in dieser Stadt sehr oft bevorzugt behandelt werden. (Abg Heinz Sramek: *Die Tramway fährt schon viel länger als die GRÜNEN existieren!*) Da sind wir sehr heikel. Bei allen anderen Einschränkungen des öffentlichen Verkehrs sind wir auch sehr heikel.

Es ist wirklich nicht zu erklären - da appelliere ich einmal an Ihr soziales Gewissen -, wie eine Familie, die am Stadtrand wohnt, am 1. Mai etwas unternehmen möchte und nicht über das notwendige Budget besitzt, sich entweder ein Auto oder ein Taxi zu leisten, dazu kommt, in ihrer Wohnung bis 14.00 Uhr am Nachmit-

tag eigentlich festzusitzen. Das möchte ich gerne von Ihnen erklärt haben! (Beifall bei den GRÜNEN, bei der FPÖ, beim LIF und bei Abg Dr Andreas Salcher.)

Das sind genauso Probleme, die in dieser Stadt gelöst werden müssen, wie die Wünsche von Bediensteten in den Stadtwerken - Verkehrsbetrieben, die gerne einen Tag frei haben wollen, um den 1. Mai - wie Sie sagen - in Würde zu feiern. (Abg Godwin Schuster: *Und wie stehen Sie zu Weihnachten?*)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. (Abg Godwin Schuster: *Wollen Sie, daß zu Weihnachten der Betrieb in der Nacht durchgeht?*) Sie versuchen, indem Sie zusammenwerfen, was nicht zusammengehört, etwas zu tun, wo ich fürchte, der Herr Klubobmann Pawkowicz - leider ist er jetzt nicht anwesend (Abg Mag Hilmar Kabas: *Oh doch! Da ist er!*) - wird recht haben, wenn er sagt, die SPÖ rinnt ungebremst in Richtung FPÖ aus. Wenn Sie so weitermachen, daß Sie auf der einen Seite die Bediensteten im öffentlichen Verkehr und auf der anderen Seite die Familien am Stadtrand oder auch die Einzelmenschen, die in der Stadt leben und sich am 1. Mai fortbewegen möchten, gegeneinander ausspielen, wenn Sie weiter mit so wahnsinnig wenig Phantasie versuchen, Politik zu machen (Abg Johann Driemer: *Mir reicht schon Ihre Phantasie!*) und wenn Sie den Dialog weiterhin so wenig ernst nehmen, daß sogar Ihre Frau Stadträtin aufsteht und ihn abbucht - ich meine, ich kann gut damit leben, aber ich finde es nicht der Weisheit letzter Schluß -, dann wird es Ihnen nicht erspart bleiben, daß Sie Ihre relative Mehrheit immer weiter dahinrinnen und dahinschmelzen sehen. (Abg Kurt Wagner: *Das ist sehr querulatisch!*)

Wir sitzen jetzt den vierten Tag hier gemeinsam, zuerst Rechnungsabschluß, dann Gemeinderat und jetzt Landtag. Ich habe dabei in den letzten Tagen merkwürdige Vorstellungen der SPÖ von Politik erlebt. Die Opposition - so hat man mir angedeutet, daß es erwartet wird - soll Probleme brav dem zuständigen Stadtrat bringen - Frau Forster, Sie wissen, wovon die Rede ist - und nicht damit an die Öffentlichkeit gehen. (Abg Ilse Forster: *Das habe ich anders formuliert!* *Das ist wieder typisch Ihre Methoden!* Ich habe gesagt, "wenn ein Problem plötzlich auftritt") Das darf doch nicht wahr sein! Das ist wirklich grauslich! Wer macht denn so etwas? - Wenn es irgendwo einen Mißstand gibt, sollte man den nicht an die Öffentlichkeit bringen, sondern den Mißstand, welcher der Opposition bekanntgeworden ist, brav zum zuständigen Stadtrat tragen! (Abg Ilse Forster: *Damit man den Mißstand schnell lösen kann!* Sie können es ja nachher hier erzählen!) Natürlich, damit man den Mißstand schnell lösen kann! (Abg Ilse Forster: *Das ist für mich aber schon ein Grund!*) Das ist der einzige Grund dafür!

Nehmen wir doch das Kontrollamt, von dem so viel die Rede war. Das Kontrollamt soll nicht prüfen, wenn die Minderheit beziehungsweise die Opposition es wünscht und für notwendig erachtet, sondern das Kontrollamt soll prüfen, wenn es die Mehrheit so ha-

ben will. Bis vor kurzer Zeit war das einzig und allein die SPÖ, jetzt natürlich auch die ÖVP: Aber im wesentlichen hat sich in Ihren Köpfen einfach nichts geändert. Das ist das Problem, das wir haben!

Mit dieser Selbstherrlichkeit werden Sie die vielen Menschen in dieser Stadt, die Sie in den letzten Jahren verloren haben, nicht zurückgewinnen können. Und weil heute so viele, ich nehme an, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verkehrsbetriebe, Mitglieder, ich nehme an, der FSG, aber vielleicht nicht nur, da sind, Sie werden auch nicht jene vielen Menschen zurückgewinnen können, die in dieser Stadt arbeiten, wichtige Arbeit leisten und die sich nicht mehr von Ihnen vertreten fühlen, weil sie nämlich den Unterschied zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretung überhaupt nicht mehr sehen können. Wenn Sie glauben, daß das die Methode ist, mit der Sie Probleme lösen können, dann wünsche ich Ihnen zwar persönlich viel Glück, aber Sie wissen selber ganz genau, das wird nicht funktionieren. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Hundstorfer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (Abg Günter Kenesei: Herr Kollege Driemer, Sie sind schon so weit weg von den Arbeitern! Ich habe einiges erlebt in den zwölf Jahren, seit ich hier im Haus bin!)

Abg Rudolf Hundstorfer (SPÖ): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind bei einem Schulgesetz und Schule hat sehr viel mit Lernen zu tun und daß dieses Lernen ein permanentes lebenslanges sein soll. Schule hat auch sehr viel damit zu tun, daß man zuhört.

Wir haben heute sehr viel gelernt. Und Sie dürfen sicher sein, daß wir das Viele, das wir heute gelernt haben, auch zu den Menschen in dieser Stadt transportieren werden. Wir haben gelernt, daß der Obmann einer Landesorganisation des ÖAAB hier herinnen sitzt, den die Arbeitnehmerrechte in dieser Stadt überhaupt nicht interessieren. (Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer: Woraus schließen Sie das?) Dem das vollkommen egal ist, einem ÖAAB-Obmann dieser Stadt, der, und das ist bezeichnend für das Egal-Sein, einen Stimmenanteil hat, der mehr oder weniger gegen 0,0 geht. (Abg Gerhard Pfeiffer: Können Sie sich ein bißchen zurückhalten, Sie sind nicht als Gewerkschaftsvertreter hier!)

Wir haben heute hier gelernt, daß es einen Klubobmann der GRÜNEN gibt (Anhaltende Zwischenrufe.), der - und wir wissen, daß es hier viele Absprachen gibt - heute die Freiheitliche Partei in einer Art und Weise verteidigt hat, die fast schon bewundernswert ist. (Abg Mag Hilmar Kabas: Was heißt verteidigt? - StR Lothar Gintersdorfer: Wir brauchen keine Verteidigung, das machen wir selber, wir sind groß genug!) - Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Partei Viele hier im Haus haben ein Problem: Sie haben die Presseaussendung der sozialdemokratischen Fraktion der Wiener Verkehrsbetriebe

nicht gelesen, die heute hier so angegriffen wurde, um zu wissen, was in dieser Presseaussendung überhaupt drinnensteht. (Abg Barbara Schöfnagel: Du wirst es uns ohnehin gleich vorlesen!)

Ich darf zitieren: "Die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen der Hauptgruppe IV - Wiener Verkehrsbetriebe wird auch in Zukunft Mittel und Wege finden, den 1. Mai würdevoll zu feiern und wird sich durch freiheitliche Querschüsse nicht beeinflussen lassen."

Das ist jene Presseaussendung, der heute Herr Chorherr entgegengehalten hat, daß es nicht sein darf, daß darin von freiheitlichen Querschüssen in dieser Stadt die Rede ist. Das darf alles nicht sein. (Abg Günter Kenesei: Das war ein Vier-Parteien-Antrag! - Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben aber bei diesem Schulakt auch gelernt, wie die Freiheitliche Partei mit Bürgernähe und Mitarbeiterrechten umgeht. Die Bürgernähe stimmt natürlich nur dann, wenn es für die Freiheitlichen Zugewinne gibt, dann stimmt die Bürgernähe. Sie hatten in der Vergangenheit - ich bin der letzte, der das abstreitet - natürlich einige Erfolge. (Abg Mag Hilmar Kabas: Sie können ihn schon abstreiten!) Ich streite das überhaupt nicht ab. Das tue ich nicht. (Abg Mag Hilmar Kabas: Nur Sie können es nicht abstreiten!) Herr Präsident Kabas, auch wenn Sie mich jetzt mit einer Fangfrage aufs Glatteis führen wollen, ich kann besser Schlittschuhlaufen als Sie, vergessen wir das. (Beifall bei der SPÖ. - Abg Mag Hilmar Kabas: Das machen wir uns aus! Im nächsten Winter machen wir uns aus, wer besser Schlittschuhlaufen kann! Auch dabei werden Sie den kürzeren ziehen!)

Es geht nämlich darum, daß der Bürger bei einer spontanen Telefonaktion schlicht und einfach eine Meinung abgegeben hat. (Anhaltende Zwischenrufe.) Und jetzt kommt es natürlich: Das Ergebnis paßt nicht. Und jetzt wird es schwierig für die Freiheitlichen. (Abg Mag Hilmar Kabas: Nein, überhaupt nicht!)

Es freut mich noch mehr, und das habe ich heute auch gelernt, daß einige Oppositionsparteien - vor allem das Liberale Forum und die GRÜNEN - auch vergessen haben, welchen Antrag die Freiheitlichen hier vor einigen Wochen zum 1. Mai eingebracht haben, der damals mehrheitlich abgelehnt wurde. Das vergessen viele. Denn in diesem Antrag stand drinnen: Am 1. Mai fahren und am 24. Dezember nicht fahren. (Abg Mag Christoph Chorherr und Abg Dr Helmut Günther: Der wurde auch abgelehnt!) Wie das die christlich-soziale Partei ÖVP mit ihrer christlichen Soziallehre vereint, so etwas zuzulassen, das ist ein Lernprozeß, den ich noch hinter mich bringen muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Und eines darf ich auch noch festhalten, das habe ich heute auch noch gelernt: Es gab beim ORF in der Vergangenheit des öfteren schon sehr spontane Befragungen. Ein Teil dieser Befragungen ist massiv, und ich betone das, gegen die SPÖ ausgegangen. Aber was wir dann alles gehört haben an Jubelberichten, an Presseaussendungen, da haben sich die Balken gebo-

gen. Aber nur, weil einmal eine mit der gleichen Spontanität durchgeführte Befragung nicht nach dem Willen der Oppositionsparteien ausgegangen ist, wird der ORF zum Staatsbetrieb, zum nicht repräsentativen und, und, und. Wie die SPÖ damals behauptet hat, daß 2 000 oder 3 000 Befragte nicht repräsentativ seien, wurden wir als alles mögliche hingestellt, wurden wir verdammt. Das sollten Sie sich auch einmal vor Augen führen, wie Sie hier mit Meinungen umgehen. (Beifall bei der SPÖ. - Abg Mag Hilmar Kabas: Mir bricht das Herz!)

Ich habe heute noch etwas gelernt und das ist auch ein sehr tiefer Lernprozeß für mich. Und ich weiß, daß ich jetzt auch persönlich werde, aber ich bin das auch teilweise aus meinem beruflichen Leben gewohnt, weil vieles in der Auseinandersetzung mit Mitarbeitern nicht immer einfach ist und nicht immer die feine Geige ist.

Herr Klubobmann Prochaska, ich habe heute gelernt, daß Ihnen die tiefste Lade immer noch zu hoch ist. Denn hier einen Mitarbeiter des Rechtsmittelbüros, der in die Präsidiale hineingekommen ist und die Meinung von Herrn Klubobmann Hatzl überhaupt nicht gekannt hat, der die Frage, die ihm gestellt wurde, von sich aus beantwortet hat, heute so herzustellen, daß er nur das sagt, was die SPÖ hören will, ist wirklich die tiefste Lade, die ich schon lange von Ihnen nicht gewohnt bin. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich habe heute noch etwas gelernt: Ich habe gelernt, daß viele jener Parteien, die meinen bürgerliche zu sein, die meinen, Arbeitnehmerrechte sind etwas Wichtiges, die der Meinung sind, daß der einzige Feiertag der Arbeitnehmer, den sich unsere Ururgroßväter bitter erkämpft haben (Abg Gerhard Pfeiffer: Aber das ist doch ein Staatsfeiertag!), für den es uns gelungen ist, ihn zu einem Staatsfeiertag zu machen (Abg Gerhard Pfeiffer: Der ist für alle da! Das ist zuerst ein Staatsfeiertag gewesen!), weil es uns in diesem Land gelungen ist, aus dem Tag der Arbeit einen Staatsfeiertag zu machen, daß das etwas Antiquiertes, etwas Uninteressantes ist. (StR Lothar Gintersdorfer: Was hat das mit der Straßenbahn zu tun?)

Und abschließend sei auch gestattet hier festzuhalten: Wir haben auch gelernt, daß der Bruch von Vereinbarungen, der Bruch der Geschäftsordnung, Bestandteil von Parteiprogrammen ist. Ich danke Ihnen für den Lernprozeß. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg Prochaska gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Johannes Prochaska (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich muß die Form und den Inhalt, was Kollege Hundstorfer jetzt gegen mich vorgebracht hat, in ruhiger, aber doch sehr scharfer Form zurückweisen. Die Tatsache, die sich abgespielt hat, ist, ich habe ihn gar nicht namentlich genannt, ich habe vom Rechtsmittelbüro an sich gesprochen, die Tatsache, daß wir bei den ... (Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Sie haben ganz klar von einen Beamten des Rechtsmittel-

büros gesprochen! - Abg Harry Kopietz: Sie haben alle gemeint!) Sie läßt mich, also offensichtlich ... (Abg Franz Karl Effenberg: Sie haben alle Beamten gemeint!) Ich will die Disziplin einer anderen Fraktion wirklich nicht qualifizieren, aber offensichtlich herrscht bei Ihnen die demokratische Kultur, jemanden ausreden zu lassen, wirklich nicht. (Beifall bei der ÖVP. - Abg Harry Kopietz: Das werde ich Ihnen jetzt bei jedem einzelnen Zwischenruf sagen!) Aber ja, Sie sagen nichts, Sie schreien uns ohnehin immer an, Sie reden ja nicht.

Meine Damen und Herren! Die Erfahrungen, die wir bei den Geschäftsordnungsverhandlungen gemacht haben, und da können Sie den Vorgänger von Hatzl auch fragen, die Erfahrungen mit den beiden Herren, die immer anwesend waren, waren dergestalt, daß es bei Auslegungsschwierigkeiten über das Protokoll des letzten Males automatisch immer einen Sieger und automatisch immer drei Verlierer gegeben hat. (Abg Harry Kopietz: Es gibt nur eine Wahrheit!) Ja, aber die haben Sie nicht gepachtet, Herr Kopietz (Abg Harry Kopietz: Aber recht haben will), das sage ich Ihnen auch einmal in aller Form, die Wahrheit haben Sie nicht gepachtet. (Beifall bei der ÖVP.)

Und was sich heute abgespielt hat, Kollege Hundstorfer - und ich bin sehr vorsichtig mit Laden, ich weiß schon, daß ich auch andere habe, da treffe ich mich auch mit vielen Ihrer Fraktion in diesen Laden -, aber was sich heute abgespielt hat, das sage ich Ihnen: Jetzt zwingen Sie mich wirklich, jemand anzugreifen, der sich hier nicht verteidigen kann, aber Sie stecken mich nicht in die unterste Lade (Abg Rudolf Hundstorfer: Ich habe gesagt, die tiefstet), ohne daß ich mich wehren kann. Das müssen Sie jetzt zur Kenntnis nehmen.

Es war so, daß wir - einschließlich Ihres Klubobmanns - die Frage an ihn gerichtet haben, ob zu einem nicht ursächlich im Zusammenhang stehenden Geschäftsstück ein Antrag abgestimmt werden kann. Und bevor er auch nur in diesem großartigen gelben Heft lange gesucht hat, hat er gesagt, zeigen Sie mir den Antrag, und dann hat er entschieden - und da ist Mißtrauen angebracht. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (Fortgesetzte Zwischenrufe. - Abg Godwin Schuster: Das war ein Fehler! Wenn er nicht zum Tagesordnungspunkt paßt, kann man ihn nicht nehmen!) Herr Abg Dr Tschirf, Sie sind am Wort. (Abg Johannes Prochaska: Die Sache muß wertfrei entschieden werden und nicht ein Amt abgewertet werden! - Anhaltende Zwischenrufe und Unruhe im Saal. - Abg Johannes Prochaska: Er hat gewertet und nicht nach sachlichen Kriterien entschieden!)

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich finde es traurig bis beschämend, wenn ein hoher Arbeitnehmervertreter hier Arbeitnehmer gegeneinander ausspielt. (Abg Godwin Schuster: Wer hat denn applaudiert, wie er gesagt hat, der Gewerkschaftsver-

treter darf sich nicht rühren? Ich würde mich wirklich genieren! Das ist vor allem deshalb beschämend, weil wir auf eine Tradition von mehr als 50 Jahren gemeinsamer Arbeitnehmervertretung in Österreich zurückblicken können. (Abg Josefa Tomsik: Genau das ist die Schande, weil Sie applaudiert haben!) Der ÖAAB ist jene Vertretung, die für alle Arbeitnehmer da ist, das heißt (Abg Godwin Schuster: Aber die Fraktion wollen Sie nicht zu Wort kommen lassen!), sowohl für jene, die am 1. Mai mitmarschieren, mitmarschieren müssen, als auch für jene, die nicht mitmarschieren.

Der 1. Mai ist für uns ein Feiertag und wir haben eine ganz andere Einstellung als sozialistische Funktionäre, wie etwa Generalsekretär Rudas, der gesagt hat, der Sonntag ist wie ein Dienstag, das wäre bei uns undenkbar. (Beifall bei der ÖVP. - Abg Mag Christoph Chorherr: Was passiert, wenn der 1. Mai auf einen Sonntag fällt?) Herr Kollege, ich würde empfehlen, einmal mit Ihrem Zentralsekretär oder vielleicht heißt er jetzt Generalsekretär Rudas darüber zu sprechen (Abg Kurt Wagner: Sprechen Sie mit Maderthaner!), weil das war tatsächlich ein Anschlag auf die Anliegen der Arbeitnehmer.

Ich würde eigentlich nicht davon reden, daß bei den Verkehrsbetrieben der Anteil anderer Gruppierungen gegen 0,0 geht, denn das ist ein Ausdruck für eine bestimmte Personalpolitik und kein Ausdruck für eine pluralistische und demokratische Personalpolitik. Das sei an dieser Stelle auch gesagt. (Beifall bei der ÖVP.) Der ÖAAB, der sich in einer Tradition hundertjähriger Sozialpolitik versteht, wird sich durch solche Äußerungen in seinem Engagement für die tatsächlichen Anliegen der Arbeitnehmer in diesem Staat sicherlich nur bestätigt fühlen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muß eigentlich nur ganz kurz zu meinem Vорredner Hundstorfer Stellung nehmen, der hier gemeint hat, es handle sich um einen Antrag der Freiheitlichen, der hier zur Diskussion steht, und das im wesentlichen mehrere Male wiederholt hat. Ich möchte doch festhalten, daß es sich um einen Antrag der Abgen Chorherr, Prochaska, Pawkowicz und Pöschl handelt. Das heißt, das sind die Klubobmänner der vier Oppositionsparteien - soweit der guten Ordnung halber. (Abg Godwin Schuster: Nicht alle davon sind Klubvorsitzende! Die Liberalen haben einen anderen Klubvorsitzenden!)

Ich möchte noch eines sagen und das erscheint mir doch auch wichtig zu sein: Selbstverständlich ist es so, daß, und das sagt er ja zuerst, der 1. Mai von besonderer Bedeutung ist. Und selbstverständlich muß das auch für die vielen fleißigen Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe, für die anständigen Straßenbahner, Buslenker und alles was es noch gibt (Abg Godwin Schuster: Jetzt ist der Haider da! Wenn die Worte und die Taten ident werden!), so sein, da gibt es überhaupt

keine Frage, daß sie ordentlich vertreten sein sollen. Aber man soll, und das darf ich schon auch sagen, auch wenn es der SPÖ schlechtgeht, die Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe in Wirklichkeit nicht mißbrauchen und daraus ein politisches Geschäft machen. Das ist nicht notwendig, denn die wissen schon sehr genau, daß sie bei uns gut vertreten sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Jetzt weiß ich schon, das sind natürlich Ausnahmen. Das war auch in dieser Presseaussendung, die hier vorgetragen wurde, aber da ist etwas Wesentliches vergessen worden, und das ist eigentlich das, was uns als Abgeordnete ein bißchen schmerzen sollte. Denn da sagt der Vorsitzende der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen, es ist ein gewisser Herr Simanov, und ich darf ihn jetzt wörtlich zitieren: "Bei dieser Gelegenheit wollen wir nur an die Wortmeldung unseres Bgm Häupl erinnern, der betonte", und jetzt zitiere ich wieder wörtlich weiter, "daß es vielleicht einen Gemeinderatsbeschluß geben könnte. Ob gefahren wird, liegt ganz alleine bei den Wiener Verkehrsbetrieben." (Abg Kurt Hermann Beer: Na servus, das ist ja noch ärgerlich)

Meine Damen und Herren! Das muß man sich vorstellen und das in einer Demokratie. Ich sage euch, und ich bin fest davon überzeugt, das hat der Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister so mit Sicherheit nicht gesagt, weil wir ihn als Demokraten kennen. Wenn aber die sozialistischen Gewerkschafter versuchen, die sozialdemokratische Fraktion hier in Geiselschaft zu nehmen, dann hat sie in Wirklichkeit die sozialistischen Straßenbahner abgemeldet. Das ist auch der Grund, wieso die Freiheitlichen im Bereich der Straßenbahner immer stärker werden, und in Wirklichkeit ist es so, daß dort die eigentliche Vertretung - auch bei den Verkehrsbetrieben - heute weitgehend bei den Freiheitlichen liegt. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Pöschl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Hanno Pöschl (LIF): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Was wollen wir eigentlich, was wollen wir hier alle? Ich gehe einmal davon aus, daß wir alle ein gemeinsames Ziel haben und das ist die Lösung der Probleme in dieser Stadt. Wenn wir dieses gemeinsame Ziel haben, dann sollte man, glaube ich, betrachten, welche Möglichkeiten dieser Lösungen es gibt. Es gibt meines Erachtens nach zwei Möglichkeiten, die Probleme dieser Stadt zu lösen. Es gibt einerseits jene, die versuchen, Lösungen auf den Tisch zu legen, und es gibt die anderen, die Arbeitskreise gründen, um Lösungen für diese Probleme zu finden.

Wie können wir solche Lösungen finden? - Es gibt zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit sind Anträge, eine Diskussion, der politische Diskurs über möglicherweise unterschiedliche Anliegen, aber das ist die politische Diskussion. Die andere Möglichkeit, wie Lösungen gefunden werden können, und das, glaube

ich, ist der Anlaß für die heutige Diskussion, ist, wenn man im Fernsehen auftritt und hier, und das, glaube ich, wirklich behaupten zu können, mit einer manipulativen Berichterstattung versucht, Politik zu machen.

Eines sei hier auch festgehalten: Es war die Form des Beitrags von gestern, es waren die Fragestellungen, auch das Interview und natürlich die Umfrage, die dazu beigetragen haben, daß sich hier in diesem Haus ein gewisser Unmut aufgestaut hat.

Wenn man dann heute in der Früh von einer Aussendung des Herrn Edler von der FSG hört, wo er in seinem Aufhänger sagt: "Weiterhin halbtägiger Stillstand der Wiener Linien am 1. Mai" und "Die Umfrage bestätigt eindeutig, daß es so bleiben soll, wie es ist. Wir lassen uns den 1. Mai nicht wegnehmen!", dann stellt sich wirklich die Frage, wer regiert in dieser Stadt?

Ich werde mich ganz kurz halten und werde auch gleich zum Schluß kommen. Es gibt zwei Möglichkeiten und zwei Formen, die in dieser Stadt regieren können. Das sind erstens die von der Stadtverfassung vorgesehenen Gremien. Diese Gremien können die Stadt regieren, oder aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das haben Sie hier eindeutig bewiesen, das sind zweitens die Gewerkschaften mit "Wetten, daß-Umfragen" und das ist ein Skandal. (Beifall beim LIF.)

Ich möchte im Namen der Antragsteller dieses Antrags, der hier eingebracht wurde, aber wahrscheinlich nicht abgestimmt wird, festhalten, daß sich diese Antragsteller dafür entschieden haben, daß es die verfassungsgemäß vorgesehenen Gremien sind, die in dieser Stadt die Entscheidungen treffen. (Beifall beim LIF. - Abg Mag Franz Karl und Abg Gerhard Pfeiffer: Das kann nur ein Witz sein!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. Darf ich Sie bitten zu beginnen.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Ich muß immer warten, bis ich die Menschen sehe.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Entschuldigung!

Abg Susanne Jerusalem (fortsetzend): Es tut mir leid, aber ich bin so klein. Meine Damen und Herren!

Die Tatsache, daß ich jetzt am Rednerpult stehe, signalisiert, daß das Ende dieser Debatte da ist. Ich habe nur abschließend eine Frage an meine Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie: Halten Sie es für möglich, daß Sie in dieser gesamten Diskussion die Interessen einer kleinen Minderheit von Arbeitnehmern vertreten haben und daß auf der anderen Seite die anderen vier Parteien die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung vertreten haben? Könnte das vielleicht eingetreten sein? (Abg Johann Hatzl: So sehen Sie das!) Ich habe eine Frage gestellt, ich habe nicht gesagt, wie ich es sehe. (Abg Godwin Schuster: So gehen Sie vielleicht auch mit Minderheiten um, Frau Jerusalem!) Ich habe gesagt, könnte es so sein? Vielleicht kann man darüber nachdenken.

Und im übrigen habe ich mich deswegen zu Wort gemeldet, weil ich in meiner Wortmeldung zur Schuldiskussion auf etwas vergessen habe. Ich habe folgendes vergessen und hole das jetzt nach: Ich beantrage die getrennte Abstimmung und zwar in der ersten Lesung. Wir möchten nämlich dem Art. I Zahl 23 bis 29 zustimmen und den Rest ablehnen, und das war es, glaube ich, für dieses Schulgesetz. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich erkläre die Verhandlungen zu diesem Geschäftsstück für geschlossen und erteile der Berichterstatterin das Schlußwort.

Berichterstatterin LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem Frau Kollegin Hecht zu einem Punkt Stellung bezogen hat, der für mich seit dem gestrigen Gespräch, das sie von mir wollte, eigentlich abgeschlossen war, sehe ich mich gezwungen, auf diese ihre Aussage zu replizieren und stelle folgendes fest:

Erstens. Es hat nach der Diskussion einen Brief von Ihnen an mich gegeben, wo Sie um ein Gespräch unter Anwesenheit des Kollegen Alkier und jenes Mitarbeiters des Presse- und Informationsdienstes gebeten haben, der den von mir zitierten und von Ihnen in Frage gestellten Anruf entgegengenommen hat.

Zweitens. Dieses Gespräch hat gestern am Abend stattgefunden und am Ende dieses Gesprächs ist ver einbaut worden, daß ich meinen Club heute in der Früh vom Ergebnis dieses Gesprächs in Kenntnis setzen werde. Ich teile Ihnen mit, das hat stattgefunden, und ich teile Ihnen auch mit, daß ich das, was ich jetzt hier für alle wiederholen werde, dem Club heute in der Früh mitgeteilt habe. Das war folgendes:

Wir haben uns verstanden, und es ist erstens in diesem Gespräch festgestellt worden, daß dieser Anruf stattgefunden hat. Zweitens ist festgestellt worden, daß der Inhalt dieses Anrufs die Nennung eines bestimmten Lokals beinhaltet hat, insgesamt aber so mißverständlich aufgefaßt hätte werden können, daß der Mitarbeiter im Presse- und Informationsdienst, der von mir die Anweisung hatte, höchste Sensibilität bei all solchen Anrufern aufkommen zu lassen und sie auch mittels eines Aktenvermerks zu dokumentieren, zu seinem eigenen Schutz und auch zum Schutz vor einer Diskussion, wie wir sie nicht zuletzt im vergangenen Jahr hatten, hätte verstehen können, daß es sich um eine Intervention gehandelt hätte.

Drittens. Herr Kollege Alkier hat festgehalten, daß es aus seiner Sicht keine Intervention war.

Das waren jene drei Punkte, auf die wir uns geeinigt haben. Es ist richtig, daß der Kollege aus dem PID festgestellt hat, daß ihm die ganze Sache höchst unangenehm ist, verständlich, welcher Mitarbeiter kommt schon gerne in so eine Situation. Es ist richtig, daß ich auch dort wiederholt habe, daß es von mir eine strikte Anweisung gegeben hat, hier sehr aufmerksam zu sein. Und es ist ferner richtig, daß der Mitarbeiter im ersten Moment der Meinung war, angesichts auch der

Position, die die Liberalen hier in diesem Haus mit Anträgen und anderem - gerade gegenüber dem PID - vertreten, daß dieser Anruf ein Testanruf war. Wobei Kollege Alkier festgestellt hat, daß ihm eine derartige Form von Testanrufen überhaupt fremd wäre und daß es kein Testanruf war.

Er hat festgestellt, aus seiner Sicht war es weder eine Intervention, noch ein Testanruf. Wir haben das zur Kenntnis genommen und für mich war die Sache damit erledigt. Ich habe meinen Klub informiert, das können Ihnen alle bestätigen, die hier sitzen. Und ich weise daher (*Abg Mag Gabriele Hecht: Dann sagen Sie auch dazu, was es war!*) die Anschuldigungen, so wie Sie sie gerade vorhin getroffen haben - ich werde mir das im Protokoll auch ausheben lassen -, entschieden zurück. (*Abg Mag Gabriele Hecht: Dann sagen Sie bitte, daß am Beginn dieses Gesprächs ganz klar festgehalten wurde, daß alle Anwesenden zur Kenntnis nehmen, daß keine Intervention vorlag!*) Habe ich gerade gesagt, das habe ich gerade gesagt. (*Abg Mag Gabriele Hecht: Wenn Sie Ihre Abgeordneten so informiert hätten, daß keine Intervention vorlag, dann hätten sie die Zwischenrufe nicht gemacht!*) Lesen Sie das Protokoll, dann können Sie sich wieder beruhigen! Ich verstehe Ihre Nervosität nicht. Jedes Mal, wenn in diesem Haus der Name Alkier fällt, werden Sie doch hoffentlich nicht jene Nervosität an den Tag legen, wie Sie es vorhin gerade gemacht haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir haben eine Vereinbarung getroffen, ich habe sie eingehalten, Sie nicht.

Zum Schulgesetz stelle ich fest, daß die Inhalte dieses Gesetzes für mich besondere Bedeutung haben. Vor allem hinsichtlich der Tatsache, daß es sich um eine Fortsetzung der Integrationsmaßnahmen handelt, die sich in der Unterstufe und Grundstufe bewährt haben und nun auch auf den Mittelstufenbereich ausgedehnt werden sollen. Ich bin verwundert über die Haltung jener Parteien, die gerade zum Integrationsgedanken nein sagen.

Es verwundert mich, daß die Umsetzung einer Bundesgesetzgebung, die die Voraussetzung schafft, daß die Integration der 10- bis 14jährigen nun fortgesetzt werden kann, nicht als Schulversuch, sondern im Regelschulwesen, hier nicht auf ungeteilte Zustimmung fällt. Ich nehme das zur Kenntnis, jedenfalls sage ich dazu, mit Bedauern.

Für mich steht fest, daß wir mit dieser Beschußfassung und mit der Integration in der Mittelstufe sicherlich nicht das Ende der integrativen Diskussion erreicht haben können, weil für uns alle klar sein muß, daß für jene Kinder, die die Schulpflicht erfüllt haben - die Integration ist ja auch im Polytechnischen Lehrgang möglich -, vor allem die Diskussion über die Integration auch im Oberstufenbereich beziehungsweise ab dem 15. Lebensjahr weiterzuführen ist. Daß es hier noch verschiedenste Modelle geben wird müssen, wie auch für Kinder mit besonderen Bedürfnissen nach Erfüllung der Schulpflicht sichergestellt werden kann, daß die Integration in ihrem Leben weitergeht.

Ich bitte Sie daher, daß diese Diskussion, die heute durch andere Beiträge verdrängt wurde - aus meiner Sicht schade um die Inhaltlichkeit des Schulgesetzes -, jedenfalls nicht an Wichtigkeit verliert, nicht vom heutigen Thema her, sondern auch für die Zukunft.

Ich bitte Sie, bei den Anträgen jenem Antrag aus meiner Sicht Ihre Zustimmung zu geben, der den Bund auffordert, über die Ermöglichung des 10. Schuljahres nachzudenken. Ich bekenne mich natürlich zu jenem Fünf-Parteien-Antrag, den wir gestern schon besprochen und angekündigt haben.

Ich bin nicht der Meinung, daß den anderen Anträgen hier zugestimmt werden sollte, weil ich die Auffassung vertrete, daß hierüber und vor allem über die Inhalte, die in diesen Punkten angesprochen wurden, noch eine ausführlichere Diskussion notwendig ist und diese Novelle zum Wiener Schulgesetz sicherlich nicht die letzte ist, die wir hier zu beschließen haben. In diesem Sinne darf ich Sie um Zustimmung zur 13. Novelle des Wiener Schulgesetzes bitten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ein Abänderungsantrag wurde vom Liberalen Forum eingebracht. Die Frau Berichterstatterin empfiehlt die Ablehnung. Ich darf die Damen und Herren des Wiener Landtags bitten, mit Handzeichen die Zustimmung zu diesem Antrag zu zeigen. - Das ist die Minderheit, der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt.

Ich komme nun zur getrennten Abstimmung der Gesetzesvorlage in erster Lesung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die Art. I Ziffer 1-22, 30 und 31 und Art. II ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Mehrheit angenommen.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die Art. I Ziffer 23-29 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist ebenfalls mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es wurde ein Zusatzantrag der Abgeordneten des Liberalen Forums, betreffend Ergänzung der 13. Novelle zum Wiener Schulgesetz, eingebracht. Ich darf jene Damen und Herren des Wiener Landtags bitten, die diesem Zusatzantrag die Zustimmung geben wollen, wobei die Frau Berichterstatterin die Ablehnung empfiehlt, ein Zeichen mit der Hand zu geben. - Das ist die Minderheit und somit abgelehnt.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen. - Widerspruch erfolgt keiner. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Es sind Beschuß- und Resolutionsanträge eingebracht worden. Ich lasse sie in der Reihenfolge des Einbringens abstimmen.

Der Beschuß- und Resolutionsantrag des Abg Dr Wolfgang Klier (*Abg Mag Christoph Chorherr macht die*

Präsidentin darauf aufmerksam, daß sie sich versprochen hat. (LhptmSt Grete Laska: Soll ich sie ergänzen?) Alkier, Entschuldigung, das war ein Versprecher, es gibt eine Frau Abg Klier, aber keinen Dr Wolfgang.

Es handelt sich um den Antrag des LIF, Abg Dr Wolfgang Alkier, betreffend die Erstellung eines Bildungsberichts. Es wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt.

Wer dem Antrag des LIF zustimmen möchte, soll dies durch ein Zeichen mit der Hand zum Ausdruck bringen. - Das ist die Minderheit und deshalb nicht genehmigt.

Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Mag Christoph Chorherr, Dr Wolfgang Alkier, Walter Strobl, Johann Römer und Mag Christine Lapp, betreffend zusätzliche Planstellen für Waldorf-Schulen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags beantragt.

Ich ersuche jene Damen und Herren des Wiener Landtags, die diesem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. - Das ist die einstimmige Annahme dieses Antrags.

Beschluß- und Resolutionsantrag der Abg Susanne Jerusalem, betreffend das Recht von Integrationskindern auf Bildung. Hier wird in formeller Hinsicht die Zuweisung dieses Antrags an den Herrn Landeshauptmann beantragt. Wer dieser Zuweisung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig zugewiesen.

Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Mag Christoph Chorherr, Johannes Prochaska, Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz und Hanno Pöschl, eingebracht in der heutigen Landtagssitzung, betreffend den Vollbetrieb der Wiener Linien am 1. Mai, wird in bezug auf die Geschäftsordnung § 17 Abs 1, daß nämlich die Präsidentin dafür zu sorgen hat, daß in den Sitzungen des Landtags Verwaltungsangelegenheiten der Gemeinde nicht verhandelt werden dürfen, nicht zur Abstimmung gebracht. Damit ist dieses Geschäftsstück erledigt.

Wir kommen nun zur Postnummer 2. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über eine Änderung der Grenze ... (Abg Mag Gabriele Hecht: *Entschuldigung, ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt!*) Zur Geschäftsordnung, Frau Abg Mag Hecht. Entschuldigung, die Meldung ist erfolgt.

Abg Mag Gabriele Hecht (LIF): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, weil meines Erachtens die Frau Berichterstatterin das Schlußwort mißbraucht hat. (Abg Godwin Schuster: *Sie haben doch selbst verlangt, daß sie es sagt!*) Sie hat nicht zur Gesetzesvorlage, sondern zur Debatte gesprochen. (Abg Franz Karl Effenberg: *Das gibt es ja nicht!*) Wir haben das bei Herrn Kenesei lange diskutiert, wie die richtige Vorgangsweise gewesen wäre. (Abg Erika Stubenvoll: *Das ist ja unglaublich!*) Auch die Frau Vizebürgermeisterin hätte sich während der Debatte zu Wort melden können und hätte dann auch von

hier hinten sprechen können und nicht nur das, sie hat auch bei ihrer Darstellung einige Dinge vergessen. (LhptmSt Grete Laska: *Soll ich sie ergänzen?*)

Sie haben nämlich vergessen zu sagen, daß nicht nur Herr Dr Alkier festgestellt hat, daß es keine Intervention war, sondern daß alle Anwesenden das festgestellt haben. Und es ist mir sehr wichtig zu betonen, daß auch der betreffende Beamte das festgestellt hat, dem es auch sehr leid getan hat und der sich sogar für die Art und Weise bedankt hat, wie wir in einem ordentlichen Gespräch mit diesem starken Anwurf umgehen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Zur Geschäftsordnung bitte!

Abg Mag Gabriele Hecht (fortsetzend): Und wie korrekt die Vorgangsweise der Liberalen war. (Amts StR Mag Renate Brauner: *Sie regen sich auf! Wenn es nicht so ernst wäre, wäre es zum Lachen!*) Sie werden es sicherlich nicht schaffen, uns mit solchen Methoden mundtot zu machen und wir werden trotzdem - wenn es Dinge gibt - recherchieren, bei allen Magistratsabteilungen anrufen und uns die wichtigen Informationen holen. (LhptmSt Grete Laska: *Tun Sie so weiter, je mehr Sie sich aufregen, umso besser!*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg Klubobmann Hatzl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Johann Hatzl (SPÖ): Es ist sehr einfach. (Abg Günter Kenesei: *Eine tatsächliche Berichtigung zur Geschäftsordnung gibt es nicht!*) Frau Abg Hecht hat behauptet (Abg Günter Kenesei: *Es gibt keine tatsächliche Berichtigung zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Sie machen, was Sie wollen!*), es liegt ein Mißbrauch vor, weil die Frau Vizebürgermeisterin zu etwas Stellung genommen hat. Sie hat dazu Stellung genommen, weil sie aufgefordert wurde. Daher kann das kein Mißbrauch sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Wir kommen nun zur Postnummer 2. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über eine Änderung der Grenze zwischen dem 12., 13. und 23. Bezirk.

Die Berichterstatterin hierzu ist Frau amtsf StR Mag Renate Brauner. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte Sie, dem Entwurf eines Gesetzes über eine Änderung der Grenze zwischen dem 12., 13. und 23. Bezirk zuzustimmen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Es ist niemand zum Wort gemeldet. Ein Abänderungs- oder Zusatzantrag wurde nicht gestellt. Ich darf deshalb gleich zur Abstimmung der Gesetzesvorlage kommen.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist einstimmig angenommen. Somit ist das Gesetz in erster Lesung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Es erfolgt kein Widerspruch. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Die Postnummer 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Sozialhilfegesetz, 6. Novelle zum Wiener Sozialhilfegesetz, geändert wird.

Die Berichterstatterin hierzu ist Frau LhptmSt Grete Laska. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich ersuche Sie um Zustimmung zu dieser Gesetzesvorlage.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist niemand. (*Abg Jutta Sander: Ich bin zum Wort gemeldet!*) Entschuldigung, Frau Abg Sander. Entschuldigen Sie vielmals, ich habe geglaubt, diese Wortmeldung wurde auch gestrichen, es sind so viele Streichungen gewesen.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorausschicken möchte ich, daß wir dieser vorgelegten Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes in erster und zweiter Lesung zustimmen werden. Der Wichtigkeit halber und weil es ganz genau zu diesem Thema paßt, möchte ich hier aber kurz zum Pflegegeld sprechen. Der Zusammenhang ist sehr klar. Behinderte Menschen, die nicht im Arbeitsprozeß stehen, bekommen in Wien Hilfe zum Lebensunterhalt. Das ist die Dauerleistung nach dem Sozialhilfegesetz. Darüber hinaus sind sie auch Pflegegeldbezieher und Pflegegeldbezieherinnen, wenn sie nachweisen können, daß sie mehr als 50 Stunden im Monat Hilfe und Pflege benötigen.

Derzeit betragen die Kosten für 1 Stunde Heimhilfe für nicht aufschiebbare Dienste, das sind Waschen, Anziehen, Ausziehen und so weiter, 237 S, der Mindestbeitrag, der aber von den betroffenen Personen geleistet werden muß, sind 72 S pro Stunde. Ich gehe davon aus, daß Sie die Pflegestufen kennen. Wissen, wieviele Stunden dafür mindestens in Anspruch genommen werden sollen und wir haben hier in diesem Haus auch schon öfters darüber diskutiert, daß diese Pflegegeldsätze für die erforderliche Stundenleistung

weitaus nicht ausreichend sind.

In den letzten Jahren, nämlich seit 1995, wurde das Pflegegeld nicht valorisiert. Die Kosten für Pflegeleistungen sind aber trotzdem gestiegen. Da die letzten Debatten auch signalisieren, daß für die nächsten beiden Jahre keine Valorisierung des Pflegegelds vorgesehen ist, möchte ich Ihnen kurz ein Beispiel aus der Praxis näherbringen. Für behinderte Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen können, darüber hinaus aber auch Pflegegeld beziehen, um eben ihre alltäglichen Bedürfnisse erledigen zu können, ist es besonders wichtig, daß diese Pflegegeldleistungen endlich valorisiert werden, da sie schon bis jetzt den Bedarf nicht abgedeckt haben.

Eine behinderte Person, die sich in der Pflegestufe 5 befindet, bekommt jetzt 11 591 S pro Monat Pflegegeld, wenn sie über 180 Stunden im Monat Pflegeleistung in Anspruch nimmt. Ich gehe davon aus, daß diese Person 200 Stunden Hilfe und nicht aufschiebbare Dienstleistung braucht, das heißt, daß sie in Wirklichkeit 57 S pro Stunde verwenden kann. Um diesen Betrag gibt es aber keine Leistung der sozialen Dienste und auch persönliche Assistenz kann man um 57 S pro Stunde nicht kaufen. Wir haben das schon 1993 hier kritisiert.

Wenn ich davon ausgehe, daß eine persönliche Assistenz im Jahr 1995 etwa 90 S pro Stunde verlangt hat, an Wochenenden und Feiertagen 110 S, dann hat diese Person bei 200 Stunden benötigter Hilfeleistung 18 000 S zu bezahlen. Ich erinnere, sie bekommt 11 591 S. Durch die steigenden Lebenskosten hat sich auch die Assistenz natürlich verteuert. Diese persönliche Assistenz kostet jetzt mittlerweile 100 S pro Normalstunde und am Wochenende 125 S. Das heißt, bei 200 Stunden benötigter Hilfestellung sind das mindestes 20 000 S im Monat.

Diese Nichtvalorisierung hat bisher dazu geführt, daß die Leute um das Geld, das sie 1995 dafür investiert haben, weniger Pflegeleistung zukaufen können und daß sich das in Zukunft noch verschärfen wird. Wenn ich die Inflationsrate für diese vier Jahre mit knapp 8 Prozent berechne, dann sind das bei der Pflegestufe 5 900 S. Diese 900 S sind immerhin der Betrag, mit dem diese betroffene Person 9 Stunden Assistenz kaufen könnte. Wenn wir davon ausgehen, daß jetzt schon der Betrag bei 11 000 S liegt und die Leistung, die diese Person tatsächlich erbringen muß, 20 000 S sind - also ohnedies schon ein erheblicher Selbstbehalt - und das Pflegegeld diese Pflegeleistungen weitaus nicht abdecken kann, dann kann man an diesem realen Beispiel sehr gut nachvollziehen, daß eine Valorisierung des Pflegegelds höchst angebracht und notwendig ist. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

In diesem Zusammenhang stelle ich den Beschuß- und Resolutionsantrag, daß der Wiener Landtag an den Wiener Landeshauptmann appelliert, sich bei den entsprechenden Bundesstellen dafür einzusetzen, daß das Pflegegeld für 1998 und 1999 der Inflationsrate angepaßt wird. Dieser Antrag wurde heute früh auch an die

anderen Fraktionen ausgeteilt. Ich bitte um Zuweisung an den Landeshauptmann. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Die Debatte ist geschlossen.

Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig beschlossen.

Es wurde ein Beschuß- und Resolutionsantrag von Frau Abg Jutta Sander eingebbracht. Es wird die Valorisierung des Pflegegelds beantragt, für die sich der Herr Landeshauptmann beim Bund einsetzen soll. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrags

beantragt.

Wer für die Zuweisung dieses Antrags ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und somit abgelehnt. (*Abg Brigitte Schwarz-Klement: Das ist sozial!*)

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt keiner. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen öffentlichen Sitzung erledigt. Die Sitzung ist geschlossen. Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung. Ich darf die Damen und Herren bitten, die Galerie zu verlassen.

(*Schluß um 16.50 Uhr.*)

